

P. b. b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1030 Wien

Stenographisches Protokoll

95. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XIII. Gesetzgebungsperiode

Montag, 17. Dezember 1973

Tagesordnung

Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1974

Beratungsgruppe XV: Gesundheit und Umweltschutz

Inhalt

Ausschüsse

Zuweisungen (S. 9317)

Verhandlungen

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (880 d. B.): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1974 (974 d. B.)

Beratungsgruppe XV: Kapitel 17: Gesundheit und Umweltschutz, Kapitel 72: Bundesapotheken

Spezialberichterstatte: Tonn (S. 9318)

Redner: Dr. Scrinzi (S. 9319 und S. 9381), Dr. Marga Hubinek (S. 9326 und S. 9386), Sekanina (S. 9331), Dr. Wiesinger (S. 9337), Samwald (S. 9344), Dipl.-Ing. Hanreich (S. 9347), Dr. Pelikan (S. 9352), Bundesminister Dr. Ingrid Leodolter (S. 9355), Breiteneder (S. 9359), Ing. Scheibengraf (S. 9361), Vetter (S. 9365), Koller (S. 9368), Dr. Gisel (S. 9371), Linsbauer (S. 9376), Hanna Hager (S. 9378), Helga Wieser (S. 9384) und Sandmeier (S. 9387)

Entschließungsanträge Dr. Marga Hubinek betreffend Bericht über die Lage auf dem Gebiet des Umweltschutzes (S. 9330), Dr. Wiesinger betreffend Novellierung des Krankenpflegefachdienstgesetzes (S. 9342), Dr. Scrinzi betreffend Bericht über die Lage auf dem Gebiet des Umweltschutzes (S. 9351) und Dr. Pelikan betreffend Änderung des Bundesgesetzes über das Österreichische Bundesinstitut für Gesundheitswesen (S. 9353)

Annahme der Beratungsgruppe XV (S. 9387)

Eingebracht wurden

Anfragen der Abgeordneten

Dr. Ermacora und Genossen an den Bundeskanzler betreffend die Einrichtung des Lagers Wöllersdorf für den Transitverkehr jüdischer Emigranten (1536/J)

Dr. Ermacora und Genossen an den Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten betreffend die Höhe der Visagebühren für jüdische Emigranten aus der Sowjetunion (1537/J)

Dr. Kaufmann und Genossen an den Bundesminister für Unterricht und Kunst betreffend Konflikt zwischen der Direktion der Wiener Staatsoper und Prof. Karl Böhm (1538/J)

Dr. Gruber und Genossen an den Bundesminister für Unterricht und Kunst betreffend MRG IV (1539/J)

Suppan und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend Gewässersanierung (1540/J)

Suppan und Genossen an den Bundeskanzler betreffend Gewässersanierung (1541/J)

Suppan und Genossen an den Bundesminister für Bauten und Technik betreffend Gewässersanierung (1542/J)

Dr. Marga Hubinek und Genossen an die Frau Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz betreffend Mißstände in der Betreuung alter Menschen (1543/J)

Dr. Marga Hubinek und Genossen an den Bundesminister für soziale Verwaltung betreffend Zuerteilung von Hilflosenzuschüssen (1544/J)

Anfragebeantwortungen

des Bundesministers für Bauten und Technik auf die Anfrage der Abgeordneten Kinzl und Genossen (1451/A.B. zu 1460/J)

des Bundeskanzlers auf die Anfrage der Abgeordneten Koller und Genossen (1452/A.B. zu 1478/J)

Beginn der Sitzung: 10 Uhr

Vorsitzende: Präsident **Benya**, Zweiter Präsident Dr. **Maleta**, Dritter Präsident **Probst**.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Das Amtliche Protokoll der 93. Sitzung vom 13. Dezember 1973 ist in der Kanzlei aufgelegt und unbeanstandet geblieben.

Die eingelangten Anfragebeantwortungen wurden den Fragestellern übermittelt. Diese

Anfragebeantwortungen wurden auch vervielfältigt und an alle Abgeordneten verteilt.

Zuweisungen

Präsident: Den in der letzten Sitzung eingebrachten Antrag 104/A der Abgeordneten Hietl und Genossen betreffend Abänderung des Alkoholabgabegesetzes 1973

weise ich dem Finanz- und Budgetausschuß zu.

Präsident

Den in der letzten Sitzung als eingelangt bekanntgegebenen Einspruch des Bundesrates gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 29. November 1973 betreffend ein Bundesgesetz über die mit gerichtlicher Strafe bedrohten Handlungen (Strafgesetzbuch) (1000 der Beilagen) weise ich dem Justizausschuß zu.

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (880 und Zu 880 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1974 (974 der Beilagen)

Spezialdebatte**Beratungsgruppe XV****Kapitel 17: Gesundheit und Umweltschutz****Kapitel 72: Bundesapotheken**

Präsident: Wir gehen in die Tagesordnung ein: Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1974 (974 der Beilagen), Spezialdebatte über die Beratungsgruppe XV.

Spezialberichterstatter ist der Herr Abgeordnete Tonn.

Spezialberichterstatter **Tonn:** Herr Präsident! Hohes Haus!

Der Finanz- und Budgetausschuß hat die Beratungsgruppe XV am 15. November 1973 der Vorberatung unterzogen.

Beim Kapitel 17 „Gesundheit und Umweltschutz“ sieht der Voranschlag für 1974 Ausgaben von 1.171,330.000 S und Einnahmen von 69,024.000 S vor.

Gegenüber dem Bundesvoranschlag 1973 ergeben sich Mehrausgaben von rund 282 Millionen Schilling und Mehreinnahmen von rund 9 Millionen Schilling.

Von den Gesamtausgaben entfallen auf den Personalaufwand 133,227.000 S oder 11,4 Prozent und auf den Sachaufwand 1.038,103.000 S oder 88,6 Prozent.

Das Verhältnis zwischen den „Gesetzlichen Verpflichtungen“ (einschließlich Personalaufwand) und den „Ermessensausgaben“ beträgt rund 54 Prozent : 46 Prozent.

Beim Personalaufwand ist der Mehraufwand von rund 15 Millionen Schilling — abgesehen von geringfügigen Dienstpostenvermehrungen bei der Zentralstelle und den Anstalten — im wesentlichen auf generelle Bezugserhöhungen zurückzuführen.

Das Mehrerfordernis beim Sachaufwand beträgt rund 267 Millionen Schilling und betrifft im wesentlichen vorsorgemedizinische Maßnahmen, insbesondere Maßnahmen auf dem Gebiete der Schwangeren- und Säuglingsbetreuung — 40 Millionen Schilling — und Vorsorgeuntersuchungen — 60 Millionen

Schilling — sowie Vorsorgemaßnahmen zur Maul- und Klauenseuchebekämpfung — 24 Millionen Schilling — und das Krankenanstaltengesetz — 90 Millionen Schilling.

Im einzelnen ist zu bemerken:

Bei Titel 170 „Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz“ betreffen allein zwei Drittel des Voranschlages „Gesetzliche Verpflichtungen“, und zwar in erster Linie den Beitrag zur Weltgesundheitsorganisation mit rund 11,2 Millionen Schilling, den erstmalig veranschlagten Beitrag zum Umweltschutzfonds der Vereinten Nationen mit 4,2 Millionen Schilling und einen Sonderbeitrag an die OECD zur Erlangung internationaler Meßergebnisse auf dem Gebiete der Luftverunreinigung mit 800.000 S. Der erhöhte Bedarf bei den „Aufwendungen“ — bisher als „Verwaltungsaufwand“ veranschlagt gewesen — ist auf die zunehmenden Aktivitäten des erst mit 1. Feber 1972 errichteten Ministeriums zurückzuführen.

Bei Titel 172 „Gesundheitsvorsorge“ sind unter anderem 250 Millionen Schilling zur Förderung von Investitionen in Krankenanstalten veranschlagt. Außer den Erfordernissen für die intensivere Durchführung volksgesundheitlicher Aufklärungsmaßnahmen, die Fortführung von Impfaktionen und dergleichen sind wesentlich mehr Mittel als bisher für die Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit und für Vorsorgeuntersuchungen berücksichtigt.

Bei Titel 173 „Umweltschutz, Lebensmittel, Veterinärwesen“ sind vor allem erhöhte Mittel als Vorsorge für die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche sowie für die Intensivierung der Maßnahmen auf dem Gebiete der Umwelthygiene vorgesehen.

Bei Titel 174 „Übriger Zweckaufwand“ betrifft das Mehrerfordernis in erster Linie das Krankenanstaltengesetz, ferner die erhöhten Leistungen nach dem Tuberkulosegesetz und die Entschädigungen — insbesondere nach dem Tierseuchengesetz — sowie die erstmals veranschlagte Studienförderung an medizinisch-technischen Schulen.

Bei Titel 179 „Dienststellen“ sind die Mehraufwendungen auf steigende Verwaltung- und Betriebskosten und auf die erforderliche Ergänzung der apparativen Ausstattung der Untersuchungsanstalten, überwiegend im Bereich der Bakteriologisch-serologischen Untersuchungsanstalten beziehungsweise der Veterinärmedizinischen Anstalten, zurückzuführen.

Beim Konjunkturausgleich-Voranschlag sind in der Stabilisierungsquote des Konjunkturausgleich-Voranschlages 400 Millionen Schilling als Normkostenzuschuß, der den Krankenanstalten für bauliche Maßnahmen, Ausstat-

Tonn

tung und den Betriebsaufwand zugute kommen soll, und 60 Millionen Schilling als Beitrag zu den von den Sozialversicherungsträgern durchzuführenden Vorsorgeuntersuchungen hervorzuheben.

Zum Kapitel 72 „Bundesapotheken“:

Der höhere Ausgaben-Voranschlag ist, abgesehen von den Auswirkungen genereller Bezugssteigerungen, durch die erforderlichen Neueinrichtungen im Zuge von Renovierungsarbeiten im Bereich der „Alten Hofapotheke“ (Umbau der „Spanischen Reitschule“) und die zunehmenden „Aufwendungen“ — vor allem beim Wareneinkauf — bedingt.

Bei den Einnahmen wirken sich der Verlust im Versandgeschäft und der Rückgang an Provisionen aus.

An der Debatte beteiligten sich außer dem Spezialberichtersteller die Abgeordneten Doktor Marga Hubinek, Dr. Scrinzi, Sekanina, Dr. Halder, Samwald, Dr. Pelikan, Hanna Hager, Vetter, Ing. Scheibengraf, Helga Wieser, Hietl, DDr. König und Linsbauer. Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz Dr. Ingrid Leodolter nahm zu den während der Beratung aufgeworfenen Fragen Stellung.

Bei der Abstimmung am 22. November 1973 wurden die finanzgesetzlichen Ansätze der Beratungsgruppe XV unverändert angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den **A n t r a g**, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Kapitel 17: Gesundheit und Umweltschutz (einschließlich Konjunkturausgleichsvoranschlag), und

dem Kapitel 72: Bundesapotheken, des Bundesvoranschlages für das Jahr 1974 (880 der Beilagen) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Ich ersuche Sie, Herr Präsident, in die Debatte einzugehen.

Präsident: Wir gehen in die Debatte ein.

Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Scrinzi.

Abgeordneter Dr. **Scrinzi** (FPO): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In beiden Regierungserklärungen des Kabinettes Dr. Kreisky wurden Gesundheit und Umweltschutz als ein Schwerpunktprogramm deklariert. Gemessen an den Zahlen, die uns heuer im einschlägigen Haushaltskapitel vorliegen, muß man sagen, daß von Schwerpunktsetzung in diesem Bereich keine Rede sein kann.

Der Herr Bundeskanzler hat vor zwei Jahren — unter anderem auch bei der Kremser Klausurtagung — die Frage erhoben: Was lassen sich die Österreicher ihre Gesundheit kosten?

Wir haben hier mit der Gegenfrage zu antworten: Was läßt sich diese Regierung die Gesundheit kosten? Die Frage ist sehr einfach zu beantworten. Ein knappes dreiviertel Prozent dieses gigantischen Inflationsbudgets wird für Aufgaben der Gesundheitspolitik und des Umweltschutzes verwendet. Für den Umweltschutz sind es ganze 0,043 Prozent, also eine reine Alibiziffer!

So darf es nicht wundernehmen, daß im Gesundheits- und Umweltschutzplan der Frau Bundesminister — nach einigen Geburtswehen hat er im Mai das Licht der Welt erblickt — der Sachteil mit der Kennziffer 1001 beginnt. Das erinnert uns an bekannte Märchen-erzählungen, an Tausendundeine Nacht. Wenn man ihn durchschaut und dahin gehend überprüft, was an Hand der enthaltenen umfassenden Vorstellungen, Zusagen und Versprechungen mit Hilfe dieses Budgets realisiert werden kann, dann muß man ihn tatsächlich in den Bereich der Wunsch- und Märchenwelt verweisen.

Ich darf aus der Fülle von Dingen, die uns dort zugesagt werden — immerhin steht die Regierung bereits hinter ihrer Halbzeit —, ein paar herauswählen.

Es wird die Einführung der Notfallkarte versprochen; der Schwangerenpaß soll nun tatsächlich mit Geld, das zu wesentlichen Teilen aus dem Familienfonds mobilisiert wird — daher wird es die Bundesregierung nichts kosten —, aktiviert werden.

Ferner werden versprochen: der allgemeine Gesundheitspaß, ein umfassendes Untersuchungsprogramm für Stellungspflichtige, Untersuchungen im Vorschulalter, Schaffung und Ausbau von Familienberatungsstellen, die Eindämmung der Volkskrankheit Alkoholismus, die Verdrängung der Alkoholpropaganda aus den Massenmedien, ein Netz von Beratungsstellen und Heilanstalten für Alkohol- und Suchtkranke, eine erstmals zu schaffende Anstalt für weibliche Alkoholiker, dazu Modellstationen für die Behandlung von Rauschgiftsüchtigen, Ordinariate für Kinderpsychiatrie, die man im Zusammenwirken mit dem Wissenschaftsministerium inauguriert wollte, neue geriatrische Abteilungen, gerontologische Lehrkanzeln und Heimpflegedienste zur besseren Versorgung unserer alten Menschen.

Es wird dann in diesem „Tausendundeins-Programm“ dem Ärztemangel der Kampf angesagt. In diesem Zusammenhang wird eine Novelle zum Ärztegesetz angekündigt, die eine Gleichstellung der praktischen Ärzte und Fachärzte bringen sollte. Nebenbei bemerkt: Es ist eine Utopie, zu glauben, daß aus dieser formalen Gleichstellung, wenn sie nicht sehr

9320

Nationalrat XIII. GP — 95. Sitzung — 17. Dezember 1973

Dr. Scrinzi

handfeste Konsequenzen hätte, der derzeitige Engpaß auf dem Gebiete des Praktikernachwuchses und insbesondere die schlechte Versorgung der ländlichen Bevölkerung gebessert werden könnte.

Zur Regionalpolitik: Um den Ärztemangel vor allem in den ländlichen Gebieten zu beheben, wird die kostenlose Bereitstellung von Arztpraxen und Arztwohnungen, die Finanzierung von Gemeinschaftspraxen in Aussicht gestellt, weiters die Anpassung der Rechtsvorschriften allgemein, des bürgerlichen Rechtes im besonderen und auch des Ärztegesetzes, um diese neuen Behandlungsformen auch von der rechtlichen Seite her installieren zu können.

Es wird weiters die Regelung der Probleme der hausapothekenführenden Ärzte zugesagt. Um dem Sterben vor der Zeit Einhalt zu gebieten, wird die fundamentale Neuordnung des Krankenanstaltenwesens gefordert. Von dieser fundamentalen Neuordnung des Krankenanstaltenwesens, für welche die erstmalige Vorsorge von 240 Millionen Schilling, um die Investitionsvorhaben der Krankenhäuser zu unterstützen, eine Art Initialzündung war, ist nichts als eine offensichtlich im Regionalproporz erfolgte, am Jahresende noch immer nicht abgeschlossene Aufteilung von etwa 160 oder 170 Millionen Schilling aus diesem Titel an die Krankenhäuser geblieben.

Frau Bundesminister! Ich kann mir einfach nicht vorstellen, daß, nachdem sich von einer einzigen Ausnahme abgesehen diese ganze Subvention auf die Unterstützung von Bauvorhaben bezieht, diese Bauvorhaben, die bekanntlich, wenn sie sinnvoll sein sollen, jahrelang vorher geplant werden müssen, schon mit dem von Ihnen erst vor kurzem vorgelegten Bundeskrankenanstaltenplan koordiniert sein sollten.

Es ist hier nichts anderes geschehen, als wir es auf sehr vielen Gebieten dieser „bestvorbereiteten Regierung“ festzustellen haben: ein Improvisieren nach einem „Gießkannenprinzip“, vielleicht mit ein bißchen politischen Akzentverschiebungen. Von fundamentaler Neuordnung — auf meine diesbezügliche Anfrage, nach welchen Richtlinien Sie diese Verteilung vornehmen, habe ich keine überzeugende Antwort bekommen — kann wohl keine Rede sein.

Sie versprechen weiters rechtliche Voraussetzungen für die Schaffung von Tages- und Nachtkliniken. Das ist ein höchst wichtiges Anliegen, wie es gerade vor wenigen Tagen auf der Tagung der Österreichischen Gesellschaft für psychische Hygiene evident geworden ist. Nicht einmal in Umrissen zeichnet

sich — jedenfalls für uns Abgeordnete oder für die Öffentlichkeit erkennbar — irgend etwas ab, was auf konkrete Vorbereitungen in diesem Bereich schließen lassen würde.

Frau Bundesminister! Ich bin mir darüber im klaren, daß die Durchführung eines umfassenden gesundheitspolitischen Rahmenprogramms — selbst wenn man sich im Hinblick auf die Kompetenzlage vorerst auf ein solches beschränken würde, kann es nur ein Rahmenprogramm sein — viel Vorbereitungsarbeit und viel Geld kostet und zumindest eine mittelfristige finanzielle Planung erfordert.

Aber nach zwei Jahren des Versprechens müßte man wenigstens die Ansätze solcher planerischen Initiativen sehen. Wenn ich Ihre Initiativen daran messe, was Sie in diesem Zusammenhang bisher dem Hohen Hause vorgelegt haben, so ist es außerordentlich wenig, im Hinblick auf die riesige Aufgabe fast nichts. Es ist zu ein paar Novellierungen gekommen, die eine gewisse Randbedeutung für die Probleme haben, um die es sich handelt. Von irgendeinem Ansatz zu fundamentaler Neuordnung auf irgendeinem der genannten Bereiche kann überhaupt keine Rede sein. Das einzige, was als Initiative Ihres Ministeriums anerkannt werden kann, ist die Regelung des Bundesinstituts für Gesundheitswesen, wengleich wir doch die Art, wie Sie es gemacht haben, kritisieren mußten.

Allerdings, die Praxis dieses Instituts läßt uns zweifeln, ob wir hier sinnvoll Geld ausgegeben haben. Ich wiederhole die bisher leider auch im Budgetausschuß nicht beantwortete Frage: Was bedeutet es, daß man ein Bundesinstitut für Gesundheitswesen installiert, mit dessen Leitung man einen Diplomingenieur betraut, ohne daß diese doch bedeutsame Stelle ausgeschrieben wurde, ohne daß Sie bislang bereit waren, zu sagen — ich hoffe, Sie tun das jetzt —, welche Kriterien maßgebend waren, daß man ein Bundesinstitut für Gesundheitswesen der Leitung eines Diplomingenieurs anvertraut?

Jeder Mensch in Österreich würde wohl erwarten, daß die oberste Verantwortung in einem derartigen Institut doch von einem Sachkundigen getragen wird. Aber bitte, vielleicht belehren Sie uns, was für Sie entscheidend war, einen Ingenieur zu wählen.

Das Institut, das im kommenden Jahr nach Ihrem Budgetvoranschlag immerhin über 8 Millionen Schilling verfügen soll, hat nach sage und schreibe fast einem Jahr auch schon ein Lebenszeichen gegeben. Das ist immerhin erfreulich. Die Fraktionen, glaube ich, haben im November oder Dezember dieses Jahres Briefe erhalten, in denen wir aufgefordert wurden, Vorschläge zu machen. Frau Bundes-

Dr. Scrinzi

minister! Da hätten wir auf ein Institut verzichten können. Wenn dieses Institut sozusagen in Österreich die Etzes-Geber für die Arbeit sucht, die es machen soll, dann ist es hinausgeworfenes Geld.

Frau Bundesminister! Wir wären sehr interessiert, daß Sie uns sagen würden, was geschieht und was bisher in diesem Institut wirklich geschehen ist. Denn zur Vergabe von Forschungsaufträgen und ähnlichen Dingen brauchen wir kein Institut, das 8 Millionen Schilling verschlingt. Da wäre es besser gewesen, Sie hätten Ihre diesbezüglichen Anlagen auch im Interesse der Forschungskoordination beim Wissenschaftsministerium deponiert, anstatt ein solches neues Organ zu schaffen, das bei der ohnedies erheblich zersplitterten Forschung in Österreich nun von sich aus Forschungsinitiativen ergreift.

Wenn Sie einwenden, ein bedeutendes Reformwerk sei tatsächlich unter Ihrer Patronanz im Gange, nämlich das neue Lebensmittelgesetz, so ist dazu zu sagen, daß Sie das bereits als Erbe des Sozialministeriums übernommen haben.

Alles in allem können wir feststellen — und ich habe zu den Befürwortern dieses neuen Ministeriums an sich gehört —, daß man tatsächlich nach zwei Jahren ernstlich prüfen muß, ob dieses Ministerium nicht insgesamt eine Fehlinvestition war.

Auch wenn ich das zweite große Aufgabengebiet Ihres Ressorts kritisch betrachte, so verleitet es keineswegs zu mehr Optimismus, ganz im Gegenteil. Sie selber müssen in dem von Ihnen in großartiger Vierfarbenausstattung mit erheblichem Aufwand vorgelegten Plan einbekennen, daß Sie als die Umweltschutz-Ministerin eigentlich nur auf drei Gebieten unmittelbar sachzuständig sind, nämlich für den Strahlenschutz, die Lebensmittelkontrolle und die Veterinärverwaltung. Ich glaube, das sind tatsächlich zu wenig Kompetenzen, um hierfür ein eigenes Ministerium zu rechtfertigen. Die Koordination der Umweltschutzagenden haben Sie nur in Unterriete vom Herrn Bundeskanzler übertragen erhalten.

Am 14. März 1972, also bald nach Installation Ihres Ministeriums, mußten wir es uns angelegen sein lassen, durch einen Entschließungsantrag, der die einstimmige Zustimmung dieses Hauses gefunden hat, zu verlangen, daß in den Kompetenzdschungel auf dem Gebiete des Gesundheits- und Umweltschutzes einigermaßen Übersicht und Ordnung gebracht wird. Wir warten allerdings eineinhalb Jahre nach diesem Entschließungsantrag immer noch auf das Ergebnis.

Einem Zwischenbericht, den uns die Verbindungsstelle der österreichischen Bundesländer vorgelegt hat, entnehmen wir hinsichtlich der Situation auf dem Gebiete des Umweltschutzes folgende Fakten: Es gibt in Österreich derzeit 28 Raumplanungs-, Raumordnungs- und Bauordnungsgesetze und -verordnungen; dazu noch eine ganze Reihe von Feuerpolizeiverordnungen, von Vorschriften im Energiegesetz, welche auf umweltschutzpolitische Fakten Bezug haben, mit einer ganzen Reihe von Kompetenzen, die darüber hinaus noch bei den Gemeinden liegen. Nach wie vor also hängt Ihr Ministerium diesbezüglich völlig in der Luft, und Sie sind nicht in der Lage, selbst wenn Sie es sachlich schaffen würden, wirklich entscheidende, umweltschutzpolitische Aktivitäten zu entwickeln.

Frau Bundesminister! Wenn ich mich im zweiten Teil meiner Ausführungen mit ein paar Schwerpunkten Ihres eigenen Planes beschäftige, so darf ich mich zuerst dem Problem der Krankenanstalten zuwenden. Auch hier — ich wiederhole noch einmal — hatten Sie angekündigt, wenn der Feldzug gegen das vorzeitige Sterben erfolgreich sein soll, dann muß man eine fundamentale Neuordnung im Krankenanstaltenwesen vornehmen.

Was haben Sie bisher Fundamentales gemacht? Sie haben eine Novelle zum Krankenanstaltengesetz vorgelegt. Sie wurde dem Ausschuß zugewiesen, und Sie haben sie aus diesem Ausschuß vor der Behandlung zweimal zurückgezogen, weil Ihnen offensichtlich selber klar war, daß die Intentionen dieser Novelle völlig im leeren Raum endeten. Es mußte Ihnen von allen sozialistischen Sozialreferenten der Bundesländer klagemacht werden, daß an eine Neuordnung des Krankenanstaltenwesens so lange nicht zu denken ist, als nicht die fundamentalen Fragen der Finanzierung geklärt sind; jene fundamentalen Fragen, welche in diesem Haus seit vielen Jahren erfolglos jeweils von der Opposition angeschnitten werden und bei der jeweiligen Regierung bislang nicht auf Verständnis gestoßen sind.

Am letzten Österreichischen Krankenhausstag, der vor wenigen Wochen in Wien stattgefunden hat, mußte zur Kenntnis genommen werden, daß eine ganze Reihe von Spitalserhaltern, insbesondere Gemeinden und Bezirksverbände, nicht mehr in der Lage sind, ihre Krankenhäuser zu betreiben, daß sie konkursreif sind und daß sie bei den Ämtern der Landesregierungen vorstellig werden, um dort ihre Krankenhäuser zum Geschenk anzubieten.

Sie haben also Ihren Krankenanstaltenplan vorgelegt. Er ist, was die rein zahlenmäßige

Dr. Scrinzi

Aufarbeitung anlangt, durchaus anerkanntenswert. Er liefert dem interessierten Abgeordneten eine ganze Menge von wertvollen und interessanten Daten. Aber mehr als eine Bestandaufnahme ist er nicht, und das ist nach zwei Jahren Existenz eines eigenen Ministeriums unserer Meinung nach zu wenig.

Er enthält, wie schon einleitend gesagt, keinen Finanzierungsplan, er unternimmt nicht einmal den Versuch, einen Terminplan zu erstellen, und enthält keine Hinweise für die geforderte und bisher notwendige Verwaltungsreform.

Ich wage hier wiederum zu behaupten: Wenn man daranginge zu prüfen, was mit Hilfe des gegenwärtigen Bettenbestandes bewältigt werden könnte, wenn man alle Fehlleistungen, alle Leerläufe, alle Doppelläufigkeiten durch eine vernünftige Koordination, durch Verwaltungsmaßnahmen ausräumt, dann könnten wir — das scheint mir durchaus möglich zu sein — mit dem gegenwärtigen Bettenschlüssel, der ja in einem sehr guten internationalen Schnitt liegt, unser Auslangen finden.

Denn wenn ich mir vor Augen führe, daß in diesem Plan die Vorausberechnung enthalten ist, daß der Bettenstand 1971 von etwa 81.500 Krankenhausbetten 1980 auf 96.500 angehoben werden müßte, dann frage ich mich: Wie und mit welchen Mitteln soll und könnte das geschehen? Wenn ich den derzeitigen Betriebs- und Investitionskostenabgang der Landeskrankenanstalten, der statistisch zugänglich ist, betrachte, dann erscheint es mir unvorstellbar, daß wir in den verbleibenden sechs Jahren in der Lage sein sollten, rund 15.000 neue Krankenhausbetten zu installieren.

Der Betriebskostenabgang der Landeskrankenanstalten betrug 1972 1,9 Milliarden Schilling, er hat sich 1973 auf 2,6 Milliarden erhöht, wird 1974 voraussichtlich 3 Milliarden betragen. Dazu kommt für 1974 noch ein Investitionserfordernis von 1,3 Milliarden. Das ergibt also insgesamt allein für die Landeskrankenanstalten einen Bedarf von 4,3 Milliarden Schilling.

Da nun der Anteil der Landesanstalten an der Gesamtzahl der Krankenhäuser — die privaten ausgeklammert, also nur Gemeinde- und Bezirksspitäler gerechnet — ungefähr zwischen 40 und 50 Prozent liegt, wird man bei ähnlichen Struktur- und Finanzierungsverhältnissen im Jahre 1974 mit einem Abgang von etwa 8,6 Milliarden Schilling zu rechnen haben.

In Anbetracht dieser gigantischen Summen, dieses gewaltigen Bedarfes für ein einziges Haushaltsjahr muß also gefragt werden: Was

soll man mit einem Krankenanstaltenplan, der nicht einmal einen Ansatz von Vorschlägen zu einer Reform und Reorganisation der Finanzierung enthält, der aber leider auch keinen Ansatz zu einer kostensparenden Reform des Systems der Krankenversicherung und nicht den geringsten Anhalt zu einer kostensparenden Reform der Krankenhausverwaltungen liefert?

Das zweite Kapitel, das durch das sicherlich zufällig mit der heutigen Debatte zusammenfallende Symposium in der Wiener Ärztekammer besondere Aktualität erhalten hat, ist der Beginn der für 1. 1. 1974 angesagten Gesundheitsuntersuchungen. Nachdem die beiden Projektstudien in Wien und Kärnten mit zum Teil, was das Interesse der Öffentlichkeit anlangt, recht negativen Erfahrungen, im sachlichen Bereich aber durchaus interessanten Ergebnissen abgelaufen waren, wurde nun mit 1. 1. der Beginn dieser Untersuchungen angekündigt, auf die nach der neuen gesetzlichen Lage rund drei Millionen Österreicher Anspruch haben.

Zu unserem Erstaunen haben wir bei diesem Symposium hören müssen, daß nicht einmal die simpelste Voraussetzung, nämlich die Bereitstellung der notwendigen Untersuchungsformulare, abgeschlossen ist. Dort wurde erklärt, daß voraussichtlich im Laufe des Jäanners die notwendigen Fragebogen beziehungsweise Formulare für die zu Untersuchenden und für die Ärzte aufgelegt werden können.

Ich frage Sie: Was ist das für eine Planung und Organisation? Nachdem man monatelang über die Massenmedien beziehungsweise über die Zeitungen den Start verkündet hatte, stellte sich jetzt heraus, daß nicht einmal diese Grundvoraussetzung klar ist.

Ob die Finanzierung beziehungsweise die Koordinierung der Finanzierung klar ist, wage ich auch zu bezweifeln. Jedenfalls ist festzustellen, daß die Verträge mit der Ärzteschaft, die notwendig sind, um diese Untersuchungen durchzuführen, bis heute nicht abgeschlossen sind; wir stehen immerhin am Jahresende und wenige Tage vor dem angekündigten Beginn!

Sie selber haben vor kurzem gefragt — Sie haben deshalb auch eine Umfrage starten lassen —: Woher nehmen wir die halbe Milliarde, die uns für die Durchführung der Gesundheitsvorsorge noch fehlt? Der Österreicher hat Ihnen eine Antwort gegeben, die auch wir Ihnen schon vor einem halben Jahr gegeben haben — Sie hätten also deshalb gar nicht zu fragen brauchen —: Man spare zuerst dort, wo man sparen kann, man prüfe,

Dr. Scrinzi

wo Überflüssiges auch im Bereich der bisherigen Gesundheitsverwaltung ausgegeben wird, ehe man an den ohnedies durch Abgaben und Steuern überforderten Österreicher mit neuen Auflagen herantritt! (Beifall bei der FPÖ.)

Wir haben schon aus Anlaß der 29. Novelle darauf verwiesen — und deshalb erfolgte auch die Ablehnung —, daß es nicht angeht, die zweifellos schwierigen Probleme, darüber sind wir uns im klaren, welche heute die Gesundheitspolitik ganz allgemein aufwirft, dadurch zu lösen, daß man unentwegt in die Tasche der Steuerzahler, der Arbeitnehmer und Arbeitgeber in diesem Lande, greift, sich aber beharrlich aus doktrinären Gründen einer wirklichen Systemreform entzieht, ja sogar der Diskussion einer solchen beharrlich ausweicht.

Zum dritten Problem dieser Untersuchungen will ich mich nur fragend äußern: Ist es zutreffend, daß, was als Niederschlag des Symposiums in einzelnen Zeitungen zu lesen war, die in Betracht gezogenen Formulare so anspruchsvoll sind, daß erhebliche Zweifel daran bestehen, ob sich der Österreicher in dieser „Orgie“ — so schreibt eine Zeitung — „von Formularen“ wirklich zurechtfinden wird?

Ich weiß nicht, ob es ohne vorbereitende Erziehungsmaßnahmen, ohne eine viel intensivere Information, als sie diese beiden Projektstudien natürlich für eine ganz kleine Gruppe dargestellt haben, möglich sein wird, dieses Programm erfolgreich anlaufen zu lassen.

Für das Gesamtprogramm fehlt uns bis heute eine Kostenberechnung. Auch für eine solche wären wir Ihnen, Frau Bundesminister, dankbar, denn andernfalls müßten wir uns mühselig durch die Finanzierungspläne durcharbeiten und zusammenrechnen, wie Sie sich eigentlich die Finanzierung vorgestellt haben.

Es ist uns schon klar: der Familienlastenausgleichfonds soll angezapft werden; einen Teil werden die Krankenkassen tragen, einen anderen Teil wollen Sie aus Mitteln Ihres Ressorts finanzieren. Aber immerhin wäre es doch interessant, wenige Tage vor Beginn einer so großen Aktion zu erfahren: Wie soll die ganze Gesundenuntersuchung aussehen, wie schaut die Schwerpunktuntersuchung, die im Jänner anlaufen wird, aus, nach welchen Krankheiten wird geforscht — wir haben ja einiges davon in diesem Symposium gehört —, was soll die Pro-Kopf-Untersuchung kosten, mit wieviel faktischen Untersuchungen rechnet man und was wird das Gesamtprojekt kosten? Vielleicht, Frau Bundesminister, geben Sie uns im Zuge der laufenden Beratungen darüber noch einige Auskünfte.

Ein Thema, das Sie zwar auch in Ihrem Anstaltenplan angerissen haben, wo aber gleichfalls nichts geschehen ist, ist die Situation der Behandlung psychisch und psychiatrisch Kranker. Sie wissen sehr wohl, Frau Bundesminister, daß 30 Prozent der in Österreich zur Verfügung stehenden Betten neuropsychiatrische Betten sind. Ich habe sie aus einer mir von Ihnen übermittelten Aufstellung herausgerechnet: Es sind insgesamt 26.000 Betten.

Nun hat die schon zitierte Tagung der Gesellschaft für psychische Hygiene in Österreich vor wenigen Tagen ergeben, daß man aus der Tatsache der ständigen Zunahme der psychischen Erkrankungen und Störungen in unserer Gesellschaft und aus den neuen therapeutischen Möglichkeiten, welche die Psychiatrie und die Psychologie entwickelt haben, grundlegende Konsequenzen gezogen hat und daß das ganze psychiatrische Krankenhauswesen entscheidend umorganisiert werden muß. England ist uns mit seinen Mental health acts schon vor bald zwanzig Jahren beispielgebend vorausgegangen. Österreich, das klassische Land der großen Psychiatrie, hat diese Entwicklung faktisch verschlafen. Selbst dort, wo man — und Sie haben es angekündigt — mit rein rechtlichen Maßnahmen ohne wesentliche Kostenbelastung, nämlich mit der Installation von Tages- und Nachtkliniken wenigstens einen Anfang hätte machen können, ist bisher absolut nichts geschehen.

Aus diesem ganz großen Kapitel psychischer Krankheiten und Störungen will ich nur eines herausgreifen, das im Zusammenhang mit der Behandlung des Kapitels Inneres, innere Sicherheit schon von meinem Parteifreund Dr. Schmidt behandelt wurde, nämlich das Problem der Suchtgiftkranken.

Die rein kriminalpolitische Situation wurde bei dieser zitierten Debatte eingehend beleuchtet. Wir besitzen seit einiger Zeit ein neues Suchtgiftgesetz, das, modernen Tendenzen folgend, die Strafen für die Händler erhöht hat, das mehr Härte für die Händler und, wie man den Eindruck hat, auch mit einem gewissen Erfolg gefordert hat und unter dem Eindruck moderner psychiatrischer Erkenntnisse mehr Milde für die Opfer postuliert. Ein durchaus richtiger Grundsatz. Ein Grundsatz, der den Gedanken der Heilung, der Resozialisierung, der Rehabilitierung der Kranken voranstellt, wobei es sich ja überwiegend um Jugendliche handelt, bei denen die Bestrafung keine Besserung und Heilung, sondern in vielen Fällen nur eine Belastung mit dem Stigma der Kriminalität gebracht hat.

Dr. Scrinzi

Aber im „Windschutz“ dieses Gesetzes, Frau Bundesminister, wäre es notwendig gewesen, sehr rasch mit flankierenden Maßnahmen zu beginnen. Denn, wenn Sie dem Suchtgiftkranken nur strafrechtliche Milde, bedingte Verurteilung, Aussetzen des Urteiles auf Bewährung und Ähnliches bringen, dann bauen Sie ihm eine Brücke ins Leere, sofern die Zeit der Bewährung nicht durch den Einsatz von Bewährungshelfern ausgenützt wird, sofern die Zeit der Straffreiheit nicht zu intensiver Behandlung dient.

Nun, man hat sich bis heute nicht aufgefordert, zur Kenntnis zu nehmen, daß gerade diese Form von Suchtkrankheiten, nämlich die der Sucht- und Rauschgifte im engeren Sinne, viel mehr als die alkoholischen Suchtgiftformen auf der Basis der Freiwilligkeit leider keinen ausreichenden Behandlungserfolg gewährleisten. Hunderte, ja Tausende von verzweifelten Eltern von Minderjährigen und Jugendlichen kommen heute in die Ordinationen der praktischen Ärzte und Fachärzte, kommen in die Ambulanzen der psychiatrischen Kliniken, zu den Amtsärzten und in Ambulatorien um Hilfe und müssen dort erfahren, daß wir leider nichts machen können.

Die Zahlen der Süchtigen, gemessen an den Kriminalitätsziffern, haben sprunghaft zugenommen. Wir wissen, daß bei den nicht kriminell gewordenen Süchtigen die Dunkelziffer außergewöhnlich groß ist. Aber wenn wir als Maßstab die von den Gerichten erfaßten heranziehen, so war immerhin festzustellen, daß von 1967 bis 1972 die Zahl von 69 Verurteilten auf 1609 angewachsen war und daß wir für 1973 mit einer weiteren Steigerung von etwa 27 Prozent zu rechnen haben.

In Anbetracht dieser Situation, Frau Bundesminister, gebe ich Ihnen ernstlich zu bedenken, ob wir nicht durch eine Novellierung des Krankenanstaltengesetzes, des Suchtgiftgesetzes und weiterer einschlägiger Gesetze, allenfalls der Entmündigungsordnung, uns zu neuen Methoden werden durchbringen müssen.

Wir hätten am Beispiel des Tuberkulosegesetzes einen Analogiefall. Auch dort hat man sich entschließen müssen, behandlungsunwillige, nicht einsichtige Kranke einer Zwangsbehandlung zuzuführen. Sehr viel bedeutsamer, sowohl für den einzelnen Suchtgiftkranken wie auch für die Allgemeinheit, wären solche zwangsweisen Behandlungsmaßnahmen bei Sucht- und Rauschgiftkranken.

Ich stelle Ihnen anheim, Frau Bundesminister, sehr ernstlich zu überlegen, ob wir nicht in Analogie zum Tuberkulosegesetz in kürzester Zeit ein Gesetz zur Behandlung Sucht-

giftkranker werden schaffen müssen. Sie wissen, daß die Heilungsaussichten auch unter den besten Behandlungsvoraussetzungen immer noch sehr bescheiden sind. Ich glaube, die realistischen Statistiken weisen aus, daß man nur ein rundes Drittel dieser zumeist jugendlichen Personen heilen kann. Was das insgesamt für den Volkskörper bedeuten kann, das wissen wir aus jenen Ländern, in denen die Suchtkrankheiten mehr als bei uns grassieren, zum Beispiel aus der Bundesrepublik, welche vor einigen Jahren — ich habe die Zahl hier schon einmal zitiert — 30.000 Jugendliche als unheilbar Süchtige ausgewiesen hat, welche berentet werden mußten.

Meine Damen und Herren! Ich wende mich noch einmal ganz kurz dem Thema der Umweltschutzpolitik zu. Ich habe schon gesagt, mit 0,043 Prozent des Budgets kann eine überzeugende Umweltschutzpolitik, selbst wenn die Kompetenzen da wären, nicht gemacht werden. Aber auch hier, Frau Bundesminister, muß ich Ihnen vorhalten, daß selbst jene Initiativen, welche ohne wesentliche budgetäre Belastung durchgeführt werden könnten, bisher unterlassen wurden.

Was haben Sie getan, um das von meiner Fraktion eingebrachte Altölbeseitigungsgesetz endlich einer Behandlung zuzuführen? Hier wie auf anderen Gebieten — es ließen sich die Beispiele beliebig vermehren — verfolgt die derzeitige Bundesregierung und die derzeitige sozialistische Mehrheit dieses Hauses eine eigenartige Taktik. Die Initiativen der Opposition werden abgewürgt, nicht behandelt, bleiben liegen, werden nach einer Anstandsfrist von Monaten oder Jahren plagiiert und dann als großartige eigene Initiativen der Bundesregierung ins Haus gebracht.

Das ist ein Verfahren, das nichts mehr mit jenem Bekenntnis zu mehr Demokratie zu tun hat, das Sie, die Sozialisten, auch in diesem Haus gefordert haben, als Sie mit uns in der Minderheit waren. Von einer Stärkung der Rechte der Minderheit kann überhaupt keine Rede sein. Sie mißachteten die derzeit vorhandenen Rechte der Minderheit gerade auf dem Gebiete der Initiativen Opposition. Sie sollten sich wenigstens dort, wo es Ihnen an Ideen, an Phantasie oder an Aktivität fehlt, der Möglichkeiten bedienen, die Ihnen die Opposition bietet. Sie schreien dann auf, wenn Ihre unüberlegten, überhasteten, nicht ordentlich durchgearbeiteten Vorlagen ins Haus kommen, von uns zerfetzt und kritisiert werden müssen und schließlich unsere Zustimmung nicht finden.

Frau Bundesminister! Sie hätten also ganz unabhängig vom Budget eine ganze Reihe

Dr. Scrinzi

von Möglichkeiten gehabt, Initiativen zu ergreifen.

Was ist mit dem von Ihnen schon lange angekündigten Luftreinhaltegesetz? Es liegt ein ganz ausgezeichneter und, wie ich meine, einbringungsreifer Entwurf des Städtebundes vor; Sie müßten ihn nur einmal dem Haus vorlegen. Es geschieht nicht!

Daß Sie mit Ihrem Müllbeseitigungsfonds kläglich am Herrn Finanzminister gescheitert sind, das haben Sie schon im Ausschuß einbekennen müssen. So wird halt in Österreich nach gänzlich unterschiedlichen Methoden und Verfahren gewurstelt und gewirtschaftet. Die einen — Gebietskörperschaften, Gemeinden, Länder oder wer immer es ist — sind initiativ, stürzen sich in schwere Belastungen, die anderen tun wenig oder gar nichts, und das Ministerium druckt Propagandamaterial.

Sie haben in Ihrem Budget eine Reihe von Positionen, um Strahlengefährdungen festzustellen. Sie statten verschiedene Institutionen mit solchen Geräten aus. Meine Frage an Sie, Frau Bundesminister: Was aber haben Sie getan, wenn irgendwo, sei es durch einen Zwischenfall in einem der leider nun in Angriff genommenen Atomkraftwerke, sei es aus irgendeinem von außen kommenden Anlaß, tatsächlich Strahlenalarm besteht? Was haben Sie getan, um dafür zu sorgen, daß wenigstens der Anfang gemacht wird, daß hinreichende Strahlenschutzrichtungen geschaffen werden? Nichts ist bisher geschehen!

Was haben Sie getan, welche Initiative haben Sie ergriffen, um auf dem Gebiete der Luftvergiftung durch die Verbrennungsmotoren Abhilfe zu schaffen? Als ich vor etwa zwei Jahren den Herrn Handelsminister diesbezüglich gefragt habe, hat er sich auf die internationale Situation ausgedreht. Was haben Sie unternommen, um dem Herrn Handelsminister klarzumachen, daß hier ehestens etwas geschehen muß? Denn wenn es so weitergeht, dann wird das Recht, früher zu sterben, ein Recht der Bewohner unserer großen Städte werden.

Internationale Untersuchungen in Ballungszentren Europas — in Rom zum Beispiel wurden solche gemacht — haben ergeben, daß nicht nur unter dem sicheren Einfluß der Abgase, sondern auch natürlich der Rückstände der Hausbrandanlagen, die Erkrankungs-wahrscheinlichkeiten der Luftwege — insbesondere die gefürchteten Krebserkrankungen der Lungen — in diesen Städten ein Vielfaches des Durchschnittes betragen und daß die durchschnittliche Lebenserwartung in diesen Ballungsräumen parallel mit der Luftver-

schmutzung bedrohlich absinkt. Ein Minus bis zu fünf Jahren wurde in einzelnen Städten schon festgestellt. Was ist diesbezüglich von Ihrem Ressort geschehen?

Meine Damen und Herren! Das ist nur eine ganz kleine Auslese aus den Kritiken, die wir hinsichtlich der Tätigkeit dieses Ressorts und des Budgets, das ihm zur Verfügung steht, anzubringen haben.

Es ist eine unglückselige Trias, welche dieses Ministerium kennzeichnet: Es ist ein Ministerium ohne Kompetenzen, das zwei Jahre nach seiner Errichtung noch immer keinen annähernd überzeugenden Kompetenzbereich hat. Es ist ein Ministerium, das über keine Mittel verfügt, die nur in etwa in der Lage wären, die gewaltigen Aufgaben, die zu lösen wären, zu lösen. Ich habe, glaube ich, im Haus schon darauf hingewiesen, daß schwedische Berechnungen ergeben haben, daß Schweden im Jahre 2011 erwartet, daß das gesamte derzeitige Bruttonationalprodukt für Aufgaben der Gesundheitspolitik und des Umweltschutzes aufgewendet werden muß. Und wir verwenden 30 Jahre vor diesem für Schweden kritischen Termin ganze 0,75 Prozent des Budgets!

Aber zu dem Mangel an Kompetenzen und zu dem Mangel an Geld kommt noch der Mangel an Initiative. Sie haben sich bisher vorwiegend darauf beschränkt, ein Ankündigungsministerium zu sein, wobei Sie mit Ihren Ankündigungen außerdem nicht immer sehr viel Glück und auch nicht immer viel politisches Fingerspitzengefühl bewiesen haben.

Das ist selbst der Sozialistischen Partei offensichtlich allmählich klargeworden. Wenn die Zeitungsnachrichten stimmen, hat man Ihnen in der letzten Zeit einen politischen Berater, also eine Art Beistand oder Kurator, beige stellt. Ich hoffe, daß er heute auch hören wird, was die Opposition an kritischen Bemerkungen anbringt, aber vorerst haben wir uns noch an Sie, Frau Bundesminister, als Normadressatin zu richten. (*Abg. Doktor Kohlmaier: Gesundheitspolitik wird bei uns ums Eck gemacht!*) Sie wird ums Eck gemacht. Es ist jedenfalls ein Eck, an dem bisher die Gesundheitspolitik hoffnungslos hängengeblieben ist, wie es den Anschein hat.

Frau Bundesminister! Ich schließe mit einem Thema, das vor einigen Tagen im Haus große Emotionen hervorgerufen hat. Es ist die Frage Ihrer Äußerungen im Zusammenhang mit den Behauptungen einer Zeitung, wonach Sie die österreichischen Gynäkologen und die österreichischen Frauenkliniken pauschal verdächtigt haben sollen.

Dr. Scrinzi

Sie haben es lange Zeit unterlassen, auf eine solche nicht nur die betroffenen Ärzte und Krankenanstalten, sondern den ganzen Stand diskriminierende Unterstellung in entsprechender Form zu reagieren. Nach dem heutigen letzten Stand meiner Information haben Sie zwar inzwischen Ihren Anwalt beauftragt, gegen das betreffende Presseorgan eine Klage einzubringen. Ich glaube aber — und das wiederhole ich noch einmal, Frau Bundesminister —: Wir, das Parlament, haben ein Recht, unabhängig von dem, was Sie nun in Form von Leserbriefen an die Zeitung oder in Form von Mitteilungen über die Massenmedien gesagt haben — Sie sind dem Parlament für Äußerungen verantwortlich, die Sie als Ressortministerin tun —, wir haben den Anspruch darauf, unabhängig von dem, was Sie jetzt auf gerichtlichem Wege spät, aber doch unternommen haben, hier, hier im Haus zu erfahren, was Sie in diesem Zusammenhang gesagt haben!

Wir legen Wert darauf, daß das hier im Hause geklärt wird, denn allzuoft erleben wir es — und es wäre nicht verwunderlich —, daß solche und ähnliche Affären vor Gericht mit einem Vergleich enden. Es gibt mannigfache Interessen, die sich bei einem derartigen Prozeß kreuzen und die Parteien veranlassen können, im Vergleichswege die Sache aus der Welt zu schaffen.

Wir möchten aber von Ihnen nicht nur hören: Trifft es zu, daß Sie das gesagt oder nicht gesagt haben?, sondern Sie müssen sich jetzt nach diesen Vorhaltungen auch positiv äußern: Ist es Ihre Meinung, Frau Bundesminister, wie es in der „Wochenpresse“ stand, ist es Ihre Meinung — nicht Ihre Behauptung; das soll das Gericht klären! —, daß sich die vier Klinikchefs der vier gynäkologischen Kliniken Österreichs deshalb gegen die Fristenlösung gewendet haben, weil sie damit ihr Schweigegeld verloren haben? Ist es Ihre Meinung, daß sich die österreichischen Gynäkologen, soweit sie über Villen und Paläste verfügen, diese Villen und Paläste sozusagen im negativen Schutze des alten § 144 gebaut haben?

Es ist notwendig, daß diese Rehabilitierung der österreichischen Ärzteschaft von der Ministerbank aus erfolgt, ganz gleich, was das Verhandlungsergebnis bringen sollte, denn wenn Sie diese Äußerungen nicht gemacht haben, ist es ebenso wichtig, daß die verantwortlichen Redakteure, denen Sie unterstellen, daß sie Sie mißverstanden haben, zur Kenntnis nehmen, wie die Dinge wirklich liegen; wir stellen ja nicht zum ersten Mal fest, daß Sie Äußerungen tun, die Sie nachher

widerrufen oder von denen Sie sich nachher distanzieren.

Ich erinnere an den Vorfall aus Anlaß der Kritik an Ihrem Ministerium — es war eine sehr berechtigte Kritik, wie vor allem die großen Schadensziffern nachher ausweisen —, an Ihrer Passivität anlässlich der Maul- und Klauenseuche. Damals haben Sie die österreichischen Landwirte beschuldigt, daß sie durch ihr uneinsichtiges und gesetzwidriges Verhalten wesentlich zur Ausbreitung der Seuche beitragen. Nachher haben Sie sich von der Äußerung dadurch distanziert, daß Sie gesagt haben, Sie hätten bloß eine Information weitergegeben. Aber ich glaube, Frau Bundesminister, wenn man solche und ähnliche Informationen vom Podium eines Ministers aus weitergibt, dann muß man vorher sorgfältiger prüfen.

Ich glaube, es wird Sie nicht wundern, Frau Bundesminister, daß wir bei diesen Voraussetzungen nicht in der Lage sind, dem Kapitel Gesundheit und Umweltschutz als Freiheitliche Partei unsere Zustimmung zu geben. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident: Als nächste zum Wort kommt die Frau Abgeordnete Dr. Marga Hubinek.

Abgeordnete Dr. Marga Hubinek (ÖVP): Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben in der Rede des Finanzministers gehört, daß die Gesundheitspolitik ein besonderes Anliegen der sozialistischen Regierung sei, es sei dies eine humane Verpflichtung, und es gelte, hier neue Prioritäten für die Versorgung mit Gesundheitsgütern zu schaffen.

Wenn man diese Worte hört — wir haben sie dann auch gedruckt lesen können —, dann nehmen sich die Zahlen, die für die Aufgaben dieses Ressorts vorgesehen sind, sehr bescheiden aus: Der Anteil des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz am Gesamtbudget beträgt für 1974 nicht einmal ganze 0,7 Prozent. Daher fällt es nicht leicht, an eine Schwerpunktsetzung zu glauben, und vollends unbegreiflich wird es, den Optimismus der Frau Minister zu teilen, die im Ausschuß gemeint hat, es sei ein offenes Geheimnis, daß sie bei den Budgetberatungen gut abgeschnitten habe. Ich weiß nicht, Frau Minister, woher Sie diese Euphorie schöpfen, aber mit dieser Einstellung scheinen Sie es dem Herrn Finanzminister nicht allzu schwer gemacht zu haben.

Erlauben Sie mir einige grundsätzliche Überlegungen. Die Österreichische Volkspartei hat die Errichtung eines Ministeriums für Gesundheit und Umweltschutz begrüßt. Wir meinten, da man mit der Führung des Ressorts

Dr. Marga Hublnek

einen Arzt betraute, daß man damit die Bevölkerung glauben machen will, daß es dieser Regierung ein besonderes Anliegen sei, die Aufgaben der Gesundheit zu fördern und diesen ein verstärktes Augenmerk zuzuwenden.

Wie sehr aber die Errichtung dieses Ministeriums aus Gründen einer günstigen Optik erfolgte, zeigte sich zunächst bei der Kompetenzverteilung. Der Herr Bundeskanzler war nicht bereit, dafür Sorge zu tragen, daß dieses Ministerium auch über die lebenswichtigen Kompetenzen verfügt.

Vergegenwärtigen wir uns, daß es ein Gesundheitsministerium gibt, das keinen Einfluß auf das Leistungsrecht der Krankenkassen hat — und dies in einem Land, in dem mehr als 95 Prozent der Bevölkerung krankenversichert sind! —, daß also die Sozialversicherung zur ungeteilten Hand in die alleinige Verantwortung des Sozialministers gehört und daß die Frau Gesundheitsminister bestenfalls auf das Wohlwollen angewiesen ist, ob man ihren Empfehlungen Gehör schenkt oder nicht! Frau Minister! Mit solch ungünstigem Start war es für Sie zweifellos nicht leicht, hier Ihre Arbeit zu beginnen.

Wir haben erst ganz kürzlich beim Zahnärztekongress bemerkt, daß die Frau Gesundheitsminister nicht legitimiert war, in diesem Konflikt zu vermitteln, denn die Sozialversicherung ist ja bekanntlich nicht in ihrem Ressort.

Meiner persönlichen Meinung nach hätten sie vielleicht ad personam vermitteln können und vielleicht auch kraft ihrer Funktion als Ressortverantwortliche des Ministeriums Gesundheit. Ich glaube, es hätte da ihr Wort auch Gewicht gehabt, selbst wenn die Sozialversicherung im Ressort des Sozialministers ist. Sie hat aber jeden Versuch einer Vermittlung im Zahnärztekongress unterlassen. An welcher innerparteilichen Ranküne immer eine vernünftige Kompetenzverteilung scheiterte, hier hat Sie, Frau Minister, erstmalig der Herr Bundeskanzler im Stich gelassen.

Er hat Sie aber ein zweites Mal im Stich gelassen, als es galt, bei einem zugegeben harten Finanzminister eine vernünftige oder eine ausreichende Dotierung des Ministeriums durchzusetzen.

Wie ungereimt dieses Budget ist, zeigt sich daran, daß man es mit kosmetischen Tricks verbessern will. So erscheint als größte Post der Betrag von 400 Millionen Schilling als Investitionsförderung der Krankenanstalten in der Stabilisierungsquote zum Konjunkturaus-

gleich-Budget. Dieser Betrag wird nach den Kautelen, die eine Freigabe ermöglichen, kaum relevant sein.

Es gehört eine volkswirtschaftliche Überlegung angestellt, ob die dringend notwendige Reform der Spitäler wirklich die Inflation anheizt. Ich glaube, diese Frage müßte uns der Herr Finanzminister beantworten. Ich glaube weiter: Wir gehen in der Annahme nicht fehl, daß diese 400 Millionen Schilling dann verfügbar wären, wenn die Meinungsumfrage, die kürzlich abgeschlossen wurde, ein Votum für eine zusätzliche Steuer gebracht hätte.

Ich darf auf die Meinungsumfrage zurückkommen, wo sich eine Mehrheit der Bevölkerung — es heißt 78 Prozent — für Einsparungen im Budget ausgesprochen hat, damit man die erforderlichen Beträge aufbringt. Diese 78 Prozent haben ganz entschieden eine zusätzliche Steuer, eine Gesundheitssteuer abgelehnt.

Ich lese nur, daß das Institut des Abgeordneten Blecha, der in einem Kommentar, den er, glaube ich, am Sonntag einer Wiener Tageszeitung gegeben hat, folgendes meinte: Wenn nur 78 Prozent der Befragten wollen, daß die erforderlichen Beträge durch Einsparungen des Staates bereitgestellt werden, so ist das ein sehr befriedigendes Ergebnis. Da ja nur 11 Prozent eine sofortige zusätzliche Steuer erwarten, so sei das als ein unerwartet hohes Resultat anzusehen. — Dann wird des langen und breiten ausgeführt, daß 11 Prozent an sich ein so großer Prozentsatz seien, daß man — das bleibt also offen — anscheinend doch eine Steuer einführen soll.

Wenn man hier einen Zahlenvergleich anstellt und sieht, daß sich 78 Prozent für Einsparungen im Budget ausgesprochen haben, so hieße das, ein Ergebnis umfunktionieren, wenn man plötzlich daraus ein Votum für die Einführung einer zusätzlichen Steuer abliest.

Ich glaube, man müßte auch einiges zu dem Fragenkatalog sagen. Wenn man nämlich den Fragenkatalog so erstellt hätte, daß beispielsweise Alternativen aufgeführt werden, zum Beispiel: Sind Sie für eine notwendige Reform der Spitäler, für den Abbau der großen Krankenhäuser, für die ausreichende Versorgung im ländlichen Raum, oder sind Sie für den Büroluxus der UNO-City?, dann wäre, glaube ich, das Ergebnis noch ein ganz anderes gewesen.

Ich glaube, über Meinungsumfragen läßt sich ja überhaupt polemisieren. Wenn ich eine Meinungsumfrage anstelle, um mir eine Zustimmung für zugegebenermaßen unpopuläre Entscheidungen daraus abzuleiten, so muß dies einigermassen problematisch sein. Ich

Dr. Marga Hubinek

glaube: Eine Regierung kann eine Verantwortung nicht abwälzen und ihre Meinung nur aus Meinungsumfragen ableiten. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Wenn wir uns vorstellen, daß ein ähnliches der Herr Minister Broda mit seiner großen Strafrechtsreform versucht hätte, und wenn er einzelne Bestimmungen einer Meinungsumfrage unterworfen hätte, so kann ich persönlich mir nicht vorstellen, daß sich eine Mehrheit für die generelle Herabsetzung der Strafsätze und für die Abschaffung des Arbeitshauses gefunden hätte. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Daß Sie von der Regierungsfraktion selbst Angst hatten, den Themenkreis der Abtreibung einer Volksabstimmung zu unterwerfen, das haben Sie ja durch Ihre Ablehnung sehr deutlich bekundet.

Der Herr Bundeskanzler hat sich entschlossen, die Bevölkerung zu fragen, was ihr die Gesundheit wert sei. Vermutlich hat ihn das Ergebnis selbst überrascht. Einer neuen Steuer können die Österreicher nichts abgewinnen, obwohl, wie gesagt, das Fragenprogramm zu diskutieren gewesen wäre und es wahrscheinlich sehr viel deutlicherer Fragen bedurft hätte.

Aber im Fragenkatalog war auch die Variante der Zigarettenpreiserhöhung angeboten. Es darf doch in aller Bescheidenheit daran erinnert werden, daß die Zigarettenpreise schon vor einem Jahr erhöht wurden, und zwar unter dem Prätext, zusätzliche Mittel für die Aufgaben der Gesundheit zu gewinnen. Nur hat damals der Herr Finanzminister eine Zweckbindung dieser Mittel ganz entschieden abgelehnt, weil er diese Mittel für die Lücken seines Budgets brauchte.

Wenn die Meinungsumfrage nicht das erwünschte oder erhoffte Ergebnis gebracht hat, so verbleiben im Budget für die Sanierung der Krankenanstalten ganze 250 Millionen Schilling, jene 250 Millionen Schilling, die nach den Kriterien des Bundeskrankenanstaltenplanes vergeben werden sollen.

Frau Minister! Es darf wiederholt werden, was wir im Finanzausschuß gesagt haben: Dieser Bundeskrankenanstaltenplan verfügt über keinerlei Rechtsnorm. Er schwebt sozusagen im luftleeren Raum. Sie haben zwar im Sommer erklärt, dieser Plan wird der Öffentlichkeit vorgestellt und zur Diskussion freigegeben werden, Sie haben aber von der Öffentlichkeit, so meine ich, das Parlament und den Ausschuß ausgenommen. Über unser Befragen haben Sie im Finanzausschuß erklärt, Sie fän-

den es überflüssig, diesen Krankenanstaltenplan im parlamentarischen Ausschuß zu diskutieren.

Wissen Sie aber auch, Frau Minister, daß Sie mit diesem Plan mit der Verfassung in Konflikt geraten? Der Bundeskrankenanstaltenplan arrogiert sich den Tatbestand der Planung, der den Bundesländern vorbehalten bleibt. Und indem er nur jene Spitäler fördern will, die sich plankonform verhalten, stellen Sie mit Ihrem Ministerium fest, wo Schwerpunktkrankenhäuser zu errichten sind und wo nicht. Das sind aber ganz eindeutig Eingriffe in Länderkompetenzen.

Nun läßt sich zweifellos über Kompetenzverschiebungen zwischen Bund und Ländern beraten, doch kann dies aber kaum über den Kopf der Betroffenen hinweg geschehen, nämlich über den Kopf derer, denen man vielleicht Kompetenzen wegnehmen will. Wir meinen, daß man zuerst Einvernehmen über den Bundeskrankenanstaltenplan erzielen sollte, daß man den dann einvernehmlich erstellt, und wenn man hier im Einvernehmen einen Bundeskrankenanstaltenplan erstellt hat, dann sollten sich an diesem die Krankenanstaltenpläne der Länder orientieren. Dann erst wäre das eine Vergabebestimmung, die letztlich im Interesse der Betroffenen erfolgt, und keine einseitige Vergabe, wie dies derzeit gerade durch Ihr Ministerium geschieht.

Daß eine Koordinierung zwischen Bund und Ländern, aber auch mit der Sozialversicherung dringend geboten erscheint, das wissen wir ja. Es liegt ja auch die 2. Novelle zum Krankenanstaltengesetz unerledigt im Ausschuß, weil ein Finanzierungskonzept fehlt. Man kann nicht eine Typisierung der Spitäler und ihrer Mindestausstattung verfügen und diesen Spitälern zusätzliche Aufgaben zuweisen, denn jeder kennt die triste finanzielle Situation dieser Spitäler. Daß hier dringend finanzielle Hilfe notwendig wäre, vor allem, wenn man den Spitälern einen ganzen zusätzlichen Aufgabenkreis zuweisen will, darüber sind sich alle Betroffenen einig.

Sie haben bei irgendeinem Anlaß gemeint, Sie müßten bis 1980 13 Milliarden Schilling für die notwendige Sanierung der Spitäler aufbringen. Ich darf Sie, Frau Minister, daran erinnern, daß die Österreichische Volkspartei bei den Vorbesprechungen zu den Beratungen im Ausschuß ihre Bereitschaft zum Konsens ausgedrückt hat. Allerdings haben wir keinen Zweifel daran gelassen, daß uns ein Alibigesetz zuwenig ist, ein Alibigesetz, das als parteipolitischer Erfolg umzumünzen wäre.

Dr. Marga Hubinek

Unsere Zustimmung können Sie nur dann haben, wenn Sie gleichzeitig ein Finanzierungskonzept vorlegen. *(Beifall bei der OVP.)*

Dieses Finanzierungskonzept sind Sie uns bis zum heutigen Tag schuldig geblieben. Ich weiß schon, daß man zur Finanzierung der Spitäler auch die Sozialversicherung wird einbinden müssen und daß es nicht ganz leicht ist, hier eine Einigung zu erzielen, zumal Sie ja auch nicht ressortzuständig sind.

Was assoziiert die Bevölkerung mit „Reform der Spitäler“? — Die Bettennot, die überfüllten Krankensäle. Jene Krankensäle, Frau Minister, die Sie bis zum Jahre 1975, also in einer relativ kurzen Frist, umgebaut wissen wollen. Wann wollen Sie denn diese Vorhaben angehen, wenn wir uns noch nicht einmal über die Frage der Finanzierung einig sind? Ich glaube, hier ist es hoch an der Zeit, ernst zu nehmende Vorschläge vorzulegen, diese Vorschläge aber zu diskutieren und nicht zu dekretieren.

Wenn der Herr Bundeskanzler gemeint hat, der Mensch sei in den Mittelpunkt seiner Politik zu stellen, dann wird er Sie sicherlich in diesem so lebenswichtigen Bereich unterstützen.

Ein Wort zu den Vorsorgeuntersuchungen. Im Budget findet sich ein Betrag von 60 Millionen Schilling; weitere 60 Millionen sind im Stabilisierungsbudget vorgesehen und werden daher kaum flüssiggemacht werden.

Bekanntlich ist eine Projektstudie in zwei Bundesländern, und zwar in Wien und Kärnten, gelaufen und hat ein sehr bescheidenes Echo gefunden. Ich habe gehört, daß sich nur 7 Prozent beziehungsweise 9 Prozent der eingeladenen Personen an diesen Untersuchungen beteiligt haben. Da vergleichbare Werte in der deutschen Bundesrepublik 30 Prozent und 40 Prozent Teilnehmer aufweisen, kann man nur schließen, daß die Öffentlichkeitsarbeit des Ministeriums — scheint es mir — unzureichend war. Diese Studie ist nun gelaufen, obwohl ausreichende Erfahrungen in Vorarlberg zu sammeln wären. Auf diese Erfahrungen im Bundesland Vorarlberg haben Sie nicht zurückgegriffen, sondern Sie haben eine relativ teure Studie in Auftrag gegeben.

Sie haben im kommenden Jahr für die Vorsorgeuntersuchungen einen Betrag von 60 Millionen, vielleicht auch 120 Millionen Schilling an Budgetmitteln verfügbar. Es erhebt sich nun die Frage: Was geschieht mit den Mitteln, die durch die Beitragserhöhungen zur 29. ASVG-Novelle hereingebracht werden? Damals erklärte nämlich der Herr Sozialminister, daß jene Mittel, die durch die Beitrags-

erhöhungen hereinkommen, völlig ausreichen, um die Gesundenuntersuchungen zu finanzieren. Warum dann ein Zuschuß von 60 Millionen oder 120 Millionen Schilling zu jenen Untersuchungen, bei denen eigentlich der Herr Sozialminister schon über genügend Mittel verfügt?

Wir haben den Verdacht, daß die Gesundenuntersuchungen den Deckmantel liefern sollen, hier wieder ein kleines Stück Gesellschaftspolitik zu verwirklichen, nämlich den Bau von Ambulatorien zu finanzieren. Oder, Frau Minister, hat die Regierung Dr. Kreisky vielleicht auch die Absicht, eine unbotmäßige Gruppe innerhalb der Bevölkerung, nämlich die Ärzte, etwas fester an die Kandare zu nehmen?

Vielleicht sollte man jener Regierung, die sich so gerne der Meinungsumfragen bedient, hier eine Meinungsumfrage empfehlen, die im Auftrage des Verbandes der Ärzte Deutschlands im April 1973 erhoben wurde, wo nämlich gefragt wurde, wofür sich die Patienten entscheiden: für die Ärzte in freier Praxis oder für jene Ärzte, die an Gesundheitsämtern und bei Krankenkassen angestellt sind. In Deutschland hat sich ein ganz entscheidendes Votum für die Ärzte in freier Praxis ergeben. Lediglich 14 Prozent der befragten Patienten akzeptieren angestellte Ärzte. Ich bin überzeugt, daß ähnliche Ergebnisse auch für Österreich zutreffen könnten.

Frau Minister! Für Ihre 60 Millionen oder 120 Millionen Schilling an Vorsorgeuntersuchungen würde ich Ihnen gerne eine alternative Verwendung anbieten. Wir haben am Freitag über den Mutter-Kind-Paß diskutiert. Die Opposition hat kritisiert, daß die Untersuchungen der werdenden Mütter aus den Mitteln des Familienlastenausgleiches finanziert werden, den man als Melkkuh für alle möglichen Vorhaben heranzieht. Wie wäre es, wenn Sie die Mutter-Kind-Untersuchungen aus diesem Titel der Vorsorgeuntersuchungen finanzierten? Denn es mutet doch einigermaßen grotesk an, wenn Sie lediglich die Druckkosten für den Schwangerenpaß in Ihrem Budget haben, hingegen die Untersuchungen aus den Mitteln des Familienlastenausgleiches bezahlen lassen.

An den Untersuchungen betreffend die Vorsorgemedizin wird herbe Kritik geäußert. Es soll — ich weiß nicht, ob das jetzt die letzte Variante ist — ein Minimalprogramm sein, und die Anamnese soll sich im soziologischen Bereich verbreitern. So zielte — ich glaube, bei der letzten Version Ihrer Untersuchungen — auch eine Frage nach der Anzahl der gefahrenen Kilometer, und zwar soll der Pro-

Dr. Marga Hubinek

band gefragt werden, ob er mehr Kilometer in der Stadt oder am Land fährt. Hingegen wird über Karzinome im Magentrakt geschwiegen, und zwar sowohl in der Anamnese als auch bei den Untersuchungen, obwohl die Karzinome im Magentrakt, wie ich höre, 50 Prozent betragen und gerade die Sterblichkeit der Männer bei Magenkarzinomen besonders groß sein soll.

Die Maßnahmen des Umweltschutzes, Frau Minister, sind besonders kärglich dotiert. Die größten Posten sind die Mitgliedsbeiträge bei den internationalen Organisationen. Ich bin mir durchaus bewußt, daß Umweltschutz einer internationalen Koordination bedarf, eine Zusammenarbeit jenseits der Grenzen notwendig ist.

Aber glauben Sie nicht, daß die Zugehörigkeit und Mitarbeit bei internationalen Organisationen auch bedeutet, daß man diese Arbeit konsequenterweise ebenso im eigenen Budget mit Schwerpunkten versieht? Abgesehen von den engen finanziellen Möglichkeiten herrscht über die Aktivitäten in den Fragen des Umweltschutzes absolute Stille. Was hinderte bisher Ihr Ministerium, wenigstens Empfehlungen auszuarbeiten, Mustergesetze zu entwerfen, Meßmethoden über die Luftgüte und über die zulässige Belastung mit Schadstoffen auszuarbeiten? Ihr Gesundheits- und Umweltschutzplan ist bestenfalls eine Aneinanderreihung von Absichtserklärungen und bleibt völlig unverbindlich.

Frau Minister! Wir erwarten einen Bericht über Ihre Aktivitäten und haben einen entsprechenden Entschließungsantrag vorbereitet.

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dr. Hubinek, Doktor Wiesinger, Dr. Pelikan und Genossen zum Bundesfinanzgesetz 1974 (880 und 974 der Beilagen) betreffend Vorlage eines Umweltschutzberichtes.

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Nationalrat alle zwei Jahre einen Bericht über die Lage auf dem Gebiet des Umweltschutzes vorzulegen.

Dieser Bericht ist von allen mit Problemen des Umweltschutzes befaßten Ministerien zu erstellen und vom Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz zu koordinieren. Dabei soll ein Überblick über Maßnahmen, die vom Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz auf dem Gebiet des Umweltschutzes im Berichtszeitraum getroffen wurden, geboten werden. Im

zweiten Teil dieses Berichtes sollten die bereits geplanten, aber noch nicht durchgeführten Maßnahmen aufscheinen.

Frau Minister! Es gibt eine Fülle von privaten Organisationen, die auf Teilgebieten des Umweltschutzes agieren. Die Öffentlichkeit erhält oft widersprüchliche Informationen. Sollte man nicht diese durchaus erfreulichen privaten Initiativen sammeln, sollte man sie nicht in geordnete Bahnen lenken, um ein Umweltbewußtsein der Österreicher zu erreichen?

Einzelne Bundesländer haben vorbildliche Landesgesetze erarbeitet. Sie gilt es doch zu koordinieren. Nichts dergleichen geschieht! Oder haben Sie sich eingeschaltet, um jene Bundesländer, die Umweltschutz als etwas Zweitrangiges ansehen, zu Aktivitäten zu ermuntern? Nichts von alledem.

Nun noch ein sehr persönliches Anliegen. Ich hätte mir gelegentlich eine Aussage erwartet zu aktuellen Fragen: zur Apartmentseuche, zur Zersiedelung der Landschaft, zur Zerstörung der Seeufer. Aber Sie haben diese verhängnisvollen Eingriffe in unsere Umwelt anscheinend gar nicht registriert, geschweige denn durch eine mutige Aussage vielleicht nie wieder gutzumachende Schäden verhindert. Denn Ihr Wort, Frau Minister, hätte Gewicht gehabt.

Ich darf in diesem Zusammenhang daran erinnern, daß durch das mutige Eintreten vieler unbekannter Freunde des Burgenlandes vielleicht jene Gigantomanie des Herrn Landeshauptmannes Kery verhindert werden konnte, die Brücke über den Neusiedlersee zu bauen. Aber, Frau Minister, neue Attacken gegen den Seewinkel werden gestartet. (*Zwischenruf des Abg. Robak.*) Wo bleibt denn dann die Meinung der Frau Minister? Zumindest durch eine mutige Meinung könnten Sie vielleicht dort oder da etwas verhindern. Übersehen wir nicht, wir haben eine Frau Gesundheitsminister. Und die schweigt, und das finde ich unbegreiflich. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ein letztes Wort, Frau Minister, zu Ihrer Auseinandersetzung mit einer Wochenzeitung. Sie versuchen, den Eindruck zu erwecken — und ich habe einige Äußerungen in der Presse verfolgt —, als ob Sie das unschuldige Opfer einer Intrige böswilliger Journalisten geworden seien. So wirkte auch Ihre Verantwortung am Fernsehschirm, die nicht ganz überzeugend war. Ich weiß nicht, was Sie tatsächlich gesagt haben und wie Sie es formulierten, aber die behaupteten Äußerungen würden von einer gewissen Intimkenntnis des Ärztestandes zeugen. Diese Formulierungen

Dr. Marga Hubinek

sind geeignet, einen ganzen Stand zu diffamieren. Denn jeder wird, wenn er über den Lebensstandard urteilt, gewisse Vermutungen anstellen; Vermutungen, Frau Minister, denen Sie ganz energisch entgegentreten müßten.

Wir wissen, daß die Mehrzahl der Ärzte die Abtreibung nicht nur aus ethischen Gründen ablehnt, sondern weil sie sie auch nicht mit ihrem Hippokratischen Eid für vereinbar hält. Ich glaube, diese Gesinnung muß man auch als Sozialist respektieren. *(Beifall bei der ÖVP. — Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Herr Abgeordneter Tull! Ich spreche noch immer in der Möglichkeitsform. Es ist in dieser Causa noch alles offen.

Wenn man aber eher annimmt, daß diese Äußerungen nicht böswillig oder in böser Absicht geschehen sind, sondern einfach unbedacht waren, dann kann man aber auch diese unbedachten Äußerungen nicht einfach auf sich beruhen lassen. Ich glaube, daß der Frau Minister wahrscheinlich erst zu einem späteren Zeitpunkt die Brisanz ihrer Äußerungen bewußt war. Daß sie öfter unbedachte Äußerungen gemacht hat, das haben wir ja auch schon von der Regierungsbank gelegentlich erlebt.

Frau Minister! Sie haben erklärt, es gehöre nicht zu Ihren Gepflogenheiten, eine Zeitung beschlagnahmen zu lassen, und auch der Herr Bundeskanzler hätte Ihnen empfohlen, nicht zu klagen.

Nun, der Herr Bundeskanzler hat in der Vergangenheit nicht gezögert, sehr schnell Zeitungen oder einzelne Redakteure zu klagen. Ich glaube, es war erst vor kurzem, als er viel feinnerviger reagierte. Damals hat ihm ein Titel in einer Wiener Tageszeitung auf der Seite vier nicht gepaßt, und er hat diese Zeitung sofort vor den Presserat zitiert. Der Herr Bundeskanzler — ich nehme an, er hört zu, er sitzt ja am Lautsprecher und verfolgt die Budgetdebatte *(Heiterkeit bei der ÖVP)*, er müßte es also jetzt bestätigen ... *(Abg. Sekanina: Am Sessel sitzt er!)* Am Sessel sitzt er! Aber er hat doch gesagt, daß er ganz genau die Budgetdebatte verfolgt. Da wird er mir ja doch recht geben müssen, wenn ich sage, daß er mit Klagen sehr viel schneller bei der Hand ist.

Wie nun immer es ist, Frau Minister, wir hören, daß Ihr Rechtsanwalt bis jetzt so überlastet war, daß er bisher nicht die Klage einbringen konnte. Der Arme dürfte über keinen Substituten verfügen. Daher, glaube ich, erwarten wir uns heute, bei dieser Gelegenheit Ihre dezidierte Äußerung: Haben Sie nun die Klage eingereicht oder haben Sie es bisher

unterlassen? Hat Ihr Anwalt die Klage bei Gericht deponiert, oder wollten Sie lediglich über die Runden kommen, nämlich über den heutigen Tag?

Ich glaube, daß diese Causa im höchsten Maße aufklärungsbedürftig ist. Es steht nämlich Ihre Aussage gegen die Aussage zweier bekannter Journalisten. Ich meine, daß die Ehre auf beiden Seiten gleich wiegen muß. Ich glaube nur, daß die Konsequenzen andere wären, nämlich konkret, daß die Konsequenzen bei einem Minister weitreichender sein müßten.

Den Ansätzen Ihres Minibudgets, Frau Minister, wird die große Opposition keine Zustimmung geben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Der Entschließungsantrag ist genügend unterstützt und steht mit zur Verhandlung.

Als nächster zum Wort kommt der Herr Abgeordnete Sekanina.

Abgeordneter **Sekanina (SPÖ):** Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Nach den Ausführungen der beiden Oppositionssprecher, Herrn Primarius Dr. Scrinzi und der Frau Kollegin Dr. Hubinek, wird es nun meine Aufgabe sein, vom Standpunkt der Regierungspartei und der Regierungsfraktion zu dem ohne Zweifel aktuellen Thema der österreichischen Gesundheitspolitik und den ebenso interessanten und entscheidenden Problemen des Umweltschutzes Stellung zu nehmen. *(Ruf bei der ÖVP: Wird nicht leicht sein!)* Es ist daher nicht meine Absicht, meine Damen und Herren, bei diesen meinen Ausführungen auf Details der Budgetansätze einzugehen. Das wird ohne Zweifel nach mir seitens meiner Fraktionskolleginnen und -kollegen geschehen.

Aber ich glaube, gerade im Hinblick auf die Ausführungen von Herrn Primarius Doktor Scrinzi und der Frau Abgeordneten Doktor Hubinek ist es notwendig und zutreffend, eine Darstellung der grundsätzlichen Auffassungen und Überlegungen der Sozialistischen Partei Österreichs und des sozialistischen Parlamentsklubs über die Fragen der Gesundheitspolitik und des Umweltschutzes zu geben. Wir werden übermorgen, meine Damen und Herren, wenn wir den Zeitplan einhalten und wenn es keine ungebührlichen Zwischenereignisse gibt, mit dieser Budgetdebatte am Ende angelangt sein. *(Abg. Ofenböck: Was ist „ungebührlich“?)* Das sage ich Ihnen nach meinen Ausführungen, Herr Kollege Ofenböck, dann haben wir mehr Zeit dazu. Bei Ihnen dauert es immer ein bißchen länger, bis Sie die Dinge verstehen. *(Heiterkeit. — Zwischen-*

Sekanina

ruf des Abg. Ofenböck.) Herr Kollege Ofenböck, nachher, natürlich nachher, zu jeder Zeit.

Es ist aber nicht meine Absicht, hier, meine Damen und Herren, eine Analyse des bisherigen Verlaufes der Budgetdiskussion zu geben. Aber ich glaube, mit Recht behaupten zu dürfen — ich sage das vor allem vom Standpunkt der Mehrheitsfraktion, vom Standpunkt der sozialistischen Parlamentsfraktion —, daß bei allem Respekt vor den bisher behandelten Budgetkapiteln und vor jenen, die wir noch zu behandeln haben, der Gesundheitspolitik und dem Umweltschutz für die gesamte österreichische Bevölkerung eine enorme Bedeutung zukommt.

Die Gesundheitspolitik, meine Damen und Herren, geht jeden an, und jeder von uns und die gesamte Bevölkerung — das darf ich auch in diesem Falle behaupten — ist mit den Fragen des Umweltschutzes konfrontiert. Dies nicht nur in längerfristigem Zeitrahmen, sondern, wie wir das erleben können, täglich — ja ich möchte und dies ohne Übertreibung behaupten —, stündlich.

Daher haben gerade wir als Sozialistische Partei uns rechtzeitig mit diesen Fragen auseinandergesetzt. Ich möchte in diesem Zusammenhang etwas wiederholen, was ich von dieser Stelle aus, was ich im Zusammenhang mit der Diskussion im Ausschuß mehrmals gesagt habe. Ich glaube, daß wir am besten dieser Aufgabe Rechnung tragen, wenn wir die Fragen der Gesundheitspolitik und des Umweltschutzes aus kleinlichen parteipolitischen Streitigkeiten heraushalten. Ich meine, daß die österreichische Bevölkerung ein Recht darauf hat, zu erfahren, was die politischen Gruppierungen dieses Landes zur Frage der Gesundheitspolitik und des Umweltschutzes zu sagen haben.

Meine Damen und Herren! Kommende Generationen — so ist meine Auffassung — werden uns nicht nur danach beurteilen, was wir im Bereiche der Wirtschaftspolitik, Finanzpolitik und Sozialpolitik, um wichtige Bereiche zu nennen, getan haben, sondern sie werden unsere politische und parlamentarische Tätigkeit auch danach beurteilen, welche Leistungen wir im Rahmen der Gesundheits- und Umweltschutzpolitik gesetzt haben. (*Zwischenruf des Abg. A. Schlager.*) Ich weiß, Kollege Schlager, daß das Begriffe sind, die Sie nicht leicht bewältigen. (*Beifall bei der SPÖ.*) Aber wenn Sie mir aufmerksam zuhören würden, dann würde das auch für Sie lösbar sein.

Ich habe sowohl bei den Ausführungen des Herrn Primarius Dr. Scrinzi als auch bei den Ausführungen der Frau Dr. Hubinek die wichtigsten Positionen dieser Aussagen aufgeschrieben.

Herr Primarius Scrinzi! Ich bestreite nicht — ich habe das nie getan — Ihre medizinischen Qualitäten, ich bin gar nicht imstande, darüber ein Urteil abzugeben, aber ich erlaube mir, an den Aussagen des Politikers Doktor Scrinzi Kritik zu üben, so wie Sie das in übertriebenem Maße mitunter gerne tun.

Wenn ich vom Standpunkt der Regierungsfraktion aus zusammenfasse, wie Sie eigentlich vorgegangen sind, Herr Doktor, dann darf ich feststellen: Zuerst kam die politische Aussage, ein bisserl in Märchendarstellungen aus 1001 Nacht eingebunden, dann kam der Bereich, der Ihnen besser zusagt, der fachliche Bereich, hier haben Sie sich konkret mit medizinischen Fragen und Problemen beschäftigt, und dann kam der Zeitpunkt — seien Sie nicht ungehalten, Herr Primarius —, ab dem Sie unsachlich geworden sind.

Sie haben selbst mehrmals erwähnt, daß Sie wissen, daß zum Beispiel das Krankenanstaltenproblem nicht ein Problem ist, das in wenigen Tagen, Wochen oder Monaten gelöst werden kann, und Sie selbst haben die Formulierung getroffen, daß dieses Problem eine Angelegenheit ist, die jahrzehntelang nicht mit dem notwendigen Nachdruck betrieben wurde. Sie haben weiters gesagt, daß diese Frage schon viele Regierungen vor dieser Regierung beschäftigt habe. Gleichzeitig aber erwarten Sie vom zuständigen Ressortchef, von der Frau Bundesminister Dr. Leodolter, daß das zuständige Ministerium und die sozialistische Regierungsmehrheit diese Probleme in einer für die Bewältigung dieser Frage kurzen Zeit einer Lösung zuführen sollen. Sie wissen selbst, Herr Primarius ... (*Abg. Dr. Scrinzi: Nur den Anfang einer Lösung!*) Ich komme auch noch auf die Anfangsaktivitäten zu sprechen. Sie werden sicher von Ihrer Warte aus die Richtigkeit dieser Argumentation verfolgen können.

Ich wollte bei der Gelegenheit eigentlich etwas ganz anderes sagen; das gilt auch für die Argumentation der Frau Kollegin Dr. Hubinek: Ihre Argumentation im Zusammenhang mit diesem Kapitel war so typisch und symptomatisch für das Verhalten der ÖVP-Fraktion während der ganzen Diskussion im Zusammenhang mit dem Bundesfinanzgesetz 1974! Sie können sich ganz einfach, meine Damen und Herren, nicht von Ihrem oppositionellen Stil, den Sie seit 1970 oder 1971 praktizieren, lösen. Wie sieht der aus? Auf

Sekanina

den Gebieten, auf denen Leistungen erbracht wurden — und das sind nicht wenige —, werden sie von Ihnen negiert, reduziert, ganz einfach nicht registriert. Dort, wo Sie glauben, Aktivitäten zu setzen, werden diese Aktivitäten so praktiziert, daß es zu einer — wie ich behaupte — zügellosen Lizitationspolitik kommt. Und diesen Weg machen wir nicht mit! (*Beifall bei der SPÖ.*) Diesen Weg, Frau Dr. Hubinek — das gilt auch für Ihre Kolleginnen und Kollegen —, machen wir nicht mit! Verehrte Frau Kollegin! Darf ich Ihre Vergleiche aufzeigen: Gesundheitspolitik ist bei Ihnen ident mit der UNO-City und den daraus resultierenden Problemen. Da besteht doch überhaupt kein Zusammenhang! (*Abg. Dr. Marga Hubinek: Das ist eine Alternative!*) Frau Doktor! Das ist keine sachliche Argumentation, sondern das ist ganz einfach tagespolitische Argumentation; das kann man möglicherweise bei anderen Gelegenheiten verwenden, aber nicht bei der Behandlung eines für die Bevölkerung so wichtigen und bedeutungsvollen Kapitels. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Wenn ich gesagt habe, meine Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei, daß Sie sich von Ihrem Oppositionsstil, den Sie seit 1970 oder 1971 kreieren, nicht lösen können, dann gibt es dafür praktische Beweise. Ich möchte nicht vom Thema abschweifen, aber ich möchte bei der Gelegenheit doch einige Zwischenbemerkungen machen. Dieselbe Methodik haben Sie während dieser Budgetdebatte angewandt, als es um die wirtschaftspolitischen Probleme dieses Landes ging. Sie haben uns da ohne Rücksicht auf die internationale Entwicklungssituation genauso kritisiert, als ob Sie diese Entwicklung nicht kennen würden. Es ging Ihnen dabei nicht um die sachliche Argumentation, sondern um die kleinlichen parteipolitischen Vorteile. (*Abg. Dr. Marga Hubinek: Da meinen Sie die Preissteigerungen!*)

Dasselbe, Frau Kollegin Hubinek, haben Sie, Ihre Kolleginnen und Kollegen im Zusammenhang mit der Finanzpolitik praktiziert, dasselbe im Zusammenhang mit der Sozialpolitik; da haben Sie so argumentiert, als ob Sie die Erfinder einer fortschrittlichen Sozialpolitik wären. Sie hätten von 1966 bis 1970 genug Zeit gehabt, die Dinge einer Lösung zuzuführen! Damals hatten Sie die Chance, aber Sie haben nichts getan, weil für Sie die Sozialpolitik bei weitem nicht das Primat besitzt wie andere Überlegungen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich möchte Ihnen des weiteren sagen, daß Sie ... (*Abg. Ofenböck: Weil die Opposition damals noch destruktiv war!*) Schon

wieder Ofenböck! Herr Kollege Ofenböck! Ich habe wirklich den Eindruck, für Sie ist der schlechteste Tag der Woche der Montag (*Abg. Ofenböck: Aber für Sekanina noch schlechter!*), aber vielleicht wird sich das im Laufe der Diskussion noch bessern. Aber nach mehrjähriger Kenntnis Ihrer Hektik, Herr Kollege, würde ich Ihnen empfehlen: Reduzieren Sie Ihr Temperament, Sie müssen das noch mindestens bis Mittwoch aushalten. (*Abg. Ofenböck: Machen Sie sich um mich keine Sorgen!*) Da bin ich aber sehr froh.

Meine Damen und Herren! Genauso wie Sie sich bei aktuellen politischen Fragen im Bereiche der Wirtschaftspolitik, Finanzpolitik und Sozialpolitik verhalten, verhalten Sie sich bei Fragen der Gesundheitspolitik und des Umweltschutzes.

Dazu, meine Damen und Herren, eine konkrete Feststellung seitens der sozialistischen Parlamentsfraktion: Nicht Sie, nicht die Oppositionsparteien sind es gewesen, sondern wir waren es, die zuerst der österreichischen Bevölkerung ein zukunftsorientiertes und richtungsweisendes Humanprogramm vorgelegt haben. (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Doktor Marga Hubinek: Leider heißt es nur Programm!*) Wir waren es, die das getan haben; das tut Ihnen weh, das hört man unterschwellig, verehrte Frau Kollegin Hubinek, immer wieder bei Ihnen heraus. Das sagen Sie ja nicht, weil es Ihnen angenehm ist, sondern weil Sie einigermaßen heftig darauf reagieren wollen; deshalb werfen Sie uns auch immer wieder vor, daß wir, Sie sagen immer: „die bestvorbereitete Regierung“, Fachleute engagiert haben. Sie haben im Bereiche des Humanprogramms bis dato nichts Besseres bieten können. Erst in der Oppositionszeit sind Sie ein bisserl auf Trab gekommen; aber wir haben der österreichischen Öffentlichkeit unser Humanprogramm vorgelegt! (*Abg. Doktor Marga Hubinek: Leider arbeiten Sie nicht danach!*) Wir, Frau Kollegin, arbeiten laufend danach. Sie wollen das nur nicht erkennen, darin besteht der Unterschied in unserer Auffassung.

Aber lassen Sie mich meine Argumentation vortragen. Ich komme auf einen Leistungskatalog, den auch Sie, Frau Dr. Hubinek, registrieren können, über dessen Echtheit Sie sich ein Urteil bilden können. Wir haben dieses Humanprogramm noch einmal vorgelegt und haben zur Erstellung dieses Programms, wie ich bereits betont habe, eine große Zahl von hervorragenden Fachleuten engagiert. Wir sind nach wie vor der Meinung, daß dieses Humanprogramm und daß die Tätigkeit der im Rahmen des Programms engagierten Fach-

Sekanina

leute eine Tätigkeit, ein Beitrag einer Bundesregierung war, die wir bei aller Zurückhaltung nach wie vor als die bestvorbereitete ansehen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Für diesen Bereich, meine Damen und Herren, und das sage ich ja vor allem für die Öffentlichkeit *(Zwischenruf des Abg. Doktor Mussil)* — Herr Dr. Mussil, Sie sind zu spät gekommen, ich hätte mich gerne früher schon mit Ihnen auseinandergesetzt —, für den Bereich der Krankheitsverhütung, wenn ich ein spezielles Thema herausgreifen darf, für diesen Bereich der Gesundheitspolitik und des Umweltschutzes gibt es ja heute schon, dank der Tätigkeit und Aktivität des zuständigen Ministeriums, der dort tätigen Beamten, der Sozialistischen Partei und ihrer Parlamentsfraktion einen durchaus respektablen Leistungskatalog.

Natürlich möchte man vom Standpunkt der Oppositionspartei das nicht registrieren, natürlich möchte man das nicht zur Kenntnis nehmen, aber sie können nicht umhin, meine Damen und Herren, zuzugeben, daß wir hier einen exakten Nachweis der Leistungen erbringen können.

Ich darf bei der Gelegenheit das wiederholend bemerken, was ich eingangs als Antwort auf die Ausführungen des Herrn Primarius Dr. Scrinzi gesagt habe: Die Probleme der Gesundheitspolitik, die Fragen des Umweltschutzes sind wahrlich kein Gegenstand, den man in wenigen Wochen oder Monaten bewältigen kann. *(Abg. Dr. Blenk: Ein paar Jahre!)*

Die Sozialistische Partei — und das ist eine zutreffende Meinungsäußerung, meine Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei oder überhaupt der Oppositionsparteien —, die Sozialistische Partei hat sich als erste ernsthaft dieser Probleme angenommen, und diese Aktivität der Sozialistischen Partei, diese Aktivität der Sozialistischen Parlamentsfraktion beendete ein jahrelanges Stagnieren in diesem Bereich, ein Stagnieren, das vor allem auch durch die Untätigkeit seitens der Österreichischen Volkspartei ausgelöst wurde. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich glaube, meine Damen und Herren, daß wir die Dinge leidenschaftslos beurteilen sollen, ich glaube, meine Damen und Herren, daß es sinnvoll und zweckmäßig ist, die Realität zu sehen. *(Abg. Dr. Blenk: Auf dem Gebiet der Prophylaxe haben Sie jedenfalls zuwenig gelernt von Vorarlberg!)* Herr Kollege Doktor Blenk! Ich würde ein bißchen vorsichtig sein mit dem Kopfschütteln. Wie sehr oder wie weit Ihre Argumentationen, Herr Kollege Doktor Blenk, Beachtung finden, wie sehr Sie Beachtung finden — darf ich Sie an Ihren Landes-

parteitag erinnern? *(Heiterkeit bei der SPÖ.)* Dort haben Sie aufgrund Ihrer so deutlich vorgetragenen Argumente, die die dort sitzenden mehr als 300 Delegierten ernst genommen haben, die gewaltige Stimmzahl von elf auf sich vereinigen können. Ein deutlicher Beweis der Zweckmäßigkeit Ihrer Ausführungen. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Blenk: Das ist primitiver als primitiv! Mehr habe ich von Ihnen nicht erwartet!)* Darf ich Ihnen einen Augenblick ein bißchen eine Chance lassen? Das hat damit nichts zu tun, das ist die Antwort auf Ihre Ausführungen. *(Abg. Dr. Marga Hubinek: Man muß mit den gleichen Waffen zurückschlagen! In Wien haben Sie auch nicht reüssiert!)* Frau Kollegin Dr. Hubinek! Ich weiß nicht, ob die anderen Damen und Herren diese Formulierung gehört haben. Aber ich darf es aus Fairneßgründen wiederholen: Sie meinen, ich hätte mit gleichen Waffen kämpfen sollen. Ich habe ja auch nicht in Wien, sagten Sie jetzt, als Gesundheitsstadtrat reüssiert. Bitte, das war meine persönliche Entscheidung, die ich getroffen habe. *(Abg. Dr. Marga Hubinek: Man las es vor Tisch anders!)* Das war meine persönliche Entscheidung, die aber bitte mit diesen Problemen nichts zu tun hat. Außerdem war ich der Meinung, daß es gar kein Fehler ist, wenn ich hier in diesem Kreis weiter tätig bleibe.

Aber nun zu den Aktivitäten und Leistungen seitens des Ressorts. Ich darf bei der Gelegenheit, meine Damen und Herren, konkret feststellen, daß dieses Ressort erst seit 21. Februar 1972 diese seine Aktivitäten aufnehmen konnte. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß, wie das auch hier schon von anderen ausgesprochen wurde, Gesundheitspolitik gleichzeitig bedeutet, daß die österreichische Bevölkerung, also der Personenkreis, der davon unmittelbar betroffen ist, einer entsprechenden Information und Aufklärung unterzogen wird. *(Abg. Dr. Blenk: Das Niveau des Sekanina endet bei der Gürtellinie!)* Natürlich erscheint diese Aktivität des Bundesministeriums nicht in spektakulärer Weise, aber ich darf Ihnen sagen, Herr Kollege Dr. Blenk und auch den anderen Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei: Im Zusammenhang mit der Gesundheitserziehung gibt es ja ausreichende Informationen des Bundesministeriums; ich habe nur den Eindruck, Sie haben das nicht gelesen. Hätten Sie das gelesen, müßten Sie das wissen. Wenn Sie das also wissen und hier das negieren, dann ist das ohne Zweifel Ihre Vorgangsweise, die Sie praktizieren, aber Sie entspricht nicht der Realität.

Darf ich daran erinnern, daß im Bereiche der Gesundheitserziehung seitens des Bundesministeriums vor allem im Hinblick auf die

Sekanina

Ergebnisse der Vorsorgeuntersuchungen, die in Wien und Kärnten durchgeführt wurden, entsprechende Vorbereitungen zur Information der Bevölkerung über zweckmäßige Ernährung getroffen wurden. Hier wird des weiteren an bestimmte Personenkreise gedacht, weil gerade die Vorsorgeuntersuchungen in einer Häufigkeit Krankheitsbilder ergeben haben, die aus diesem Titel entstehen. Ich darf daran erinnern, daß die Aufklärungswoche über den Alkoholmißbrauch eine Aktivität des Bundesministeriums gewesen ist. Ohne Zweifel ein Problem, das die gesamte Bevölkerung, die Sozialversicherung, die Wirtschaft und alle Bereiche des Landes im wesentlichen interessiert. (*Abg. Dr. Blenk: Das haben Sie alles erfunden?*) Ich erinnere an die Tuberkulosenaufklärung: eine Aktivität seitens des Ministeriums. Ich darf an die Polioimpfaktionen denken, die vor allem seitens des Ministeriums unterstützt wurden. Ich darf an die Aufklärungstätigkeit, die sehr umfassende Aufklärungstätigkeit des Bundesministeriums im Zusammenhang mit der Drogenkonsumation oder Drogenabhängigkeit erinnern. Ich erinnere an die Aktivitäten des Bundesministeriums im Zusammenhang mit der Tabakwerbung und mit der Konsumation von Tabakwaren oder Zigaretten. (*Abg. Doktor Blenk: Dafür hätten wir vermutlich ein eigenes Ministerium gebraucht?*) Das ist ein Teil der Aktivitäten des Ministeriums. Sie werden meiner Meinung sein, Herr Kollege Blenk, daß man ja nur der Reihe nach aufzählen kann. Möglicherweise sind Sie imstande, alles auf einmal zu sagen, aber zu diesen Spezialisten gehöre ich nicht und kann ich mich auch nicht zählen.

Darf ich des weiteren an die Aufklärungsarbeit seitens des Ministeriums über die Infektionskrankheiten erinnern. Darf ich weiters auf die Tätigkeit im Zusammenhang mit der Information über die Säuglingsbetreuung hinweisen. Ich möchte aber in diesem Zusammenhang sagen, daß seitens des zuständigen Ministeriums und durch die Aktivität der Frau Bundesminister auch in fachlichen Bereichen Diskussionen, Enqueten und Gespräche durchgeführt werden und durchgeführt wurden, alle mit der Zielsetzung, die Gesundheitspolitik in diesem Lande vor allem für die Zukunft orientiert zu gestalten. Ich möchte nicht mehr auf den Bereich Mutter-Kind-Paß eingehen, ich möchte nicht auf die Projektstudie Voruntersuchungen in Wien und Kärnten im Zusammenhang mit der Früherkennung von Krankheiten eingehen. (*Abg. Dr. Blenk: Diese Dinge hätten Sie alle von Vorarlberg lernen können!*) Herr Kollege! Ich habe nichts dagegen, daß Sie diese Bemerkung machen, aber bitte, wir stellen fest, daß das Ministerium

dort eine Aktivität erzeugt hat, eine Aktivität im Interesse der gesamten Bevölkerung. Was in einem Bundesland ist, muß ja nicht sofort in ein anderes Bundesland transferiert werden. Es ist sicherlich notwendig, über die Fragen zu reden, denn es steht fest, daß das Bundesministerium im Zusammenhang mit der Früherkennung von Krankheiten erhebliche Aktivität erzeugt hat.

Ich möchte jetzt gar nicht auf die Einzelheiten eingehen, aber es ist notwendig, sie zumindest im globalen zu erwähnen.

Es war die Leistung und die Aktivität des zuständigen Bundesministeriums, der Frau Bundesminister und ihrer Mitarbeiter, daß im Zusammenhang mit dem Problem Schutz des werdenden Lebens, der Säuglinge und Kleinkinder, entsprechende Maßnahmen eingeleitet wurden. Es wird ja immer wieder gefragt: Wo gibt es einleitende Maßnahmen? (*Zwischenruf der Abg. Helga Wieser.*) Es ist Ihre Angelegenheit, Frau Kollegin Wieser, an das Rednerpult zu gehen und haarscharf nachzuweisen, daß diese Aktivitäten nicht stattgefunden haben. Sie müssen sagen: Nein, es ist nicht so, daß die Kinderintensivstation in Glanzing eröffnet worden ist. Sie müssen Schritt für Schritt die Sachlage aufzeigen und nicht Allgemeinplätze produzieren und hier Dinge erwähnen, die kein Mensch kontrollieren kann! (*Präsident Dr. Malleta übernimmt den Vorsitz.*)

Es ist so, daß diese Aktivitäten seitens des Ministeriums erzeugt wurden. Wenn Sie imstande sind, das zu widerlegen, dann, Frau Kollegin, wird sicherlich nicht nur Ihre Fraktion, sondern die ganze Öffentlichkeit darauf warten. Das können Sie bis dato nicht, und ich hoffe sehr, daß Sie in der Zukunft in der Lage sind, wenn Sie meinen, daß das nicht stimmt, einen derartigen Beweis auch zu führen. Es wird Ihnen nur nicht gelingen.

Ich denke an die Enquete über die Risikokinder. Das sind doch Fragen, die nicht in wenigen Stunden und Tagen gelöst werden. Sie werden das selbst wissen — viel besser als ich werden Sie das als Frau und Mutter wissen —, welche Probleme hier resultieren. Aber Ihr politischer Auftrag heißt, sich hier herstellen, die Regierung möglichst in ihren Leistungen reduzieren, alles Negative sagen, weil das Ihr Oppositionsstil ist. Und Sie als erfahrene Hausfrau und Mutter praktizieren genauso diese kleinkarierte Parteipolitik wie Ihre Parteifreunde! (*Beifall bei der SPÖ.*) Wir glauben nicht, daß das die richtige Methode ist, Frau Kollegin Wieser! (*Abg. Dr. Blenk: Das ist eine schäbige Rede, die Sie halten! Traurig für die SPÖ, daß Sie Spitzenredner sind!*) Ein Geschlagener rührt sich ununterbrochen. (*Heiterkeit.*)

Sekanina

Frau Kollegin Wieser! Wir glauben nicht, daß die Parteipolitik hier im Vordergrund stehen kann, sondern wir glauben, daß es für die Bevölkerung wichtig, wesentlich und maßgebend ist, daß hier entsprechende Resultate erzielt werden.

Darf ich auf den weiten Bereich des Gesundheitsschutzes für Jugendliche verweisen, auf die Aktivitäten, die die Frau Bundesminister, ihre Mitarbeiter und das Ministerium erzeugt haben. Sie wollen das nicht zur Kenntnis nehmen. Sie wollen das nicht registrieren, weil es Ihr Oppositionsstil ist. Man darf Leistungen nicht anerkennen, das dürfte eine interne Anweisung für die ÖVP-Abgeordneten sein. Wir machen bitte einen solchen Weg nicht mit.

Nun ein ganz spezielles Problem. Frau Doktor Hubinek, das wird Sie wahrscheinlich besonders interessieren, ich weiß ja und war Ohren- und Tatzeuge, daß Sie sich sehr bei dieser Frage engagiert haben: Krankenpflegegesetz. Was haben Sie — darf ich das bitte höflichst formulieren —, was haben Sie und Ihre Fraktion alles aufgeführt! Chaotische Zustände haben Sie uns prophezeit. Nur die Jahre vorher haben Sie nichts gemacht, als Sie an der Regierung gewesen sind. Wir waren es, die das begonnen haben. (*Beifall bei der SPÖ.*) Chaotische Zustände haben Sie uns prophezeit, drunter und drüber wird es gehen im Zusammenhang mit der Ausbildung des Pflegepersonals. (*Abg. Dr. Marga Hubinek: Was hat es denn mehr gebracht in den Bundesländern? Nichts!*) Und wie haben Sie gewettert im Hinblick auf die Herabsetzung des Mindestalters von 17 Jahren auf 15 Jahre im Zusammenhang mit der Ausbildung! Die Aktivität des Ministeriums, die Aktivität der zuständigen Ressortchefin, die Aktivität der sozialistischen Parlamentsfraktion führten zur Lösung eines Problems, das Sie jahrelang nicht bewältigen konnten, überhaupt nicht bewältigen konnten. Meine Damen und Herren! 50prozentige Zunahme der Anmeldung im Vergleich zum Vorjahr fast in allen Bundesländern: Das ist Leistung im Interesse der österreichischen Bevölkerung! Nur so können wir das feststellen und titulieren, meine Damen und Herren. (*Beifall bei der SPÖ. — Zwischenrufe der Abg. Dr. Marga Hubinek.*) Ich kann ja nichts dafür, Frau Abgeordnete Hubinek, daß Sie nicht recht behalten haben. Aber Sie können bitte aufstehen, hier herkommen und bei der nächsten Wortmeldung sagen: Der Sekanina hat nicht recht, das stimmt nicht! Wir weisen Ihnen nach, daß diese Aktivität in Ordnung ist, daß damit eines der größten Probleme im Zusammenhang mit der Betreuung der Bevölkerung gelöst wurde, und hier ist es unbestritten der Aktivität des zuständigen Ministeriums zu

verdanken, daß das geschehen ist. (*Neuerliche Zwischenrufe der Abg. Dr. Marga Hubinek. — Abg. Dr. Fischer: Frau Kollegin! Wir hören ja nichts! Wir möchten so gerne hören, was Sie uns zu sagen hätten! Aber von hinten?!*)

Ein weiteres Problem, meine Damen und Herren, sei noch ganz kurz erwähnt im Zusammenhang mit dieser Aussprache über das zuständige Kapitel. Der Herr Primarius Doktor Scrinzi und auch Sie, Frau Dr. Hubinek, wenn ich nicht irre, haben vom Krankenanstaltengesetz gesprochen, von der notwendigen Novellierung, von den damit zusammenhängenden Problemen. So nebenbei haben Sie sich gedacht, Frau Kollegin: Vielleicht kann ich diese sozialistische Parlamentsfraktion gleich so im Vorbeigehen treffen. — Und ich habe es gerade registriert, als Sie der Frau Bundesminister vorwarfen, sie hätte keine Aktivität erzeugt im Hinblick auf den Zahnärztekonflikt. (*Abg. Dr. Marga Hubinek: Reden wir jetzt vom Krankenanstaltengesetz oder von den Zahnanstalten?*) Ich komme gleich dazu, ich wollte das nur anbringen, damit ich Ihnen sage, was Sie hier argumentiert haben. Mir ist es bei dieser Argumentation auch so gegangen wie Ihnen im Augenblick: Ich habe mich nicht ausgekannt. Aber ich werde das von meiner Warte gleich aufklären; bei Ihnen ist mir das nicht ganz gelungen.

Sie haben also den Zahnärztekonflikt erwähnt und gemeint, die Frau Bundesminister hätte das Problem lösen sollen. (*Abg. Doktor Marga Hubinek: Nein, vermitteln sollen dazu!*) Vermitteln, natürlich! Vermitteln. Sie kennen ja die Zuständigkeit in diesem Bereich, das müßte Ihnen bekannt sein. Da gibt es einen anderen Aktivisten, er sitzt neben Ihnen, fragen Sie den Herrn Dr. Günther Wiesinger. Er könnte Ihnen einiges erzählen, wie solche Probleme mitunter schwierig zu lösen sind. Er hat ja auch Aktivität erzeugt. Ganz gut ist sie ihm zwar nicht bekommen im Kreise der Ärzte, aber so etwas wird im Laufe der Zeit, wie ich meine, wieder reparabel sein. (*Abg. Dr. Marga Hubinek: Er hat zumindest versucht, zu vermitteln!*)

Von diesem Problem zurück zu dem von mir angezogenen und aufgezeigten Problem Krankenanstalten. Es ist richtig, daß es hier eine Reihe von schweren Problemen gibt, deren Lösung bis dato noch nicht durchgeführt wurde. Sie sagen ja selbst, Frau Dr. Hubinek: Ja, da gibt es ja Länderkompetenzen, und in diese Länderkompetenzen kann man ja nicht so ohne weiteres eingreifen. Das ist eben mit ein Grund, daß die Realisierung der gestellten Aufgabe einige Zeit in Anspruch nimmt. Und ich darf, ohne den Bemerkungen oder Antworten der Frau Bundesminister vorzugreifen,

Sekanina

sagen: Wir sind gar nicht mehr so weit entfernt von einer generellen Lösung dieses Fragenkomplexes, wir glauben aber, daß, bevor es zu einer entscheidenden Aussprache oder zu einer Beschlußfassung in diesem Hohen Haus kommt, es notwendig ist, daß wir das tun, was wir bereits ohne Aufforderung praktizieren: im geeigneten Augenblick mit den zuständigen Stellen zu reden, damit die Versorgung der österreichischen Bevölkerung mit Krankenanstalten, mit Krankbetten gewährleistet wird.

Und wenn hier Ziffern genannt wurden, über die ich im Detail gar nicht mehr reden möchte, 81.000 Betten und dann 96.000, 15.000 dazu bis zum Jahre 1980, gibt es ohne Zweifel, das wurde auch von den oppositionellen Sprechern gesagt, eine Reihe von Gründen, die dazu führen, daß die Lösung dieses Problems so schwierig ist und doch einige Zeit in Anspruch nimmt. (*Abg. Dr. Marga Hubinek: Die Vorarbeiten macht man vorher, bevor die Regierungsvorlage ins Haus kommt!*)

Mit Recht kann ich aber behaupten, Frau Dr. Hubinek, daß wohl Ihre Meinung, daß man so oder so vorgehen hätte können, durchaus vom Standpunkt der Oppositionsparteien oder des oppositionellen Politikers verständlich ist. Wir glauben aber auch, daß die sozialistische Parlamentsfraktion die entsprechenden Vorarbeiten leistet. Wir glauben vor allem, daß das zuständige Bundesministerium und die dortigen Mitarbeiter weitestgehend die Aktivitäten erzeugt haben, um gerade auch diese für die Bevölkerung so wichtige Frage einer Lösung zuzuführen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Es wäre verlockend, meine Damen und Herren, würde man über diese Fragen der Gesundheitspolitik und des Umweltschutzes viel längere Zeiträume zur Aussprache in Anspruch nehmen können, als es im Rahmen dieser Budgetdiskussion möglich ist. Aber lassen Sie mich zum Abschluß folgende grundsätzliche Bemerkungen meiner Fraktion an Ihre Adresse, meine Damen und Herren, übermitteln.

Nach wie vor gilt für uns der Grundsatz, daß wir bei unserer politischen Tätigkeit und bei unseren Aktivitäten im Zusammenhang mit der Gesundheits- und Umweltpolitik uns nach den Grundsätzen und Richtlinien des von uns und von so vielen hervorragenden Fachleuten geschaffenen Humanprogramms orientieren.

Wir glauben, daß dieses Programm eine bedeutende und entscheidende Voraussetzung ist für die Bewältigung der großen Aufgaben, die uns in diesem Bereich ins Haus stehen.

Meine Damen und Herren! Nach Auffassung unserer Fraktion ist die Erhaltung der Gesundheit und die Krankheitsverhütung für uns vorrangiges Problem und besitzt für die sozialistische Fraktion Primat. Es ist unsere Meinung, daß Gesundheit nicht Privatsache sein kann, sondern Aufgabe der Gemeinschaft ist. Wir behaupten als sozialistische Parlamentsfraktion, als Sozialistische Partei: Den Gesundheitsproblemen kommt ständig größeres Gewicht zu. Die Ursachen liegen in einer immer mehr wachsenden Bedrohung, in einem Wandel der gesellschaftlichen Verhältnisse, die Ursachen liegen in den dadurch bedingten veränderten Lebensformen, in den geänderten sozialen Beziehungen, in den Arbeitsbedingungen, nicht zuletzt — wie wir meinen und wie wir es im Humanprogramm aussprachen — in der völlig gewandelten Umwelt.

Wenn wir sagen, daß Gesundheitspolitik Gemeinschaftsaufgabe ist, meine Damen und Herren, dann stellen wir gleichzeitig fest, daß dem einzelnen gar keine Möglichkeit gegeben ist, diese so enormen und bedeutungsvollen Aufgaben einer Lösung zuzuführen. Gesundheit — das ist unsere Auffassung als sozialistische Parlamentsfraktion — kann nicht von einer Behörde, so sagten wir in unserem Humanprogramm, oder von oben herab geplant werden. Der einzelne ist aber bei dieser Überlegung trotzdem und nach wie vor für uns der wichtigste und ausschlaggebendste Faktor.

Ein wesentlicher Bestandteil dieser unserer Überlegung, wie ich eingangs betonte, ist das humanpolitische Konzept in Österreich, das wir von der Sozialistischen Partei der Öffentlichkeit vorgelegt haben. Der Ausbau, die Reorganisation der gesundheitlichen und sozialen Infrastruktur, die Sanierung der Umwelt sind die Ziele, meine Damen und Herren, die wir uns als Sozialistische Partei gestellt haben. Ich darf feststellen, daß in diesem Bereiche vom zuständigen Ressort bis dato und in der Kürze der Zeit eine hervorragende Arbeit geleistet wurde. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Wiesinger. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Wiesinger (ÖVP): (*Ruf bei der SPÖ: Viel Glück zur ersten Rede!*) Danke schön. Vielleicht ist das nach den vorhergehenden Ausführungen wirklich notwendig. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine geschätzten Damen und Herren! Ich hätte mir wirklich gewünscht, wenn ich die Ehre habe, das erste Mal hier vor Ihnen sprechen zu dürfen, in einem Haus und an einem Platz, der wie kein anderer so große Bedeu-

Dr. Wiesinger

tung für die Gesckicke und die Geschichte unseres Landes hat, daß ich dann das Wort ergreifen darf, wenn die Situation weniger ernst und weniger kritisch wäre, als in einer Situation, die in der Folge meiner Ausführungen manch harte Kritik bringen muß. Aber jedes freie, offene Wort, das in diesem Hohen Haus gesprochen wird, ist ein hörbarer und verstehbarer Nachweis für die Einhaltung und die Erhaltung jener Grundfreiheiten, für die nicht zuletzt hier in diesem Saale sehr hart und sehr lang gekämpft werden mußte. (*Beifall bei der ÖVP.*) Somit stellt dieses österreichische Parlament nicht nur ein Symbol, sondern auch den Mittelpunkt unserer auf Freiheit und Achtung der Menschenwürde abzielenden Gesellschaftsform dar.

Ich stehe heute vor Ihnen als Sprecher meiner Fraktion, als Arzt und als Gesundheitsapostel, wie wir auch manchmal apostrophiert werden. Dies bedeutet für mich mehreres. Zum ersten scheint mir, daß es mehr denn je notwendig ist, die engere Zusammenarbeit zwischen den Wissenschaften — und in diesem Fall speziell zwischen der medizinischen Wissenschaft und den Ärzten — als ein ganz zentrales Anliegen der modernen Gesellschaftspolitik, zu erkennen. Wir haben nämlich in der Zwischenzeit erkannt, daß wir nicht mehr in der Kategorie der Quantität, sondern auch in der Kategorie der Qualität an die anstehenden politischen Grund- und Sachfragen herangehen müssen.

Nach der Phase des Wiederaufbaues, der unmittelbaren Bedarfsdeckung und der Primärorientierung an den Kriterien des Wachstums in allen Bereichen müssen wir uns immer stärker um die Probleme der menschenwürdigen Ausgestaltung des menschlichen Lebens kümmern. Die Frage der Erhaltung der Gesundheit hat Vorrang, und die Stopptafel, die dieses Budget einer modernen Gesundheitspolitik den Vorrang nimmt, ist falsch. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Es hat bereits in den letzten Jahren in allen politischen Lagern, Gott sei Dank, ein erfreulicher Umdenkprozeß begonnen. Die Gesundheitspolitik ist nicht mehr ein Anhängsel der Sozialpolitik, sondern sie wird in ihrer ganzen Dimension erkannt als eine Frage an viele Bereiche der klassischen Politik, der Wirtschaft und in weitestem Sinne auch der Kultur. Aber es ist auch nicht zu verhehlen, daß Gesundheitspolitik eine eminente gesellschaftspolitische Dimension besitzt. Erst das Menschenbild, das wir vor Augen haben, kann uns die politischen Ableitungen diktieren, und daher auch unsere klare Ablehnung der Fristenlösung! Aber von daher kommen und ent-

stehen jene Spannungen, die zwischen den großen Parteien im Bereiche von Gesundheits- und Umweltpolitik in Österreich bestehen.

Als christlicher Demokrat sehe ich im Staat nur die dienende Funktion gegenüber dem Menschen. Terminologisch geht es ja um mehr als nur um konkrete Zuständigkeiten, es geht um die Schaffung dessen, was die Angelsachsen als „quality of life“ bezeichnet haben, das wir nur ungenügend als „Lebensqualität“ definitorisch zu erfassen versuchen. „Quality of life“ ist die Form, die Ordnung und die Gestaltung des menschlichen Lebens, politisch gesehen jene Summe von Möglichkeiten, die eine Gesellschaft ihren Bürgern vermittelt. Und deshalb gestatten Sie mir eine Feststellung: Nur der Freiheitsraum, den wir in der Politik zu sichern haben, läßt den Menschen echte Lebensqualität finden. Ein Mensch, dem der Moloch Staat die Freiheit entzogen hat, ist ein Mensch ohne Lebensqualität, ist ein Mensch, der selbst bei Deckung aller materiellen Bedürfnisse sein Leben nicht voll erfüllen und erleben kann. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Nun sind wir zweifellos aus der individualistischen Phase in der Gesundheitspolitik herausgetreten. Das will sagen, daß die Medizin sozusagen nicht mehr ausschließlich aus einem persönlichen Verhältnis zwischen Arzt und Patienten besteht. Der einsame Mediziner, der einem einsamen Kranken gegenübersteht, ist nicht mehr der klassische Fall. Auf beiden Seiten haben sich Apparate und Institutionen herausgebildet. Der Arzt braucht seinen Nebenmann, der praktische Arzt den Facharzt, der Facharzt das Spital, das Laboratorium, die Intensivstation. Der Patient wiederum ist krankenversichert, Mitglied einer Krankenkasse, nimmt öffentliche Einrichtungen in Anspruch, zahlt Steuern, sodaß wieder viele Einrichtungen in Anspruch genommen werden können, die mit diesen Steuern finanziert werden. Kurzum: die Vielschichtigkeit und die Vielfältigkeit ist an die Stelle des zweiseitigen Verhältnisses getreten.

Es ist ferner ein zweites Element, ein wesentliches Element zu beobachten. Unser europäisches Gesundheitswesen ist aus Einrichtungen der christlichen Nächstenliebe entstanden und entspringt der im Christlichen begründeten Liebe des Menschen zum Menschen. Deshalb begrüßen wir aber jetzt mehr und mehr die Selbstverständlichkeit, mit der der Anspruch auf medizinische Leistungen zu einem Grundrecht des Menschen gegenüber dem Staate wird. Denn das liegt auf der Ebene eines neuen Begriffes von der Funktion des Staates in unserer Zeit, der zwar einerseits zum Giganten erwachsen ist und dabei sehr leicht den Versuch unternimmt, den Menschen in seine Gewalt zu bekommen, aber anderer-

Dr. Wiesinger

seits gerade im Bereiche der Gesundheits- und Sozialpolitik erst die Möglichkeit eines gerechten Lastenausgleiches und einer gerechten Risikenverteilung schafft. Und an der Grenzziehung, meine Damen und Herren, scheiden sich die Geister, an der Ordnung, an den Normen der Gestaltung des Gesundheitswesens weisen sich die weltanschaulichen Kräfte aus.

Meine Damen und Herren! In diesem Sinne bekenne ich mich dazu, daß Gesundheitspolitik jener Bereich ist, in dem für mich und meine politischen Freunde die ideologisch-weltanschaulichen Prämissen alle anderen, etwa praktische, technokratisch-positivistische und auch rein finanzielle Überlegungen, dominieren. Wir können nicht zulassen, daß der Mensch aus dem Mittelpunkt der Politik im allgemeinen, der Gesundheitspolitik aber im ganz besonderen verdrängt wird.

Die Frau Gesundheitsminister, Primaria Dr. Leodolter (*Zwischenruf des Abg. Sekanina*) — ich komme gleich auf Sie zu sprechen, Kollege Sekanina — hat in einem Artikel in den „Salzburger Nachrichten“ geschrieben, daß nach ihrer Auffassung Gesundheit keine Privatsache sei.

Eine sehr ähnliche Erklärung hat vor einigen Minuten Herr Abgeordneter Sekanina hier abgegeben. Die Frau Bundesminister hat — sofern ich annehmen darf, daß sie sich diese Frage auch gründlich überlegt hat — offensichtlich eine Formulierung gewählt, die mehr als mißverständlich ist.

Gesundheit ist primär Sache des einzelnen, und Gesundheitspolitik darf daher nicht dazu mißbraucht werden, den noch Gesunden oder Kranken in die Abhängigkeit des Staates oder einer Institution zu bringen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Die Gesundheitspolitik muß als subsidiäre Aufgabe ... (*Abg. Sekanina: Lesen Sie das Protokoll nach! Ich habe gesagt: Nicht nur Privatsache!*) Vor allem Privatsache! Aber wir haben sicher Gelegenheit, nachher noch darüber zu diskutieren, denn ich bin Ihrer Meinung, daß wir hier nicht genügend Zeit dazu haben.

Die Gesundheitspolitik ist also nach diesen zwingenden Ausführungen eine subsidiäre Aufgabe quasi als Dienstleistung des Staates gegenüber dem einzelnen. Der Staat muß dort helfen, dort unterstützen und dort einspringen, wo der einzelne trotz der bestehenden Hilfe des Arztes und der Medizin aus eigener Kraft ganz einfach nicht mehr gesund werden kann.

Gesundheitspolitik darf also nicht dazu führen, daß durch diese neuen großen Aufgaben neue Abhängigkeiten geschaffen werden. Das

lehnen wir ein für allemal ab. Der Österreicher soll gesünder, Österreich aber nicht sozialistischer werden! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Hohes Haus! Die Volkspartei hat der Errichtung eines eigenen Ministeriums für Gesundheit und Umweltschutz vor zwei Jahren grundsätzlich ihre Zustimmung erteilt. Bei der Vorlage des kleinen Kompetenzgesetzes jedoch mußten wir erhebliche Bedenken anmelden. Der Aufgabenumfang des neu zu errichtenden Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz bot keine Gewähr dafür, daß effiziente Arbeit geleistet werden konnte.

Heftig haben wir die mangelnde Einflußmöglichkeit des Gesundheitsministeriums auf die soziale Krankenversicherung bedauert.

Aber es hat leider nicht allzu lange gedauert, bis die Zweigleisigkeit — hie Gesundheitsminister, hie Sozialminister, sprich Krankenkassa — ihre negativen Folgen für die österreichische Bevölkerung zeitigen sollte.

Gesundheitspolitik kann in einem Staate, dessen Bevölkerung zu 95 Prozent von der sozialen Krankenversicherung erfaßt ist, nicht unter Ausschluß der Krankenversicherungspolitik gemacht werden. Die ÖVP fordert daher nach wie vor eine Ausdehnung der Kompetenz des Gesundheitsministeriums auf alle Fragen des Leistungsrechtes der Sozialversicherung in gesundheitlicher Hinsicht.

Einen anderen Kompetenzmangel sehen wir im Bereiche des Umweltschutzes. Umweltschutzmaßnahmen können nur dann wirksam sein, wenn die zuständigen Behörden echte Koordinierungsaufgaben haben. Die ÖVP muß daher nach wie vor verlangen, daß das Gesundheitsministerium nicht als dritte Koordinierungsstelle neben dem Bundeskanzleramt und dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung dahingeht, sondern die alleinige Koordinierungskompetenz in Umweltschutzfragen zugewiesen erhält.

Wir betrachten die Gesundheitspolitik als eine Sache des ganzen Volkes. Gute Lösungen können aber nur dann getroffen werden, wenn es gelänge, einen Konsens aller Parteien herzustellen.

Ein wirksamer Umweltschutz wird darüber hinaus zwangsläufig Fragen der Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern berühren, und hier sind Verfassungsfragen angesprochen.

Wiederholt habe ich als Gesundheitsprecher der Volkspartei der Frau Bundesminister die Zusammenarbeit angeboten. Eine Zusammenarbeit ist jedoch nur dann möglich, wenn man nicht eine hauchdünne Mehrheit dazu

Dr. Wiesinger

ausnützt, in gesellschaftspolitischen Fragen eine Diktatur der 51 Prozent zu schaffen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich bestreite nämlich entschieden, daß die Mehrheit immer recht hat. *(Abg. Liberal: Schlagworte, die Sie da bringen! — Zahlreiche Gegenrufe bei der ÖVP.)* Es ist nicht sehr leicht, das zu verstehen, aber Sie können es dann im Protokoll nachlesen.

Vor eineinhalb Jahren wurde vom Gesundheitsministerium der Gesundheits- und Umweltschutzplan vorgelegt. Dieser sogenannte Plan, der bestenfalls eine Zusammenstellung des Istzustandes enthält, bringt lediglich eine Aneinanderreihung von Absichtserklärungen. *(Abg. Liberal: Dr. Wiesinger bringt Schlagworte, sonst nichts! — Abg. Mittlerer: Das war ein Eigengoal! — Weitere Zwischenrufe.)*

Präsident Dr. Maleta: Also, bitte ein bißchen beruhigen, sonst schädigen Sie die Gesundheit!

Abgeordneter Dr. Wiesinger *(fortsetzend)*: Konkret wird ja leider der Plan des Ministeriums in keinem einzigen Punkt, und, was offenbar ganz typisch für die Politik des Gesundheitsministeriums ist, nirgends gibt es Finanzierungsgrundlagen!

Die Art und Weise, wie in dieser Regierung an die Finanzierungsaufgaben im Bereich des Gesundheitswesens herangegangen wird, gleicht einem Debakel. Die Frau Minister hat einmal sogar erklärt, daß sie die Finanzierung nichts angehe. Von dieser sicherlich unbedachten Äußerung abgesehen, müssen wir feststellen, daß sie sich bedauerlicherweise auch gegenüber dem Herrn Finanzminister nicht durchsetzen kann, denn die budgetäre Ausstattung des Ressorts ist höchst unerfreulich,

Ich habe hier einige Zahlen, die ich bringen wollte. Dies würde aber zu weit führen, weil schon andere Redner darauf eingegangen sind.

Aber folgendes möchte ich klar und deutlich zum Ausdruck bringen: Was auf dem Sektor der Vorsorgemedizin gemacht wird, ist beispiellos, und zwar deshalb beispiellos, weil man sowohl von der Seite der Finanzierung her, als auch von der Seite der medizinischen Ausstattung dieser Vorsorgeuntersuchungen und nicht zuletzt von der Seite der Konzentration und Organisation her nicht imstande ist, das Problem zu bewältigen. Das bedauern wir ganz aufrichtig und ehrlich. Denn, Frau Bundesminister, Sie wissen, daß wir für die Vorsorgemedizin immer eingetreten sind. Wenn in Rundschreiben und Propagandaschriften der Sozialistischen Partei erklärt wurde, die Österreichische Volkspartei sei gegen die Vorsorgeuntersuchungen und die prophylak-

tische Medizin, so ist das eine unwahre Unterstellung, die man nicht deutlich genug zurückweisen kann! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir sind ja gewohnt, daß bei den Sozialisten in letzter Zeit ein gewisser Denkprozeß, den man so schön als „Bewußtseinsbildungsprozeß“ bezeichnet, einsetzt. *(Abg. Dr. Mussil: Sehr langsam!)* Das zeigt sich auch bei den Finanzierungsfragen der Gesundheits- und Vorsorgeuntersuchungen.

Ich verstehe aber nicht ganz, warum man ein Jahr dazu benützt hat, eine mehr oder weniger erfolgreiche Projektstudie in zwei Bundesländern, die man auch willkürlich ausgewählt hat, durchzuführen, wo man doch die Erfahrungen von Vorarlberg mit wirklich positiven Ergebnissen zur Verfügung gehabt hätte und zumal ja die Vorsorgeuntersuchungen nicht in Österreich erfunden wurden. Meine Damen und Herren! Seit Jahren wird das in Deutschland durchgeführt. Wir kennen genau die Negativerscheinungen, die dort aufgetreten sind, die wir beseitigen hätten können. Aber nein, wir müssen unseren eigenen Weg gehen, weil wir glauben, wir müssen die gleichen Fehler noch einmal machen! Doch das ist mir zu teuer! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich darf noch auf einen Punkt zu sprechen kommen, den Kollegin Dr. Hubinek schon angeschnitten hat, den man aber, wie ich glaube, noch einmal sehr deutlich herausstreichen muß.

Wenn der Herr Bundeskanzler im Vorjahr erklärte, daß man das Volk fragen werde, was ihm die Gesundheit, konkret beispielsweise der Ausbau und die Sanierung der Spitäler wert seien, dann war damit nicht eine Volksabstimmung nach Artikel 43 Bundes-Verfassungsgesetz geplant, sondern bloß Meinungsumfragen. Hier kann gar nicht ausdrücklich genug davor gewarnt werden, daß Meinungsbefragungen demokratische Willensbildungen ersetzen können.

Die Schaffung von Spitalsbetten ist aber ohne Zweifel eine öffentliche Aufgabe. Wohin kämen wir, wenn eine Regierung, die sich auf die Mehrheit in diesem Hause stützt, bei Erfüllung anderer öffentlicher Aufgaben jeweils Meinungsforschungen unter den Bürgern betriebe?

Das Ergebnis, meine Damen und Herren, hat genau das gezeigt, was die Österreichische Volkspartei bereits bei der Vorlage ihres Spitalskonzeptes gesagt hat. Diese 500 Millionen Schilling, die einen minimalen Bruchteil des Gesamtbudgets darstellen, können durch Umschichtungen eingebracht werden. Und erst dann, wenn man uns glaubhaft nach-

Dr. Wiesinger

weist, daß dies nicht möglich ist, muß man sich überlegen, welche neuen Finanzierungsmöglichkeiten herangezogen werden können.

Aber mit Meinungsbefragungen mit einer sehr seltsamen Fragestellung können wir uns nicht einverstanden erklären. Wir glauben nicht, daß man die Krankenhausmisere, das „kranke Krankenhaus“ in Österreich, auf diese Art und Weise heilen kann. Darüber sind wir ehrlich traurig.

Denn, meine Damen und Herren, wir wären glücklicher — das können Sie mir wirklich glauben —, würde die Regierung im Bereiche der Gesundheitspolitik keine Angriffsflächen bieten, denn wir glauben, daß Gesundheitspolitik dem Menschen und nicht der Partei dienen soll. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Bundesregierung macht — soweit sie überhaupt eine Politik auf diesem Sektor betreibt — aber vielfach nur den politischen Versuch, gesellschaftspolitische Änderungen durchzusetzen, die aber dem Patienten gar nichts bringen.

Eine weitere Frage, die uns gemeinsam berührt und die von der Bundesregierung in ihren Ankündigungen an die Spitze ihrer Tätigkeit auf diesem Sektor gestellt wurde, die zu einem zentralen Thema der Regierungspolitik gemacht wurde, bildet die Säuglingssterblichkeit.

Was wurde hier tatsächlich getan? Es wurden einige Spitäler — Kollege Sekanina hat auf Glanzing hingewiesen — etwas besser ausgestattet. Sehr wohl, sehr gut. Wir akzeptieren das. Meine Damen und Herren! Doch damit allein kann man die Säuglingssterblichkeit kaum bekämpfen. Die Säuglingssterblichkeit kann man nur dann bekämpfen, wenn man die gesamte praktizierende Ärzteschaft in die Beratung der Schwangeren und der Mütter miteinbezieht. Die Säuglingssterblichkeit kann man nur dann bekämpfen, wenn man etwa über jeden Todesfall eines Säuglings eine genaue Analyse durchführt, wenn man wirklich alle modernen Erkenntnisse, die uns Herr Professor Czermak seit Jahren predigt, auch tatsächlich in die Tat umsetzt.

Auch Beratungsstellen für Familienplanung und Eheberatung werden errichtet. Meine Damen und Herren! Das sind punktuelle Maßnahmen, mit denen man sich brüsten kann, die aber der einzelnen Österreicherin kaum sehr viel nützen werden.

Familienplanung und Eheberatung kann nur dadurch ermöglicht werden, daß die frei praktizierende Ärzteschaft, zumindest aber die praktischen Ärzte und die Gynäkologen entsprechend geschult, entsprechend honoriert

werden und ihnen dadurch auch ein Anreiz geboten wird, diese wichtige Aufgabe zu erfüllen und sich dadurch den notwendigen Zeitaufwand überhaupt leisten zu können.

Jetzt komme ich auf ein Gebiet zu sprechen, das nicht nur vom Gesundheitsministerium, sondern auch vom Herrn Abgeordneten Sekanina als Erfolg dargestellt wurde, nämlich auf das Krankenpflegegesetz. Erfolgswertungen melden, daß die Misere in kürzester Frist beendet sein wird und die Krankenpflegeschulen überfüllt sein werden.

Meine Damen und Herren! Es stimmt, die Österreichische Volkspartei war gegen dieses Gesetz. Wir zweifeln auch heute noch den Wert dieses Gesetzes an, denn wir befürchten negative Auswirkungen für die Zukunft. Herr Kollege Sekanina! Die Wahrheit ist nämlich die, daß bereits vor Beschlußfassung dieser Novelle geeignete Bewerberinnen abgewiesen werden mußten, daß die Schulen in den ersten Jahrgängen, vor allem in den Bundesländern stets überfüllt waren. Das echte Problem aber, die vorzeitige Abwanderung der Absolventinnen dieser Schulen, wurde mit diesem Gesetz nicht gelöst. Dies dürfte unseren Informationen nach sogar noch verschärft worden sein.

Wir hatten Gott sei Dank nie einen Mangel an Bewerberinnen, aber wenn Sie sich die Zustände in den Spitälern anschauen, so müssen Sie zugeben, daß der Krankenschwesternmangel noch weiter zugenommen hat. Das ist der große Unterschied! Spitalsabteilungen stehen nach wie vor leer. Es müssen heute in Österreich noch Menschen sterben — erkennen Sie doch bitte die Schwere dieses Problems —, weil wir für die Nierendialyse nicht genügend geschultes Personal haben. Das sind Probleme der echten Gesundheitspolitik! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Hier liegt in diesem Zusammenhang noch ein Problem vor. Sie wissen, daß wir seit langem für die Besserung des Loses der chronisch Kranken kämpfen. Ich verweise auf unsere Anträge bei der 29. ASVG-Novelle, auf unseren Plan 1, auf unseren Entschließungsantrag beim Kapitel Soziales. Aber bis jetzt haben die sozialistischen Kollegen leider alle unsere Vorstöße auf diesem Gebiet — für mich persönlich völlig unverständlich — zurückgewiesen und abgelehnt.

Das ist nicht alles! Auch das Gesundheitsministerium weigert sich, das Krankenpflegegesetz dahin gehend zu novellieren, den neuen Zweig einer Diplomschwester für chronisch Kranke gesetzlich anzuerkennen. Es ist bedauerlich, daß nicht das Ministerium von sich

Dr. Wiesinger

aus auf diesem Gebiet aktiv geworden ist. Nein, es ist nicht einmal bereit, das Laxenburger Modell, das durch private Initiative entstanden ist, zu fördern, zu unterstützen und zu akzeptieren!

Hohes Haus! Wir haben deshalb einen Entschließungsantrag eingebracht, und ich darf auch Sie, meine Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion, bitten, folgendem Entschließungsantrag Ihre Stimme zu geben.

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dr. Wiesinger, Doktor Hubinek, Dr. Schwimmer und Genossen betreffend Novellierung des Krankenpflegefachdienstgesetzes.

Die Pflegerinnen für Betagte und chronisch Kranke nehmen eine Sonderstellung zwischen den Stationsgehilfinnen einerseits und den diplomierten Krankenschwestern andererseits ein. Im Krankenpflegefachdienst fehlen jedoch derzeit die entsprechenden Bestimmungen zur Regelung dieser Ausbildung.

Gerade der Pflege der Betagten und chronisch Kranken kommt aber in einem modernen gesundheitspolitischen Konzept große Bedeutung zu.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher folgenden Entschließungsantrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Frau Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz wird aufgefordert, dem Nationalrat eine Regierungsvorlage für eine Novelle zum Krankenpflegefachdienstgesetz zuzuleiten, durch die eine entsprechende und ausreichende gesetzliche Grundlage für die Ausbildung von Pflegerinnen für Betagte und chronisch Kranke geschaffen wird.

Meine Damen und Herren! Das ist keine Angelegenheit der ÖVP, das ist eine Angelegenheit, die uns alle im Innersten berühren müßte. Wir brauchen die Spitalsabteilungen für chronisch Kranke, wir brauchen die Leistungen der Krankenkassen für die chronisch Kranken, wir brauchen vor allem aber ein geschultes Pflegepersonal in ausreichender Zahl. (*Abg. Sekanina: Anträge im Bereich des Krankenversicherungsträgers Wiener Gebietskrankenkasse zur Schaffung von Einrichtungen für chronisch Kranke wurden aber von den Vertretern der Arbeitgeber, die in Ihren Reihen sitzen, abgelehnt!*)

Hochverehrter Herr Kollege Sekanina! Ich weiß nicht, wie es in Ihrer Krankenkasse zugeht; ich weiß aber, daß in diesem Hause unsere Anträge abgelehnt wurden. Das ist

die Wahrheit. Hier wurden sie abgelehnt. (*Beifall bei der ÖVP.— Abg. Sekanina: Das ist Doppelzüngigkeit!*)

Ich akzeptiere die Bedeutung des Selbstverwaltungskörpers in der Krankenkasse. Aber die Entscheidungen in der Gesundheits- und Sozialpolitik werden nicht in der Wiener Gebietskrankenkasse, sondern in diesem Hohen Haus getroffen. Bitte, nehmen Sie das auch zur Kenntnis! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Es müßte eine Selbstverständlichkeit für jeden Volksvertreter sein, seinen größten Ehrgeiz darin zu sehen, die erschütternde Not jener Mitbürger zu lindern, die wohl wie kein anderer in diesem Staat unserer Hilfe bedürfen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Solange ich meine Stimme in diesem Hohen Haus erheben kann, so lange wird dieser Punkt nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Zum Krankenanstaltenproblem als solches möchte ich grundsätzlich sagen: Natürlich sind wir alle einer Meinung, daß dieses Gesetz novelliert gehört. Die Frau Bundesminister wird uns bestätigen, daß wir von Anfang an unsere Zusammenarbeit angeboten haben, daß wir vor Einbringung der Novelle in dieses Hohe Haus bei ihr waren und sie gebeten haben, sie noch einmal zu überarbeiten. Denn man kann einem Gesetz, das auf der einen Seite nur eine kosmetische Retusche darstellt und jedem essentiellen Problem des Krankenanstaltenwesens ausweicht, aber auf der anderen Seite durch die Erweiterung der Ambulanztätigkeiten sehr wohl eine gesellschaftspolitische Tendenz aufzeigt, die keine Planungs- und Finanzierungsgrundsätze enthält, nicht zustimmen.

Die Beschlußfassung und Durchführung dieses Gesetzes ist aber notwendig, Frau Bundesminister! Daher lautet meine Bitte: Überlegen Sie sich die Probleme, so wie Sie sie als praktizierende Ärztin und Spitalsleiterin kennen: Gehen Sie davon ab, politische Doktrinen hier zu vertreten! Überlegen Sie vielmehr aus Ihrer Praxis, was notwendig ist! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wir sind weiters der Auffassung, daß es falsch ist, einen Bundeskrankenanstaltenplan zu entwerfen, wenn nicht gleichzeitig eindeutig durch den Gesetzgeber fixiert wurde, welche Aufgaben der Bundeskrankenanstaltenplan hat und welche Aufgaben den Landeskrankenanstaltenplänen zukommen. Was man hier vorhat, meine Damen und Herren, ist der praktische Versuch, da es keinen Planungsstatbestand in der Verfassung gibt, diese Bundes-

Dr. Wiesinger

verfassung auszuhöhlen, einen im gesetzleeren Raum befindlichen Akt zu vollziehen und damit zu einer Aushöhlung des Föderalismus beizutragen. Dieser Aushöhlung werden wir aber nicht zustimmen.

Hohes Haus! Die Frage des Spitalsbettes des Österreicher ist keine Sache der Parteipolitik. Es geht ausschließlich um brauchbare Lösungen. Ich wiederhole nochmals: Dabei können Sie auf unsere ehrliche Mitarbeit rechnen.

Ich muß noch auf eine Frage zu sprechen kommen, und zwar auf das Problem des Institutes für Gesundheitswesen. Herr Abgeordneter Primarius Scrinzi hat bereits auf dieses Problem hingewiesen, und es werden Freunde meiner Fraktion das noch im Detail tun. Aber eines möchte ich grundsätzlich feststellen. So geht das nicht! Dieses Institut wurde als Fonds konstruiert — man kann sich des Eindrucks nicht ganz entledigen —, vor allem deshalb, um seine Tätigkeit der parlamentarischen Kontrolle zu entziehen.

Gerade jene Bundesregierung, die mit dem Schlagwort der „Transparenz“ angetreten ist, die als erste behauptet hat, es gehe nicht an, daß öffentliche Posten nicht ausgeschrieben werden, und jenes Bundesministerium — Frau Bundesminister, Sie gehören dieser Regierung an, Sie sind keine Einzelpersönlichkeit, Sie sind ein Glied dieser Bundesregierung! — weigern sich, Posten für diese Institutionen auszuscheiden und ebenso Aufträge durch klare Ausschreibungen der Öffentlichkeit kundzutun. Einem solchen Vorgehen können wir nicht unsere Zustimmung erteilen.

Zur Frage des Umweltschutzes möchte ich ganz kurz folgendes sagen: Natürlich haben Sie einen Kompetenzdschungel. Das ist schon richtig. Aber man hat es jetzt bei der Beschlußfassung des Ministerengesetzes neuerlich verabsäumt, hier eine Klärung zu schaffen, Ihnen und vor allem auch Ihren Beamten die Möglichkeit zu geben, hier eine positive Leistung zu erbringen. Denn heute sind es nur die Länder — das muß deutlich gesagt werden —, die Gemeinden und Länder, die die praktischen Träger des Umweltschutzes sind. Diese Aktivitäten kann man auch von dieser Stelle nicht hoch genug anerkennen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Abschließend möchte ich in einer Angelegenheit nicht schweigen, die ich persönlich zutiefst bedauere. Die Lösung der Problemstellung der Gesundheitspolitik ist nur dann möglich, wenn zwischen der Ärzteschaft in Österreich und den verantwortlichen Politikern ein Verhältnis der Zusammenarbeit und

des Vertrauens besteht. Ich muß dieses Hohe Haus nicht nachdrücklich darauf aufmerksam machen, daß dieses Vertrauensverhältnis leider auf das schwerste gestört ist. Die Frau Bundesminister soll gewisse Äußerungen gemacht haben, die eine ernste, ja kriminelle Unterstellung gegenüber den Ärzten in diesem Land bedeuten, wenn sie tatsächlich gefallen sind. Die Frau Bundesminister hat dementiert, zwei angesehene Journalisten behaupten, die Äußerungen der Frau Minister genau wiedergegeben zu haben. Die Landesvertretung hat eine Untersuchung eingeleitet. Wir nehmen an, daß die Frage auch gerichtlich geklärt wird.

Es ist nicht meine Aufgabe, diese Klärung hier herbeizuführen. Es ist auch nicht meine Aufgabe, hier als Anwalt der ärztlichen Landesvertretung aufzutreten. Aber ich glaube, eines ist notwendig, Frau Bundesminister: Stellen Sie das Vertrauen zu der Ärzteschaft wieder her! Seien Sie der vermittelnde Anwalt zwischen Ihrer Partei und den österreichischen Ärzten. Machen Sie auch innerhalb Ihrer Partei klar, welche Probleme die Ärzteschaft auch tatsächlich bewegen und daß Mediziner nicht leichtfertig auf die Straße gehen, um Streiks durchzuführen, wenn sie nicht dazu gezwungen werden.

Denn eines ist klar, und das müssen Sie erkennen: Nur mit den Ärzten und nicht gegen die Ärzte können wir eine erfolgreiche Gesundheitspolitik betreiben! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Hohes Haus! Wir lehnen dieses Bundesbudget 1974 für den Bereich des Gesundheitsressorts nicht deshalb ab, weil wir die Vergabe von Mitteln für Gesundheit und Umweltschutz für überflüssig erachten, ganz im Gegenteil. Wir meinen, daß gewisse Vorprobleme und nicht zuletzt das Kompetenzproblem dieses Ressorts vorweg gelöst werden müssen und daß man hier keine Almosenpolitik betreiben kann, die weit davon entfernt ist, die ausstehenden Probleme auch tatsächlich zu bewältigen. An unserer Bereitschaft zur Sanierung unbefriedigender Rechtsgrundlagen wird es nicht fehlen, auch nicht an der Bereitschaft, weiterhin im Sachlichen Lösungen gemeinsam zu suchen. Ich danke Ihnen. *(Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Dr. Maleta: Der Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Wiesinger und Genossen, der verlesen wurde, ist genügend unterstützt und steht daher mit in Behandlung.

Als nächster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Samwald. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Samwald (SPÖ)**: Herr Präsident! Hohes Haus! Wenn man heute hier die Reden der Sprecher beziehungsweise auch einer Sprecherin, in dem Fall der Frau Doktor Marga Hubinek, genau verfolgt hat, kann man feststellen, daß die Österreichische Volkspartei gegen alle Maßnahmen ist, die bisher vom Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz gesetzt worden sind.

Aber in diesem Zusammenhang möchte ich auch persönlich an die Adresse des Herrn Primarius Wiesinger eines zum Ausdruck bringen, nämlich daß wir uns eigentlich von der ersten Rede des Herrn Primarius, der zugleich auch der Gesundheitssprecher der ÖVP ist, vor allen Dingen mehr Sachlichkeit und weniger Phrasen erwartet haben. *(Beifall bei der SPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Aber bitte, Herr Kollege, ich darf Ihnen auch etwas anderes sagen: Dies erklärt auch, meine Damen und Herren von der ÖVP, warum Sie sich gerade wegen solcher Forderungen, die finanziell astronomisch sind, die nie erfüllt werden können, so aufregen. Sie haben bis heute keine Profilierung gefunden. Sie waren einmal vier Jahre lang, von 1966 bis 1970, eine Alleinregierung. Wissen Sie, warum Sie heute hier auf den harten Unterlagen der Oppositionsbänke sitzen müssen? *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Weil diese Politik, die Sie betreiben, unglaublich ist und weil Sie auf diese Politik von der österreichischen Bevölkerung eindeutig die Antwort bekommen haben. *(Beifall bei der SPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei! Nein! Man sollte nicht so leicht die Fragen der Gesundheit übergehen, denn gerade bei diesen Fragen der Gesundheit und des Umweltschutzes hätten Sie echte Chancen mitzuarbeiten, weil gerade diese Fragen, Frau Kollegin Wieser, die Mitarbeit aller erfordern. Und nicht so, wie Sie es tun, sich leichtfertig hier vor das Rednerpult zu stellen und kundzutun, im Gesundheitsministerium und seitens der Frau Gesundheitsminister wäre nichts geschehen. Das ist mehr als billig, das nimmt Ihnen niemand ab. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Aber wenn Sie wollen, kann ich Ihnen auch noch etwas anderes sagen. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Mussil.)* Aber, Herr Generalsekretär Mussil! Im Sozialstopp Ihrer Regierung von 1966 bis 1970 ist ja gerade auch der Stopp in den Fragen der Gesundheit gelegen, und erst als wir Sozialisten 1970 die relative und 1971 die absolute Mehrheit bekommen haben und auf Grund unseres Humanprogramms vor allen Dingen die Fragen der Gesundheit in neue Bahnen zu lenken be-

gannen, ist dies anders geworden. Sie können auch versichert sein, daß wir Sozialisten ausgehend von diesem Humanprogramm bereits verschiedene Schwerpunkte auch in der Frage der Gesundheitspolitik setzen konnten.

Es ist auch keine Frage, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß gerade von diesen wichtigen Fragen der Gesundheitspolitik, die vor uns stehen, in dieser kurzen Zeit nicht alles verwirklicht werden konnte, daß manchmal nur Teillösungen möglich gewesen sind. Aber von einem sind wir Sozialisten immer ausgegangen, und das möchte ich Ihnen persönlich sagen: daß in der Frage der Gesundheit in diesem Staat, in unserem Heimatland jedem Menschen ohne Rücksicht auf seine soziale Herkunft gleiche Chancen und die modernsten Erkenntnisse der Wissenschaft zur Verfügung stehen müssen! *(Beifall bei der SPÖ.)*

In diesem Zusammenhang, meine Damen und Herren, wurden ganz gleich, ob in sozialmedizinischer oder gesundheitspolitischer Hinsicht, Maßnahmen durch die Frau Bundesminister, Maßnahmen durch das Bundesministerium getroffen, die bei den Nichtgeborenen beginnen, die Neugeborenen, die Kindergartenkinder, die Schulkinder und Jugendlichen einschließen und, wenn Sie wollen, vor allen Dingen auch die ältere Generation erfassen.

Wenn hier die Frau Kollegin Dr. Hubinek und auch der Herr Primarius Wiesinger die Vorsorgeuntersuchungen und die Projektstudie Wiens und Kärntens angeführt hat, so möchte ich sagen, hier irrt die Frau Kollegin Dr. Hubinek; denn es sind nach den neuesten Erfahrungen und Berichten bisher nicht 9 Prozent, sondern jetzt schon 25 Prozent, die sich an dieser Vorsorgeuntersuchung in Wien und Kärnten beteiligt haben. Sie selbst wissen, daß 100.000 Personen erfaßt worden sind, daß von 5000 Personen die Einladungen zurückgesendet wurden und daß von den restlichen 95.000, die im Rahmen dieser Untersuchung erfaßt wurden, immerhin 22.056 Personen teilgenommen haben, also von diesen 95.000 rund 22.000, also ungefähr 25 Prozent.

Wir wissen aber auch, daß die vorerst geringe Teilnahme an dieser Voruntersuchung sicherlich auch darauf zurückzuführen war, daß vielleicht zu wenig Information gegeben worden ist und daß besonders auch — und das zeigt diese Statistik genau — die weniger bildungsberührten und informationsoffenen Sozialschichten, wie Landwirte, Frauen und Arbeiter, bei den Vorsorgeuntersuchungen unterrepräsentiert waren. Ich möchte aber sagen, mit diesen 25 Prozent und den Erfah-

Samwald

rungen, die sich aus den Vorsorgeuntersuchungen in Wien und in Kärnten ergeben haben, haben wir auch international einen Stand erreicht, der ungefähr im internationalen Durchschnitt liegt.

Nicht ohne Bedeutung, und auch das ist von der Frau Dr. Hubinek hier angeführt worden, ist auch die Tatsache, daß sich allein in Wien von Juni bis Ende September 87 Prozent der Probanden, das waren insgesamt 7618 Personen, von freipraktizierenden Ärzten haben untersuchen lassen und nur 13 Prozent in den Gesundenuntersuchungsstellen der Gemeinde Wien, sodaß man hier nicht von einer Bevorzugung der Ambulatorien sprechen kann.

Wir wissen, meine Damen und Herren dieses Hohen Hauses, daß erstmals mit Jänner 1974 diese Voruntersuchungen, die sich bereits auf den Raum Wien und Kärnten erstreckt haben, für Gesamtösterreich zum Tragen kommen und daß wir vor allen Dingen auch hier in der Vorsorgeuntersuchung ein medizinisches Programm erstellen lassen, damit gesundheitspolitisch jene Maßnahmen gesetzt werden können, die für eine echte Gesundheitspolitik absolut notwendig sind.

Meine Damen und Herren! Wir müssen auch feststellen, daß diese Vorsorgeuntersuchungen für alle Teile der Bevölkerung Österreichs eine besonders demokratische Einrichtung sind und vor allen Dingen auch die Gleichheit des Staatsbürgers vor dem Gesetz auch auf diesem Sektor garantieren.

Die gesamte erwachsene Bevölkerung, und zwar Frauen ab dem 30. und Männer ab dem 45. Lebensjahr, werden unabhängig davon, ob sie versichert oder nicht versichert sind und welcher Versicherung sie angehören, das Recht auf diese kostenlosen Gesundenuntersuchungen haben.

Was aber diese Vorsorgeuntersuchungen so ganz besonders wertvoll macht und vielleicht über das bisher vergleichbare Programm ähnlicher Aktionen im Ausland — weil Sie heute Westdeutschland hier zitiert haben — hinausgehen läßt, ist vor allen Dingen die Tatsache, daß nicht nur Krankheiten bereits schon im Frühstadium aufgespürt, sondern daß darüber hinaus auch Risikofaktoren erkannt werden sollen, wobei es hier vor allen Dingen um die Erfassung von Kreislauf- und Herzerkrankungen geht. Zu diesem Zweck wird zugleich eine Sozialanamnese erhoben, in der vor allen Dingen die Streßfaktoren, der Arbeitsplatz, das Rauchen, das Autofahren, das Lebensmilieu und andere für die Gesundheit des Menschen so wichtige Umweltfaktoren festgehalten werden sollen.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, von nicht minderer Bedeutung ist auch die Einführung des Mutter-Kind-Passes, wobei hier vor allen Dingen vier Untersuchungen der schwangeren Mutter und eine Untersuchung des Neugeborenen nach einem bestimmten Plan erfolgen sollen. Mir tut es leid, daß jetzt Frau Dr. Hubinek nicht im Saal anwesend ist (*Ruf bei der ÖVP: Ich werde es ihr sagen!*), weil ich gerade an ihre Adresse diese Worte richten möchte: daß gleichzeitig mit der Erhöhung der Geburtenbeihilfe von bisher 2000 S auf 4000 S durch die sozialistische Alleinregierung auch die Auszahlung dieser Geburtenbeihilfe an die Untersuchung gebunden ist, nicht wie unter der ÖVP-Alleinregierung von 1966 bis 1970, wo im Zuge der Verwaltungsreform diese Untersuchungen fallengelassen wurden, was unzweifelhaft, meine Damen und Herren, eine gesundheitspolitisch völlig falsche Maßnahme war, die meiner Meinung nach auch zu einem Ansteigen der Säuglingssterblichkeit geführt hat.

In diesem Zusammenhang sehr wichtig wird auch die Errichtung von peri- und neonatologischen Zentren sein, die besonders wichtig bei Risiko- und Frühgeburten sein werden. Aber auch der Ausbau weiterer lokaler Schwangerschaftsstellen wird forciert werden.

Aber eindeutig, meine Damen und Herren, wird der Schwerpunkt dieses Budgets auf dem Gebiet der Krankenanstalten liegen. Sie wissen selbst, daß bereits 1973 zur Realisierung beziehungsweise zur Einleitung der Strukturreform des Krankenhauswesens von der sozialistischen Alleinregierung 250 Millionen Schilling an Bundesinvestitionszuschüssen eingesetzt wurden. Heute, nach diesem Jahr, Ende 1973, können wir feststellen, daß gerade die Vergabe dieser Mittel nach den gesundheitspolitischen Zielvorstellungen beziehungsweise dem Prioritätenkonzept des Gesundheitsministeriums erfolgt ist und nicht so, wie Sie von der Österreichischen Volkspartei es verlangt haben, nach Ländern, Kopfquoten und nach dem Gießkannenprinzip: ein jeder ein bißerl was.

Meine Damen und Herren! Der Sachlichkeit halber sei noch festgestellt, daß die Vergabe dieser Investitionsmittel im Einvernehmen mit den Bundesländern erfolgt ist. Alle sechs ÖVP-Landeshauptmänner waren zufrieden. Auch hier war, meine Damen und Herren von der ÖVP, von einer ÖVP-Bundesländerfront gegen die Bundesregierung nichts zu bemerken. (*Abg. Mitterer: Das sagen Sie doch immer! Das haben Sie ertunden!*)

Im Budget 1974 werden nun neben dem bisherigen Bundeszuschuß zum Betriebsabgang

Samwald

der Spitäler in der Höhe von 18,75 Prozent — das werden umgerechnet zirka 387 Millionen Schilling sein —, den zusätzlichen 250 Millionen Schilling Investitionszuschuß und vor allen Dingen auch durch die im Stabilisierungspaket enthaltenen 400 Millionen Schilling für die Krankenanstalten erstmals über 1 Milliarde Schilling zur Verfügung stehen.

Natürlich — und das können Sie jetzt mit Recht sagen — wird die Auszahlung dieser 400 Millionen Schilling an bestimmte Voraussetzungen, wie Normkostenzuschüsse, gebunden sein, und es wird auch nach einem Prioritätenkatalog vorgegangen werden.

Ich glaube aber auch, meine Damen und Herren, daß in Anbetracht dieser großen Summe, die der Bund in Zukunft für das Krankenanstaltenwesen zur Verfügung stellen wird, sich auch die Frage nach einer völlig neuartigen Finanzierung der österreichischen Krankenanstalten, vielleicht wie vorgesehen etwa in Form eines Bundeskrankenanstaltenfonds ergeben wird. Hier könnte vielleicht auch so vorgegangen werden, daß für die Bereitstellung der Finanzierung von Investitionen für Krankenanstalten Bund und Länder Hilfe leisten, während die Aufbringung der Verpflegskosten im Binnenverhältnis zwischen Sozialversicherungsträgern und Spitalserhaltern, also Ländern und Gemeinden, zu regeln wäre.

Sehr erfreulich ist vor allen Dingen auch — das ist auch heute von meinem Kollegen Sekanina hier schon angezogen worden —, entgegen den düsteren Prophezeiungen der Frau Kollegin Dr. Hubinek, die Situation und die Entwicklung im Krankenpflegedienst geworden. Wir wissen, daß durch die im März dieses Jahres erfolgte Novelle zum Krankenpflegegesetz die Möglichkeit geschaffen wurde, den Ausbildungsbeginn bereits mit 15 gegenüber früher 17 Jahren festzusetzen. Wir wissen, daß der Andrang derart groß war, daß Schülerinnen zum Teil abgewiesen werden mußten und daß sich natürlich aus dieser Tatsache heraus für uns in nächster Zukunft die Notwendigkeit ergeben wird, vor allen Dingen einen forcierten Bau von Schwesternheimen durchzuführen, um auch auf diesem Gebiet echt weiter so wie bisher wirksame Maßnahmen setzen zu können.

Heute ist von allen Rednern bereits auch die Novelle zum Krankenanstaltengesetz angezogen worden. Sie wissen selbst, daß diese Novelle kurz vor der Beschlußfassung steht, wobei hier vor allen Dingen folgende Schwerpunkte gesetzt werden: Herbeiführung einer Änderung des Krankenanstaltenbegriffes und

Typisierung der Spitäler in Standard-, Schwerpunkt- und Zentralkrankenhäuser. Auch die Anhebung des medizinischen Standards, die Abschaffung vor allen Dingen der dritten Spitalsklasse, die Schaffung von Tag- und Nachtteilungen sowie die Errichtung von Abteilungen für chronisch Kranke und die Abschaffung der Großraumsäle wird in dieser Novelle enthalten sein.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Es ist bereits das zweite Budget in diesem Haus, das zu Gruppe 1, Innenverwaltung, Gesundheit und Umweltschutz beschlossen werden wird, seitdem dieses Gesundheitsministerium besteht. Ich möchte auch hier um der Wahrheit zum Licht zu verhelfen, sagen: Sowohl Sie, meine Damen und Herren von der ÖVP, als auch die Kollegen von der Freiheitlichen Partei waren damals dagegen; dagegen vielleicht aus einem Nichterkennen der Tatsache, daß gerade im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts, in einer technisch so rasant fortschreitenden Zeit, wie es die unsere ist, in der gerade die Frage der Gesundheit und die Frage des Umweltschutzes eine ungeheure Bedeutung erlangt hat, auch besondere Maßnahmen zu setzen sind. *(Beifall bei der SPÖ. — Zwischenruf des Abg. Dr. Mussil.)*

Es ist daher eindeutig — Herr Generalsekretär Mussil, das ist jetzt an Ihre Adresse gerichtet — das Verdienst der sozialistischen Alleinregierung, gerade die Bedeutung des Gesundheitswesens erkannt und die richtigen Maßnahmen gesetzt zu haben. *(Neuerlicher Beifall bei der SPÖ.)*

Es wäre aber, meine Damen und Herren, auch unrealistisch, und wir sind nicht so vermessen als Sozialisten, nicht zu wissen, daß gerade in der Gesundheitspolitik noch viele Fragen und viele, viele Probleme einer Lösung bedürfen. Hier gibt es einen absoluten Nachholbedarf. Allein die Frage der Finanzierung wird in Zukunft von entscheidender Bedeutung sein. Sie selbst wissen ganz genau, daß uns gerade in den Fragen der Finanzierung die größten Schranken auferlegt sind.

Herr Kollege Primarius Dr. Wiesinger! Gerade Sie als Gesundheitssprecher der ÖVP — das Recht steht Ihnen natürlich zu — haben in den letzten Monaten und gerade auch in der letzten Zeit eine große Anzahl von Projekten vorgeschlagen, aber auch Attacken gegen das Bundesministerium und gegen die Frau Bundesminister geführt. Aber an sich sind Sie uns bis heute — auch Ihrer heutigen ersten Rede war das nicht zu entnehmen — jede Aussage schuldig geblieben, wie Sie Ihre Projekte finanzieren wollen.

Samwald

Ich muß Ihnen auch persönlich sagen, was ich heute eingangs meiner Rede schon an die Adresse der Gesamt-OVP gerichtet habe: Auch Sie kritisieren um jeden Preis, ohne wirklich eine echte Alternative zu bieten. (*Zustimmung bei der SPO. — Zwischenruf des Abg. Doktor Wiesinger.*)

Was wir brauchen, Herr Primarius Wiesinger — das möchte ich auch der Frau Doktor Hubinek sagen —, sind keine Ideensammlungen, sondern echte Aussagen und konkrete Taten. Beides sind Sie uns bis heute schuldig geblieben. Sie urgieren nur das Beste. Sie urgieren nur das Teuerste und wissen selbst ganz genau, daß Sie es niemals finanzieren können! (*Abg. Dr. Wiesinger: Das stimmt doch gar nicht!*)

Ich kann Ihnen abschließend zu Ihrer Beruhigung sagen, daß die sozialistische Alleinregierung und auch das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz in den Fragen der Gesundheit, gerade in der Frage der Gesundheitspolitik, ihre Zielvorstellungen haben (*Abg. Dr. Mussil: Völlig daneben!*) und diese Zielvorstellungen auch zum Wohle aller Österreicherinnen und Österreicher durchsetzen werden. (*Beifall bei der SPO. — Zwischenrufe bei der OVP.*)

Sie können auch versichert sein — weil Sie mich persönlich ansprechen, Herr Primarius Wiesinger —: Was für alle anderen Ressorts in diesem Bundeshaushalt, in diesem Bundesbudget gilt, das gilt im besonderen Maße auch für das Gesundheitsressort, weil gerade die Gesundheit das höchste Gut des Menschen ist. Sie haben diese Fragen angezogen: Es ist und kann die Gesundheit der Menschen nicht allein Angelegenheit der Ärzte, der Krankenkassen, der Gesundheitsämter sein, sondern nur Aufgabe einer gemeinsamen zukunftsorientierten Gesellschaftspolitik. Gerade der Frage der Gesundheit kommt nicht nur Primat zu, Gesundheit ist nicht nur Privatsache, sondern sie ist im höchsten Maße auch eine Aufgabe unserer Gemeinschaft! (*Beifall bei der SPO.*)

Mit zahlreichen Bundesgesetzen und Verordnungen, deren Aufzählung im einzelnen zuviel Zeit kosten würde, mit weiteren noch im Hohen Hause zu beschließenden Regierungsvorlagen hat das Gesundheitsministerium die ersten erfolgreichen Schritte zu einer aktiven Gesundheitspolitik gesetzt. Auch dieses Budget für 1974 ist wieder ein wichtiger Schritt dazu.

Wir Sozialisten bekennen uns zu den Maßnahmen und Aktivitäten des Bundesministeriums (*Zwischenruf des Abg. Graf*),

und zur Frau Bundesminister. Ich kann Ihnen nur eines sagen, meine Damen und Herren — das ist auch an Sie gerichtet, Herr Kollege Graf (*Abg. Graf: Was wollen Sie von mir?*); daß Sie mitstimmen! —: Wer gegen dieses Budget stimmt, der stimmt gegen eine aktive und wirkungsvolle Gesundheitspolitik! (*Beifall bei der SPO. — Zwischenrufe. — Abg. Graf: ... aber was will er denn von mir?*)

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dipl.-Ing. Hanreich. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Hanreich (FPO): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Mein Vorredner hat sich mit großem Eifer bemüht, den Staub vom Gesundheitsministerium wegzuschütten, den Staub, der sich seit der Begründung darauf angesammelt hat, denn die Aktivitäten, von denen hier die Rede war, sind, wie die Praxis zeigt, ja leider äußerst dürftig.

Wir haben nämlich, im Gegensatz zu der Meinung des Kollegen Samwald, gegen dieses Ministerium nicht etwa deshalb gestimmt, weil wir nicht wissen, daß die Problematik des Umweltschutzes und die Notwendigkeiten der Gesundheitsvorsorge und der Gesundheitspflege von größter Bedeutung sind, sondern deswegen, weil wir diese Fehlentwicklung, die sich bis jetzt getan hat, vorausgesehen haben. Wir waren uns darüber klar, daß man bei der überhappts und ohne exakte Vorbereitung getroffenen Entscheidung zu einem neuen Ministerium nichts geschaffen hat, das erfolgreich arbeiten kann, sondern einen Torso, der nicht in der Lage ist, seine Aufgaben zu bewältigen.

Es ist sehr schön, daß sich die sozialistische Fraktion immer wieder auf die Mitarbeit beruft, die von seiten der Oppositionsparteien geleistet werden sollte, und daß sie ständig ihr Humanprogramm zitiert. Wenn man aber genauer hinsieht, dann zeigt es sich, daß von dem Humanprogramm bisher so gut wie nichts verwirklicht worden ist, und wir haben die Halbzeit der Regierungszeit schon überschritten, und dann zeigt sich auch, daß diese Mitarbeit Arbeit voraussetzen würde, und von der ist auf der SPO-Seite und auf seiten des Ministeriums nur sehr, sehr wenig zu spüren.

Ich habe nicht den Eindruck, daß die Aktionen, die gesetzt oder angekündigt werden, überhaupt schon auf einer klaren Grundlage basieren, daß sie ein klares Konzept haben. Wenn Kollege Samwald gesagt hat, die Novelle zum Krankenanstaltengesetz steht sozusagen vor der Beschlußfassung, dann ist das ja ein Zeichen dafür, wie eilig es die

Dipl.-Ing. Hanreich

Regierungspartei hat, die schüchternen Ansätze von Aktivität schon als nahezu fertiges Produkt zu präsentieren: meines Wissens ist diese Novelle noch keineswegs im Unterausschuß in Behandlung, sodaß von einem Vordr-Beschlußfassung-Stehen wirklich nicht die Rede sein kann.

Wenn ich mir ansehe, daß der Kollege Sekanina sehr mühsam eine Reihe von kleineren Aktivitäten aufgezeigt hat, die nahezu durchwegs vorher von meinem Kollegen Doktor Scrinzi kritisiert wurden, dann vermissen ich bei all dem, was hier genannt wurde, jegliche echte Aktivität auf dem Gebiet des Umweltschutzes. Da ist bisher noch kein einziger Schritt gemacht worden.

Obwohl ich dem Kollegen Sekanina nur zustimmen kann, daß diese Frage Gesundheit und Umweltschutz aus dem kleinlichen Parteienstreit herausgenommen werden sollte, und auch wenn der Kollege Wiesinger recht hat, daß ein Konsens über diese Fragen erreicht werden muß, hat das doch zur grundsätzlichen Basis die Tatsache, daß die Regierung die Voraussetzungen dafür zu schaffen hat, daß ein eigens eingerichtetes Ministerium die ersten Schritte setzen muß und die Grundlagen beibringen soll.

Ich kann es nicht begreifen, daß sich Kollege Sekanina so vehement auf die „bestvorbereitete Regierung“ berufen und darauf hingewiesen hat, daß die Regierung durch das Humanprogramm so gut auf ihre Aufgabe vorbereitet sei. Ich habe eher den Eindruck, sie hat bisher die Gelegenheit noch nicht ergriffen, diese Chancen, die in dem Humanprogramm sicherlich als Möglichkeiten aufgezeigt sind, wahrzunehmen. Wenn die sozialistischen Abgeordneten noch immer von dieser „bestvorbereiteten Regierung“ sprechen und das immer wieder betonen, dann kann ich dazu nur sagen: Ich vermissen den Bewußtseinsbildungsprozeß, von dem in der letzten Zeit so viel gesprochen wird und von dem ich annehme, daß er zumindest schon in der Bevölkerung eingesetzt haben wird, den Bewußtseinsbildungsprozeß nämlich, daß es sich bei der sozialistischen Regierung keineswegs um die „bestvorbereitete Regierung“ handelt.

Der Kollege Sekanina hat auch darauf hingewiesen, daß seiner Meinung die Sozialistische Partei die Problematik des Umweltschutzes entdeckt habe, daß sie sozusagen als erste auf diese Problematik hingewiesen habe. Da muß ich doch sagen: Ich kann ihm nicht recht geben, denn mein Kollege Dr. Scrinzi hat schon seit seinem Eintritt ins Parlament immer wieder die Öffentlichkeit auf dieses Thema hinzuweisen versucht, und seine Ausführun-

gen dazu sind schon zu einem Zeitpunkt wirksam geworden, als die Kollegen der sozialistischen Fraktion sich damit noch nicht befaßt haben.

Immerhin hat auch die Freiheitliche Partei in ihrem Parteiprogramm einen Passus, der auf diese gesamte Problematik hinweist (*Abg. Scheibengraf: Ein Fortschritt!*), den ich gern zitieren möchte, weil er zeigt, daß wir uns mit diesen Problemen auch außerhalb des Parlaments schon sehr frühzeitig auseinandergesetzt haben. Es wird hier angeführt:

„Die Erhaltung des Waldes, die Reinheit von Wasser und Luft sowie die Lärmbekämpfung sind Lebensfragen für alle kommenden Generationen. Voraussetzung eines umfassenden Naturschutzes sind die Erarbeitung wissenschaftlicher Erkenntnisse und deren Anwendung bei den erforderlichen gesetzlichen Regelungen im Sinne von Schutz und Vorsorge.“

Diese Forderung nach gesetzlichen Regelungen, um die Voraussetzungen für einen wirksamen Umweltschutz zu schaffen, ist von uns immer wieder erhoben worden. Trotzdem ist es nicht gelungen, bisher wirklich zielführende gesetzliche Maßnahmen zu erreichen. Wir haben in schöner Regelmäßigkeit bei den Budgetdebatten immer wieder auf die Notwendigkeit der Kompetenzbereinigung hingewiesen und haben im Jahr 1970 eine Entschließung präsentiert mit der Aufforderung, Klarheit über die Kompetenzen in den Fragen des Umweltschutzes zu schaffen. Dieser Entschließung haben sich damals die beiden anderen Parteien angeschlossen. Deshalb wurde dann ein erstes Gutachten von seiten des Verfassungsdienstes geliefert, das festgestellt hat, daß eigentlich, um es etwas überspitzt auszudrücken, alles in Ordnung ist, daß die Kompetenzregelung ohnehin klar ist, weil dort, wo nichts in der Bundesverfassung ausgesagt sei, die Kompetenz selbstverständlich bei den Ländern liege.

Diese unbefriedigende Auskunft und die unbefriedigende Situation in der Kompetenzaufteilung hat uns veranlaßt, am 14. März 1972 eine Entschließung einzubringen, die auch die Zustimmung aller Parteien gefunden hat, und auf die der Bundeskanzler bereits im Dezember vorigen Jahres mit einem Zwischenbericht geantwortet hat. Diese Entschließung hat zum Ziel gehabt, einen Überblick über den Kompetenzwettbewerb, einen Überblick über die Verteilung der Regelungen in den verschiedensten Landes- und Bundesgesetzen zu gewinnen, hat zum Ziel gehabt eine Überprüfung, ob diese Regelungen zweckmäßig und zielführend sind, oder ob sie nicht im Sinne einer höheren Effizienz geändert werden sollten, ob sie nicht

Dipl.-Ing. Hanreich

einer Abänderung, einer Korrektur bedürften, um den Aufgaben, die uns heute im Umweltschutz gestellt sind, auch wirklich Rechnung zu tragen.

Der Zwischenbericht des Bundeskanzleramtes besagt, daß man tätig ist, diese Probleme zu beleuchten, besagt, daß man bemüht ist, hier Informationen herbeizuschaffen. Dieser Bericht ist uns vor mehr als einem Jahr zugegangen. Wir warten noch immer auf eine klare Zusammenstellung der Kompetenzen, auf eine klare Zusammenfassung der gesetzlichen Grundlagen und auf die Überprüfung ihrer Zweckmäßigkeit.

Es ist sehr betrüblich, daß zwar in der Zwischenzeit, am 1. Mai 1973, ein Katalog von Landesgesetzen durch die Verbindungsstelle der Bundesländer herausgegeben wurde, daß aber das Ministerium seinerseits, das ja größtes Interesse daran haben müßte, diesen Wirrwarr zu beseitigen, das größtes Interesse daran haben müßte, Klarheit und damit Aktionsfähigkeit zu gewinnen, bisher nicht in der Lage war, selbst einen Anstoß zu geben, damit auch vom Bundeskanzleramt dieser endgültige Bericht präsentiert wird.

Da hilft es uns nichts, daß man immer wieder darauf hinweist, daß das Ministerium ohnehin eifrig tätig ist, daß man immer wieder erklärt, daß ohnedies die eine oder andere Verbesserung im Gesundheitswesen durchgeführt wird. Wenn wir nämlich einen Blick darauf werfen, welche Regelungen in den einzelnen Ländern getroffen worden sind, dann wird doch klar, daß hier der Schrei nach einer Bundeskompetenz in Einzelbereichen zu hören ist. Es gibt ja zahlreiche Beispiele in anderen Staaten, daß man eine Bundeskompetenz erfolgreich festlegen kann.

Betrachten wir als Beispiel die Gesetze betreffend Motorschlitten, bezüglich deren in Salzburg, Tirol und Vorarlberg eine Regelung vorliegt. In allen anderen Bundesländern ist aber bisher noch keine Regelung getroffen worden, und das, obwohl kein Zweifel darüber bestehen kann, daß die Probleme in den anderen Bundesländern genauso vorhanden sind und daß der Bund ein Interesse daran haben müßte, hier eine gemeinsame und einheitliche Regelung zu erreichen. Man braucht sich ja nur überlegen, was es für die Produzenten in Österreich bedeutet, wenn zu guter Letzt dann jedes Bundesland ohne Rücksicht auf sein Nachbarbundesland spezielle Vorschriften über die Ausrüstung und über die Benutzung von Motorschlitten erläßt. Die Hersteller sind dann gezwungen, je nach Bundesland eine eigene Variante zu erzeugen.

Ganz abgesehen davon, daß die negativen Auswirkungen der Benutzung von Motor-

schlitten für den Staatsbürger in allen Bundesländern sicher die gleichen sind. Daher sollten die Bestimmungen nicht bundesländerweise verschieden, sondern doch bundeseinheitlich getroffen werden.

Dasselbe gilt für das Luftreinhaltegesetz, aber noch in wesentlich krasserem Maße. Diesbezüglich haben wir nämlich ein Beispiel des Landes Vorarlberg vorliegen, das bereits im Jahre 1971 ein solches Gesetz erlassen hat und damit zeigt, daß es ein sehr fortschrittliches und problembewußtes Bundesland ist. Gerade Vorarlberg ist aber der Beweis dafür, daß die Luftreinhaltebemühungen nicht erfolgreich sein können, wenn nicht in den benachbarten Bundesländern, wenn nicht überhaupt in den benachbarten Staaten ähnliche Regelungen getroffen werden. Die Luft rein zu halten ist ein Problem, das sicher nicht innerhalb eines Bundeslandes gelöst werden kann. Es bedarf gemeinsamer Anstrengungen! Das sollte sehr rasch dazu führen, daß man diesbezüglich die Kompetenz des Bundes wirksam werden läßt.

Weiters wurde der Schutz der biologischen Umwelt, wenn ich das richtig besehe, bisher von der Regierung noch nicht ausreichend zur Kenntnis genommen. Die einzelnen Bundesländer haben diese Problematik in Naturschutzgesetzen, Jagdgesetzen, Fischereigesetzen, Feldschutzgesetzen, Kulturpflanzenchutzgesetzen und Tierschutzgesetzen geregelt. Es gibt dann regionale Differenzierungen, wie ja zu erwarten, so zum Beispiel spezieller Schutz der Almen in Kärnten. So aber entstehen Schutzmaßnahmen wegen dieser vielfältigen Regelungen völlig uneinheitlich.

Das ist ganz drastisch nachzuweisen an dem Beispiel der Jagdgesetze und der damit verbundenen Schutzmaßnahmen für bestimmte Tiere, Schutzmaßnahmen für Greifvögel oder Vogelarten, wie das sehr illustrativ in einem Artikel in der „Presse“ vom 5. Dezember 1973 aufscheint. Dort wird unter dem Titel „Kantönigeist“ die seltsame Haltung gerade gegenüber unseren Greifvögeln, im speziellen Fall gegenüber dem Mäusebussard, dargestellt, der nicht nur zu unterschiedlichen Zeiten geschont wird, sondern der in dem einen Bundesland überhaupt unter Naturschutz gestellt wird, im anderen Fall aber als „Raubzeug“ angesehen wird. Hier werden die Jäger, wenn sie ausnahmsweise von einem Bundesland in ein anderes zur Jagd fahren, vor seltsame Probleme gestellt, denn der Schutz eines gefährdeten Vogels sollte wie der Schutz von erhaltenswertem Naturbestand überhaupt doch zumindest nach einheitlichen Richtlinien erfolgen und nicht so zersplittert sein, wie es dieses Beispiel zeigt.

Dipl.-Ing. Hanreich

Die Sozialistische Partei hat in ihrem Humanprogramm eine Fülle von Maßnahmen angekündigt, das Gesundheitsministerium seinerseits hat diese Ankündigungswelle fortgesetzt und durch die Vorlage seines Gesundheits- und Umweltschutzplanes gezeigt, daß es zumindest die Absicht hat, einige Initiativen in die Wege zu leiten. Bei dieser Absicht ist es bislang noch geblieben, und es ist typisch, daß als einziges Beispiel aus dem Katalog der Kritiken meines Kollegen Doktor Scrinzi die Sanierung des Krankenanstaltenwesens angeführt wurde. Von den anderen Detailpunkten war keine Rede. Auf die anderen Vorwürfe ist in keinem einzigen Punkt eingegangen worden. Man hat sich von seiten der sozialistischen Redner darauf beschränkt, auf die Tätigkeit dieses Ministeriums Lobhymnen zu singen, aber auf die kritischen Bemerkungen ist man nur in dem einen Fall eingegangen.

Es ist evident, daß die Sanierung des Krankenanstaltenwesens eine Aktion ist, die nicht innerhalb von zwei Jahren beendet werden kann. Alle anderen Dinge könnten aber sehr wohl ordnungsgemäß in Angriff genommen und erfolgreich gemeistert werden, denn es ist nicht einzusehen, warum zum Beispiel bei der Frage der Vorsorgeuntersuchung die Formulare, wenn schon großartig eine Aktion für 1974 angekündigt wird, dann erst Anfang Feber zur Verfügung stehen werden. Aber man läßt sich nicht ein, über diese Details zu diskutieren, man bewegt sich im großen und möglichst intensiv in Polemiken, damit nur ja die Impotenz des Ministeriums nicht zu deutlich wird, wobei ich gerne zugebe, daß sie bei diesen verfassungsrechtlichen Schwierigkeiten im wesentlichen in der mangelnden Kompetenz begründet liegt.

Aus diesem Umwelt- und Gesundheitschutzplan des Bundesministeriums möchte ich zwei Beispiele als typisch herausstellen, bei denen wir Freiheitlichen die Zusammenstellung des Verfassungsdienstes — Bundeskanzleramt dringendst erwarten, um einen Überblick über die Kompetenzen zu gewinnen, wobei wir zusätzlich die Überprüfung auf die Sachdienlichkeit und Zweckmäßigkeit dringendst erwarten, denn sie ist die Basis für die zentrale politische Entscheidung, die die Wirksamkeit des Umweltschutzes für die nächsten Jahre bestimmen wird.

Wenn es uns nicht gelingt, in kürzester Zeit zu einer klaren Bewertung der bisher bestehenden Kompetenzatbestände zu kommen, wenn wir keine klare Übersicht darüber gewinnen, dann wird dieses Ministerium weiterhin ein Popanz sein, eine Demonstration nach außen, daß man ohnehin etwas tut, aber

gänzlich ohne Wirksamkeit und gänzlich ohne Erfolg für den Staatsbürger.

Das läßt sich als erstes sehr deutlich am Lärmschutz beweisen, bei dem die Regelungen in so vielfältiger Weise verteilt sind, obwohl man weiß, daß die Lärmbelastung und die Lärmbelastung immer stärker zunehmen. Wenn zum Beispiel bekannt wird, daß etwa 49 Prozent aller bewohnten Wohnungen als lärmbeeinträchtigt anzusehen sind und sich — wie aus den IS-Informationen hervorgeht — 26 Prozent der Wohnungsinhaber als sehr stark beeinträchtigt empfinden, dann ist das doch der Beweis dafür, daß es großer Eile bedarf, diesem Problem Herr zu werden, einem Problem, das zahlreichen Staatsbürgern unter den Nägeln brennt und für jeden einzelnen unangenehme Folgen hat.

Es gibt zwar Lärmschutzverordnungen in den verschiedensten Bereichen, es gibt verschiedenste Regelungen in den unterschiedlichsten Gesetzen — von der Gewerbeordnung angefangen bis zu den Lärmschutzverordnungen zum Beispiel in Innsbruck —, aber die Bauwirtschaft, die mit ein wesentlicher Lärmereger ist, versucht vergeblich, zu einer bundeseinheitlichen und klaren Regelung zu kommen. Man kann auch von diesen Unternehmen nicht verlangen, daß sie je nach dem Arbeitsplatz, an dem sie gerade tätig sind — und große Baufirmen arbeiten in verschiedenen Bundesländern —, ihre Aggregate jeweils nach den Landes-, Orts- oder Gemeindevorschriften ausstatten. Hier wäre es dringend notwendig, eine Gesamtlösung zu finden, hier wäre es dringend erforderlich, einheitliche Richtlinien zu schaffen.

Dasselbe gilt zweitens für die Problematik der Müllbeseitigung. Im Budgetausschuß hat sich herausgestellt, daß die angekündigte Errichtung eines Müllbeseitigungsfonds auf Bundesebene offensichtlich auf einen so vehementen Widerspruch des Finanzministers gestoßen ist, daß in dieser Richtung nunmehr keine Initiativen zu erwarten sind.

Es stellt sich aber die Frage: Wie soll denn das weitergehen? Werden jetzt die einzelnen Bundesländer, wie es bereits anläuft, diese großen, sehr teuren Anlagen jeweils auf Landesebene oder auf der Ebene einzelner Müllbeseitigungsgemeindeverbände überprüfen? Werden jetzt die einzelnen Müllbeseitigungsverbände nach Bundesländern verschieden — die einen das eine Konzept, die anderen ein anderes — diverse Konzepte der Müllbeseitigung praktizieren? Werden die am Markt verfügbaren Maschinen, Zerkleinerungs- und Sortiermaschinen, nach Bundesländern verschieden, womöglich parallel und nicht abgestimmt, ausprobiert werden? Wird man dann

Dipl.-Ing. Hanreich

im nachhinein feststellen, daß Teile der Investitionen völlig umsonst, falsch eingesetzt und unzweckmäßig waren sowie ihre Aufgabe nicht erfüllten, oder wird es doch gelingen, hier letztlich zu einer Form zu kommen, die dem Bundesministerium die Möglichkeit gibt, zielgerichtet und zweckentsprechend die Maßnahmen zu setzen, die für unsere Umwelt deshalb notwendig sind, daß man von vornherein eine Verschmutzung durch Müll und Abfälle verhindert?

In diesem Umweltschutzprogramm sind weitere Aktionen angekündigt, ist eine ganze Reihe von einzelnen Maßnahmen ins Auge gefaßt. Wenn ich hier lese, daß man beabsichtigt, gemeinsam mit dem Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie eine Umweltschutzsinsatzgruppe zu schaffen, die über Fahrzeuge verfügt, die mit modernen Meßgeräten zur Feststellung und Analyse von Luftverunreinigung, Staub, Lärm, Erschütterungen und anderen schädigenden Umwelteinflüssen ausgestattet sind, dann frage ich doch: Wieweit sind solche Dinge bereits gediehen? Hat man mit dem Handelsministerium Kontakt aufgenommen? Wie weit werden diese angekündigten Meßgeräte und Meßeinheiten bei der Betriebsanlagengenehmigung Einsatz finden und hier objektive Kriterien bieten? Wie lange wird es noch dauern, bis die gesetzlichen Vorschriften zum erfolgreichen Einsatz dieser Meßgeräte auch wirklich gegeben sind?

Auch in Ubereinstimmung mit dem Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie ist angekündigt worden, Richtlinien für die Reduktion der zulässigen Schadstoff-Emission durch die Kraftfahrzeuge ausarbeiten zu lassen. Auch hier wäre es interessant zu wissen, wie weit die Arbeiten gediehen sind? Insbesondere deshalb, weil — wenn ich mich recht erinnere — die Technische Hochschule in ihrer letzten Veröffentlichung sehr interessante Ausführungen über Untersuchungen auf diesem Gebiet vorgelegt hat.

Vor allem aber auch deshalb, weil ich im „Kurier“ von heute lese, daß Österreich ein Geheimrezept gegen die Benzinkrise prüft. Dabei ist ins Auge gefaßt, den Treibstoff mit Alkohol zu strecken. Das ist zwar ausgesprochen erfreulich und hört sich auch ganz gut an. Ich hoffe, daß das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz hier vorsorglich aktiv wird. Denn es wäre ja denkbar, daß die schädlichen Auswirkungen des Benzins ersetzt werden durch schädliche Auswirkungen des Alkohols und daß das Einatmen der Autodämpfe dann zu einer neuen Form von österreichischer Heurigeneligkeit führt. Ich glaube doch, daß man diese Vorschläge sehr genau auch vom Standpunkt der Gesundheit wird überprüfen müssen, damit nicht eine

Entwicklung einsetzt, die dann letztlich nachteiligere Folgen hätte wie eine weitere Einschränkung der Kraftfahrzeugbenutzung, eine weitere Einschränkung der Fahrtätigkeit auf Österreichs Straßen.

Zuletzt, meine Damen und Herren, möchte ich einen Antrag einbringen, der alljährlich von der Freiheitlichen Partei zum Budgetkapitel Umweltschutz eingebracht wurde und der heuer im Sinne der differenzierten Oppositionspolitik auch von der Österreichischen Volkspartei übernommen worden ist, die neuerdings gern auf die bewährten Vorbilder der Freiheitlichen Partei zurückgreift.

Dieser Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Scrinzi, Dr. Stix, Hanreich und Genossen liegt hier vor. Ich möchte ihn gerne zur Verlesung bringen.

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dr. Scrinzi, Dr. Stix, Dipl.-Ing. Hanreich und Genossen betreffend Bericht der Bundesregierung über die Lage auf dem Gebiet des Umweltschutzes.

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird ersucht, dem Nationalrat jährlich einen Bericht über die Lage auf dem Gebiet des Umweltschutzes vorzulegen.

Dieser Bericht, der unter der Federführung des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz von allen mit diesen Fragen befaßten Ministerien zu erstellen ist, soll alle Aspekte des Umweltschutzes in Österreich umfassen und dem Nationalrat einen Überblick über den aktuellen Stand der in diesem Zusammenhang getroffenen Maßnahmen vermitteln. Hiebei sollen auch Maßnahmen, die von den Ländern, Gemeinden und von privater Seite unternommen werden, Berücksichtigung finden.

Darüber hinaus sollen auch die jeweiligen Pläne und Bedürfnisse für die Zukunft dargelegt werden.

Wir fordern die Kollegen der beiden anderen Parteien auf, unserem Antrag zuzustimmen, denn wir erwarten uns davon eine präzisere Darlegung über den derzeitigen Stand der Tätigkeit in Sachen Umweltschutz, eine exaktere Darlegung dessen, was das Ministerium tatsächlich in Angriff genommen hat und was es in der nächsten Zeit durchzuführen vorhat, damit wir uns nicht mit den langfristigen Überlegungen, die sich im Gesundheits- und Umweltschutzplan ohne Zeitangaben und ohne Finanzierungsvorstellungen befinden, zufriedengeben müssen. Wir glauben, daß es im größten Interesse des Parlamentes ist, den

Dipl.-Ing. Hanreich

Stand der Umweltschutzaktivitäten jeweils auf den letzten Stand gebracht kennenzulernen. (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident Dr. Maleta: Der Entschließungsantrag Dr. Scrinzi und Genossen, den der Redner verlesen hat, ist genügend unterstützt und steht daher mit in Verhandlung.

Als nächster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Pelikan. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Pellikan (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich schicke voraus, daß ich nicht die Absicht habe, die Frau Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz in eine harte politische Konfrontation zu verwickeln. Ich tue das nicht aus gewissen Regeln der Courtoisie einer Frau gegenüber, vor allem, wenn sich diese Frau, wie sich gezeigt hat, politisch noch nicht emanzipiert hat.

Meine Kritik richtet sich vielmehr gegen diese Regierung im gesamten. Denn gerade dieses Budgetkapitel, das sich Budgetkapitel „Gesundheit und Umweltschutz“ nennt — für viele nicht ganz verständlich —, zeigt, daß diese Regierung nicht in der Lage ist, dringende und wichtige Probleme zu lösen.

Wir sind es gewohnt, von dieser Regierung ständig mit Minimalprogrammen konfrontiert zu werden — ein Ausdruck, der im übrigen nicht von mir stammt, sondern vom seinerzeitigen Klubobmann der SPÖ —, mit Programmen, die nur Scheinlösungen anbieten. Aber das, was diese Regierung auf dem Gebiet der Gesundheit und des Umweltschutzes zu bieten hat, ist weniger als ein Minimalprogramm. Es ist — gelinde gesagt — eine Farce. (Beifall bei der ÖVP.) Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die Ziffern, die von meinen Vorrednern schon des öfteren erwähnt wurden.

Der gesamte Budgetansatz beträgt 0,73 Prozent vom Ausgabenrahmen. Für Umweltschutz selbst ist der Anteil sogar nur 0,045 Prozent — 45 Hundertstel, meine Damen und Herren!

Der Herr Abgeordnete Sekanina hat heute offenbar versucht, sich als Nachfolger für die Frau Bundesminister zu profilieren, ein Versuch, der, wie ich glaube, ihm nicht ganz gelungen ist. Aber ich stimme trotzdem mit ihm darin überein, daß diese wichtigen Fragen der Gesundheit und des Umweltschutzes aus dem täglichen politischen Streit herausgehoben werden sollten. Nur, meine Damen und Herren, dann muß man auch etwas tun, was alle Fraktionen dieses Hauses befürworten können.

Vor allem darf man dann nicht einen sehr zweifelhaften Mut beweisen, indem man die Bevölkerung fragt, was ihr die Gesundheit wert ist. Ja hat man denn gedacht, die Bevöl-

kerung werde aufjubeln und sagen: Nehmt uns ruhig etwas weg, wir sehen ein, daß die Regierung nicht in der Lage ist, für so wichtige Aufgaben wie Gesundheit und Umweltschutz etwas aufzubringen? War das vielleicht der Grund, warum dieses Budget so gering dotiert ist?

Das Recht, meine Damen und Herren, auf ausreichende Maßnahmen für Gesundheitsvorsorge ist meiner Meinung nach eine Selbstverständlichkeit. Es ist geradezu ein Grundrecht der Staatsbürger, genauso wie das Recht auf Arbeit, das Recht auf Wohnung und das Recht auf einen ausreichenden Lebensstandard.

Die Regierung ist mit dem Slogan angetreten, daß nur sie die Regierung wäre, die Probleme löst, die in der Lage dazu sei. Das hat der Herr Bundeskanzler wiederholt zum Ausdruck gebracht, unter anderem auch in Fernsehdiskussionen. Ich stelle aber hier mit allem Nachdruck fest, daß es dieser Regierung nicht gelungen ist, auch nur eines der anstehenden Probleme zu lösen, weder das Problem des Kampfes gegen die Armut noch die Frage einer ausreichenden Gesundheitspolitik und gar nicht zu reden von der Wirtschaftspolitik, deren ganze Malaise sich gerade jetzt in Anbetracht der hohen Inflationsrate und der Versorgungskrise zeigt.

Ich sage aber noch einmal, daß sich meine Kritik nicht so sehr gegen die Frau Bundesminister richtet, denn sie dient ja genauso wie der arme Herr Brigadier Lütgendorf nur als Tarnkappe für den Bundeskanzler, um seine eigenen Schwächen zu überdecken.

Damit keine Mißverständnisse auftreten, komme ich nicht umhin, vorbeugend festzustellen, daß die wirklich großen Gesetzeswerke dieses Jahres, wie Strafrechtsreform, Arbeitsverfassung, Gewerbeordnung, nicht das Verdienst dieser Regierung sind. Die Strafrechtsreform basiert auf den jahrzehntelangen Vorarbeiten der Experten. Die Arbeitsverfassung ist das Verdienst unseres permanenten Krisenmanagements der Sozialpartnerschaft, und die Gewerbeordnung ist ebenfalls ein Gesetz, an dessen Zustandekommen am wenigsten der jetzt amtierende Handelsminister beteiligt ist.

Ich sage das, weil ich die Beweihräucherung der zuständigen Ressortminister in Zukunft schon im Ohr klingen habe.

Doch zurück zum eigentlichen Problem, zum Problem Gesundheit und Umweltschutz.

Warum wir ein eigenes Ministerium brauchen, das praktisch mit keinen Kompetenzen ausgestattet ist außer einer Koordinierungskompetenz, hat ja kaum jemand verstanden. Daß aber dieses Ministerium sozusagen als ersten Akt ein neues Institut ins Leben rufen

Dr. Pelikan

muß, ist noch weniger verständlich; es handelt sich um das sogenannte Bundesinstitut für Gesundheitswesen. Ich möchte vorerst feststellen, daß wir nicht gegen ein derartiges Institut waren, wenn dieses Institut Aufgaben übernehmen soll, die das Ministerium nicht übernehmen kann oder will. Wir waren nur gegen die Art der Konstruktion, gegen die rechtliche Konstruktion. Und unsere Kritik richtete sich dagegen, daß das Ministerium primär selbst diese Aufgaben übernehmen hätte sollen, weil die Gründung von außerhalb der Ministerien liegenden Instituten oder Einrichtungen eigentlich nur dazu dient, die so hochgejubelte Transparenz zu verhindern. Eine Transparenz, die vor allem dadurch nicht gegeben ist, daß die Ausschreibung der leitenden Stellen und des Geschäftsführers dieses Institutes nicht vorgesehen ist; darauf ist schon hingewiesen worden.

Meine Damen und Herren! Es liegt dem Hohen Hause bereits der Entwurf für ein Ausschreibungsgesetz vor, das vorsieht, daß die leitenden Stellen in der Verwaltung in Hinblick ausgeschrieben werden sollen, und zwar öffentlich ausgeschrieben werden sollen. — Ein Gesetz, über das wir noch sehr viel diskutieren werden, weil es unserer Meinung nach viel zu ungenügend und unvollständig ist.

Die beste Methode aber, ein derartiges Ausschreibungsgesetz nicht wirksam werden zu lassen, ist die Schaffung von neben den Ministerien bestehenden Organen, Körperschaften, Vereinen, Instituten, oder wie immer man das nennen will, um dann diese Institute — auch der Transparenz hohnsprechend — mit Leuten zu besetzen, die eben nach dem eigenen Geschmack sind. Das ist das eine!

Zum anderen ergibt sich aus dieser Tatsache eine — und auch das haben wir immer wieder aufgezeigt — Aushöhlung der Ministerverantwortlichkeit.

Der zweite Kritikpunkt gegenüber dem Institut für Gesundheitswesen ist, daß dieses Institut auch für Fragen der Umwelthygiene und für Fragen des Umweltschutzes zuständig sein soll. Dagegen ist an und für sich nichts einzuwenden. Die Vorbereitung umweltpolitischer Maßnahmen durch dieses Institut für das Gesundheitsministerium ist aber für die gesamte Wirtschaftspolitik von Bedeutung. Es ist deshalb nicht einzusehen, warum in diesem Institut, und zwar im Kuratorium dieses Institutes, nicht die Vertreter der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände einen Sitz haben.

Ich bringe deswegen einen Antrag ein, der die Einbeziehung der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft, des österreichischen Arbeiterkammertages, der Präsidentenkam-

mer der Landwirtschaftskammern Österreichs, des Österreichischen Gewerkschaftsbundes und der Vereinigung österreichischer Industrieller in das Kuratorium des Bundesinstitutes für Gesundheitswesen vorsieht.

Des weiteren zielt dieser Antrag mit Rücksicht auf den Verantwortungsbereich des Geschäftsführers darauf ab, dessen Bestellung durch das Kuratorium auf Grund einer öffentlichen Ausschreibung vorzunehmen, um sicherzustellen, daß damit eine besonders qualifizierte Person betraut wird. Der Antrag lautet:

E n t s c h l i e ß u n g s a n t r a g

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung und insbesondere die Frau Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz werden ersucht, dem Nationalrat so bald wie möglich eine Regierungsvorlage einer Novelle zum Bundesgesetz über das Österreichische Bundesinstitut für Gesundheitswesen vorzulegen, mit der dieses Bundesgesetz in der Weise geändert wird, daß die in der Begründung genannten Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände mit ihren Vertretern in das Kuratorium aufgenommen werden. Weiters soll mit diesem Bundesgesetz die öffentliche Ausschreibung des Geschäftsführers angeordnet werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nachdem dieses Budgetkapitel Gesundheit und Umweltschutz und dieses Bundesministerium nun einmal Ministerium für Gesundheit und Umweltschutz heißt, möchte ich einige Gedanken zum Problemkreis des Umweltschutzes ausführen.

Das Problem des Umweltschutzes und der Umweltschädigung liegt bekanntlich darin, daß die fortschreitende Technisierung und Industrialisierung unserer Welt und die explosive Bevölkerungsvermehrung zu einem Abbau der biologischen Substanz der Natur geführt hat, zu einem Verzehr der natürlichen Reserven und damit zu einer Störung des ökonomischen und ökologischen Gleichgewichtes. Dazu einige Fakten.

In der Bundesrepublik Deutschland fallen jährlich 8 Millionen Tonnen Kohlenmonoxyd, 5 Millionen Schwefeldioxyd, 1 Million Tonnen Stickoxyde, 6 Millionen Kubikmeter Abwasser und 1 Million Tonnen Müll an. Das sind Ziffern, die man in der Bundesrepublik ziemlich exakt errechnet hat, etwas, was bei uns bis dato noch nicht möglich war.

Ein weiteres Problem ist, daß sich daraus ergibt, daß man ganz einfach zu spät erkannt hat, daß auch die Natur ein knappes Gut ist, das entsprechend bewirtschaftet werden muß. *(Zwischenruf des Abg. Ing. Scheiben-*

9354

Nationalrat XIII. GP — 95. Sitzung — 17. Dezember 1973

Dr. Pelikan

gr a f.) Und so gesehen, bewahrheitet sich das Gesetz von Robert Malthus, Herr Kollege Scheibengraf, aber in einer anderen Hinsicht: Nicht verhungern werden die Menschen, sondern sie werden, wenn sie nicht rasch ausreichende Maßnahmen ergreifen, in ihrem eigenen Müll und Unrat ersticken.

Vielfach wurde — nicht zuletzt auch vom Herrn Bundeskanzler — bezüglich des sogenannten Verursacherprinzips, die Ansicht vertreten, daß die Kostenzurechnung der Umweltschutzkosten dort vorzunehmen sei, wo diese Kosten eben anfallen. Die Frage, die sich dabei erhebt, die berechtigte Frage, ist: Wie stellt sich die Frau Bundesminister zu diesem Verursacherprinzip? Wir haben wechselhafte Äußerungen des Herrn Bundeskanzlers dazu gehört, zuletzt in Alpbach, aber die Frau Bundesminister hat sich bis dato dazu noch nicht geäußert. Auf jeden Fall glaube ich, daß in der Diskussion um das Verursacherprinzip allzu viele Oberflächlichkeiten mitspielen. Denn das Verursacherprinzip ist jedenfalls keine Methode, für die der bekannte Spruch gelten kann: „Wasch mir den Pelz und mach mich nicht naß.“ Auch nicht die seinerzeitige Beschwörung des heiligen Florian: „Verschone mein Haus und zünd das des Nachbarn an.“ Was ich damit ausdrücken möchte ist nichts anderes, als daß das Verursacherprinzip in Wirklichkeit alle trifft, jeden Staatsbürger, den Produzenten genauso wie den Konsumenten. Es wäre vollkommen irrig, nur eine Gruppe einseitig damit belasten zu wollen.

Ich möchte deshalb dieses Problem in einen etwas größeren ökonomischen Zusammenhang stellen.

Die Umweltproblematik des 20. Jahrhunderts ist zu vergleichen mit der Problematik der Arbeit im 19. Jahrhundert. So wie damals die Arbeitskraft nicht richtig bewertet wurde, wird heute die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung durch die Nichtbewertung der Umweltschutzkosten verfälscht. Dozent Dr. Hofmann aus Linz hat dies anlässlich der Umweltschutztagung in Bad Ischl im September 1971 treffend ausgeführt.

Die OECD, meine Damen und Herren, schätzt die Umweltschutzkosten für Österreich in Höhe von 5 bis 6 Prozent des Bruttonationalproduktes, das wären rund 20 Milliarden Schilling. Es ist vollkommen unreal zu glauben, daß unsere Volkswirtschaft diesen Betrag auf einmal aufbringen kann. Aber auch wenn es nur 10 Milliarden sind oder nur 1 Milliarde, wird es schwierig sein und wird dies nicht auf einmal gehen, das ist klar. Aber im Vergleich zu diesen Summen, meine Damen und Herren, nimmt sich der Budgetansatz von 0,045 Prozent des gesamten Ausgabenrahmens wirklich läppisch aus.

Eines wird daraus aber klar: Ohne Wirtschaftswachstum werden wir das Problem des Umweltschutzes nicht lösen können. Deshalb möchte ich hier mit aller Deutlichkeit denjenigen entgegentreten, die aus Gründen der Umwelthygiene das sogenannte Nullwachstum propagieren und damit glauben, das Patentrezept zur Lösung dieser Probleme gefunden zu haben. Ich glaube vielmehr, daß jene Leute, die sich im sogenannten Club of Rome unter der Führung des amerikanischen Professors Meadows zusammengefunden haben, wider besseres Wissen die Faulheit als Ideologie propagieren! Die Thesen von Meadows sind zum Glück inzwischen mehrfach widerlegt worden, unter anderem deswegen, weil es erstens gelingen wird, und das hoffen wir alle, neue Technologien zur Lösung der Umweltproblematik zu finden, und zweitens, weil ja auch die Energiereserven der Welt falsch eingeschätzt werden. Denn es ist nicht wahr, daß wir nur auf Erdöl als einer der wichtigsten Energiequellen angewiesen sind. Wenn man nämlich weiß, daß es 40mal mehr Kohle auf der Welt gibt als Erdöl, dann erscheint auch die Energiekrise in einem vollkommen neuen Licht. Dann wird einem auch klar, daß es weniger Hunger, Armut und Arbeitslosigkeit auf der Welt geben müßte, wenn man sich rechtzeitig mehr auf diesen Energieträger umgestellt hätte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, daß es auf dem wichtigen Gebiet des Umweltschutzes zu einem Umdenken in allen Bereichen kommen muß: in der Bevölkerung, beim Konsumenten wie auch beim Produzenten. Der Konsument wird einsehen müssen, daß sein Wohlstandsmüll eine Belastung für die Allgemeinheit darstellt und daß er selbst einiges dazu beitragen kann, diese Belastungen in Grenzen zu halten. Der Produzent auf der anderen Seite wird sich darauf einstellen müssen, daß der maximale Ausstoß Hand in Hand mit minimaler Verschmutzung gehen muß und daß er im verstärkten Maße darangehen sollte, die anfallenden Abfallprodukte wieder zu verwerten: das sogenannte Recycling, indem die Abfallprodukte der Produktion wieder in den Produktionsablauf eingebaut werden, eine sogenannte Kreislaufwirtschaft also. Das ist an und für sich nichts Neues. 1864, als der Siemens-Martin-Ofen sein Debüt feierte, konnte zum ersten Mal der bisher wertlose Schrott wieder zu Eisen und Stahl verarbeitet werden. Seit 1861 wird das bei der Salzgewinnung anfallende Kali jährlich zu 30 Millionen Tonnen hochwertigem Düngemittel verarbeitet, und der Chlorwasserstoff, der bei der Sodaerzeugung nach dem Le-Blanc-Verfahren anfällt, wird in Chlorkali umgewandelt, das als Bleichmittel für die Textilindustrie dient.

Dr. Pelikan

Dies nur einige Beispiele zur Illustration dessen, was ich vorhin gesagt habe.

Aber auch in jüngster Zeit gibt es eine Reihe von Beispielen, es gibt eine Reihe von Betrieben, die sich dieses wichtige Kriterium zunutze gemacht haben, sei es in Form von Müllverbrennungsanlagen und Rückgewinnung dieses Mülls als Energieträger oder sei es auch bei Abwasserreinigung in der Papierindustrie.

Die Frage, die ich nun an die Frau Bundesminister aber stellen möchte, ist: Wie fördert die Regierung die Forschung auf diesem Gebiet? Was gibt sie für die Forschung im Umweltschutzsektor aus? Der Betrag von 1,5 Millionen Schilling, der hierfür vorgesehen ist, nimmt sich wohl mehr als bescheiden aus. Und nicht einmal das in der Forschungskonzeption des Wissenschaftsministeriums enthaltene steuerpolitische Programm zur Lösung oder zur Erleichterung dieses Problems, zur Erleichterung von Umweltschutzinvestitionen unter anderem, ist bis jetzt verwirklicht worden. Die vorzeitige Abschreibung für Investitionen ist immer nur möglich, wenn die Investition ausschließlich dem Umweltschutz dient, nicht jedoch, wenn Nebeneffekte, die für die Produktion erleichternd wirken können, also wieder die Rückgewinnung des Abfalls zum Beispiel, damit erzielt werden. Warum ist auf diesem Gebiet, Frau Bundesminister, noch nichts geschehen? Es ist unbegreiflich, warum in Anbetracht der Größe dieses Problems hier so engstirnige fiskalische Überlegungen ein Hindernis bilden.

Die Frage der Kompetenzen auf dem Gebiet des Umweltschutzes ist bereits erwähnt worden. Wir werden ja immer wieder konfrontiert mit der Tatsache, daß, wenn eine Initiative ergriffen werden soll, man sich hinter Kompetenzschwierigkeiten verschanzt. Wir lehnen es aber ganz entschieden ab, daß man den Ländern ständig den Schwarzen Peter zuschiebt.

Eine gewisse Ausführungsgesetzgebung durch den Bund und eine Vereinheitlichung derselben ist durchaus zu begrüßen. Ein Wegfall der Länderkompetenz aber ist abzulehnen, aus zwei Gründen: Zum einen widerspricht dies dem Grundsatz der Unmittelbarkeit der Verwaltung, denn nur der örtliche Verwaltungsbeamte weiß um die Probleme der einzelnen Region, und zum anderen möchte ich darauf verweisen, daß zum Beispiel in der steiermärkischen Landesregierung, und das ist ein Beispiel, das sicher für alle gelten kann, Experten seit Jahren, man kann fast sagen seit Jahrzehnten an dieser Problematik arbeiten, und es wäre nicht richtig, wenn man durch Streichung der Länderkompetenz diese

Beamten ihrer Tätigkeit, die sie durch Jahre hindurch im Sinne der Allgemeinheit geleistet haben, berauben würde.

Ich fasse zusammen, meine sehr geehrten Damen und Herren: Die umfassende Umweltsanierung ist eine Gemeinschaftsaufgabe aller Staatsbürger. Ein Gesetz allein wird den Ausweg daraus nicht weisen können. Der Ausweg kann nur in einer Umweltplanung und in der Erzeugung einer Umweltgesinnung gefunden werden.

Hier erlaube ich mir eine konkrete Anregung dazu, Frau Bundesminister: Erklären Sie zum Beispiel jeden ersten Sonntag im Monat zu einem Tag des Umweltschutzes, an dem jeder Österreicher einen aktiven Beitrag zum Umweltschutz leisten soll, an dem er nicht mit seinem Fetisch Auto in den nächsten Wald oder zum nächsten Bach fährt, um dort einen Ölwechsel vorzunehmen, sondern an dem er aktiv etwas tut, um das Problem Umweltschutz lösen zu helfen, um die Umweltschutzgesinnung verbreitern zu helfen, damit wir alle dieses Problem in der Zukunft meistern werden können. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Schieben Sie aber nicht der Bevölkerung den Schwarzen Peter zu, sondern tun Sie selbst etwas! Denn mit einer Ausgabenwirtschaft, die keine sachlichen Prioritäten kennt, wird dieses Problem nicht gelöst werden können. Aber diese Regierung gleicht einem Korken, der willig tanzt, wohin ihn die Wellen treiben. — Das ist das Schlimmste, was diesem Staat passieren kann. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Dr. Maleta: Der Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Pelikan und Genossen, den der Redner verlesen hat, ist genügend unterstützt und steht daher mit in Verhandlung.

Zum Wort gemeldet hat sich die Frau Bundesminister Dr. Leodolter. Ich erteile es ihr.

Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz Dr. Ingrid Leodolter: Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Aus Anlaß der bevorstehenden Verabschiedung des Budgetkapitels Gesundheit und Umweltschutz möchte ich Ihnen anders als mit bloßen Zahlen vor Augen führen, welche umfassenden Bemühungen mein Ressort für ein System der Gesundheitssicherung und für einen effizienten Umweltschutz unternommen hat.

Zunächst möchte ich aber doch festhalten, daß allein das Gesundheitsbudget in den Jahren der sozialistischen Alleinregierung eine Steigerung um 150 Prozent erfahren hat. *(Beifall bei der SPÖ.)*

9356

Nationalrat XIII. GP — 95. Sitzung — 17. Dezember 1973

Bundesminister Dr. Ingrid Leodolter

Was mir weiters wesentlicher erscheint, ist, daß es im großen Maße gelungen ist, Sozialversicherung, Ärzteschaft und Gesundheitsverwaltung zu konzertierten Aktionen aufzurufen.

Das Ziel, das ich mir vor zwei Jahren bei Übernahme des Gesundheits- und Umweltschutz-Ressorts gesteckt habe, war, einen Bogen gesundheitspolitischer Maßnahmen über die Bevölkerung Österreichs zu spannen, Maßnahmen, die sich von noch nicht geborenen bis zum alten Menschen erstrecken sollen. Viele dieser Maßnahmen konnten wir inzwischen verwirklichen, wie zum Beispiel den Mutter-Kind-Paß, die Kleinkinduntersuchungen, die Schulkinduntersuchungen, die Untersuchungen bei Jugendlichen; die Vorsorgeuntersuchungen der Erwachsenen stehen bevor.

Lücken gibt es noch, zum Beispiel wird ein spezielles Programm für die alten Menschen, die zwar in ärztlicher Behandlung stehen, denen aber in gesundheitspolitischer Hinsicht besondere Beachtung geschenkt werden muß, ausgearbeitet.

Mit dem Mutter-Kind-Paß können wir den Kampf gegen die Säuglingssterblichkeit, die Krankheitshäufigkeit der Mütter und die Krankheitshäufigkeit der Kinder sehr entscheidend beeinflussen. Für die Vorschulkinder sind im Mutter-Kind-Paß zusätzlich sieben programmierte Untersuchungen vorgesehen, deren Durchführung derzeit der Mutter und dem Kind finanziell noch nicht honoriert wird. Die Eintragungen werden von den Gesundheitsbehörden sehr empfohlen, besonders die Untersuchung in der sechsten Lebenswoche des Kindes ist wichtig und daher wünschenswert.

Die Schuluntersuchungsbögen sind vom Gesundheitsministerium in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft für Vorsorgemedizin ausgearbeitet worden. Die Bögen wurden dann vom Gesundheitsressort in ganz Österreich verteilt; in den einzelnen Bundesländern wird im unterschiedlichen Ausmaß danach gearbeitet.

Die Jugendlichenuntersuchungen werden gemäß dem ASVG weiter ausgebaut, sodaß auch die nicht im Arbeitsverhältnis stehenden Jugendlichen untersucht werden können.

Die Vorsorgeuntersuchungen werden ab 1974 wieder nach einem gemeinsam erarbeiteten und gut ausgewogenen Programm durchgeführt werden; wieder hat die Arbeitsgemeinschaft für Vorsorgemedizin, die Ärztekammer, der Hauptverband der Sozialversicherungsträger und mein Ressort die Grund-

lagen dafür erarbeitet. Hier, Frau Dr. Hubinek und Herr Primarius Wiesinger, ist das Programm der Vorarlberger Vorsorgeuntersuchungen miteinbezogen, unser Programm geht aber weiter als das Programm aus Vorarlberg. Die Übernahme eines Programms, das in einzelnen Bundesländern der Bundesrepublik durchgeführt wird, ist nicht das, was wir wollten, sondern wir wollten, um alle Zweigleisigkeiten zu vermeiden, in einem nicht zu großen Programm, damit es eben durchführbar ist, alle Untersuchungen machen, die wir für nötig erachten, um eine Aussage tun zu können. Es werden Frauen ab dem 30. Lebensjahr und Männer ab dem 45. Lebensjahr diese Untersuchungen in Anspruch nehmen können. Das Bundesministerium wird sich mit einem Drittel an den Kosten beteiligen, also bis zu 100 Millionen Schilling. Alle Vermutungen, die in eine Richtung gehen, daß wir hier irgend etwas beabsichtigen, was nicht mit dem zusammenhängt, was ich Ihnen gleich sagen werde, sind irrig, denn wir machen die Beteiligung des Gesundheitsressorts davon abhängig, daß auch Nichtversicherte untersucht werden sollen. Das ist eine Errungenschaft, die es bisher noch nicht gegeben hat und die besonders dem ländlichen Raum und den sozial unterprivilegierten Schichten sehr zugute kommen wird (*Beifall bei der SPÖ*), eine Maßnahme, die zutiefst den Grundsätzen der Demokratie entspricht, nämlich der Gleichheit aller Staatsbürger. Das gleiche wird beim Gesundheitspaß der Fall sein.

Zweitens, sie ist an die Bedingung gebunden, daß auch Risikofaktoren erfaßt werden sollen, ein Programm, das über die Aufgaben des ASVG hinausgeht.

Und drittens: Die Auswertung der Ergebnisse dieser Untersuchungen nach modernen EDV-Methoden für weitere gesundheitspolitische Aktionen ist unerlässlich; daher muß sie auch finanziert werden.

Die Vorsorgeuntersuchungen bei der Projektstudie wurden zuletzt übrigens von 25 Prozent der Eingeladenen beansprucht, während anfangs nur 10 Prozent dieser Einladung gefolgt sind. Wir führen diesen Erfolg auf die Veröffentlichung der Zwischenergebnisse zurück, wonach 17 Karzinome in einem Frühstadium gefunden werden konnten und somit eine fast 100prozentige Heilung zu verzeichnen war. So ist eigentlich der von mir gedachte Bogen der Gesundheitsvorsorge fast erfüllt.

Ein weiterer Schwerpunkt des Gesundheitsplans — es wurde heute oft darauf hingewiesen — und nun unser größtes Anliegen bei der Versorgung der Kranken ist die Verbesserung des Krankenhauswesens. Wir ha-

Bundesminister Dr. Ingrid Leodolter

ben im Bundesinstitut für Gesundheitswesen die Bedarfsplanung bis 1980 für ganz Österreich erstellt, sie in der ersten Fassung des Bundeskrankenanstaltenplanes vorgelegt und den Ländern als Diskussionsgrundlage übermittelt. Diese Bedarfsplanung wurde auf Grund der Kriterien, die das Bundesministerium in der 2. Novelle zum Krankenanstaltengesetz festgelegt hat, erarbeitet.

Die parlamentarische Behandlung dieser Novelle im Gesundheitsausschuß wurde noch nicht abgeschlossen, weil sich die Spitalserhalter, insbesondere die Länder, außerstande sahen, eventuelle zusätzliche Aufwendungen zur Verbesserung der Krankenanstalten aufzubringen. Dabei muß aber deutlich hervorgehoben werden, daß es im Jahr 1973 seit Bestehen der Zweiten Republik zum ersten Mal einen Bundeszuschuß für die Krankenhausinvestitionen gegeben hat; der Bund hat hier eine Viertel Milliarde Schilling investiert. *(Beifall bei der SPÖ.)* Das Geld ist übrigens bereits ausgegeben. Und ein gleich hoher Betrag ist auch für 1974 budgetiert.

Das Gesundheitsministerium hat alles unternommen, um zusätzliche Mittel für den Betrieb der Krankenanstalten zu erhalten. Im Stabilisierungsbudget 1974 ist ein weiterer Betrag von 400 Millionen Schilling für den Normkostenzuschuß für die Krankenanstalten vorgesehen. Es ist anzunehmen — die Berechnungen sind jetzt gerade im Gang —, daß die Finanzierung der Krankenanstalten im Frühjahr zwischen Bund und Ländern einvernehmlich geregelt werden wird und daß so eine solide finanzielle Basis der Krankenhäuser für den Betrieb und den Ausbau geschaffen werden wird. Mit dem Beschluß der Krankenanstaltengesetz-Novelle und dem Finanzierungskonzept wird somit auf diesem Sektor der Gesundheitspolitik ein besonders positiver Akzent gesetzt werden.

Dieses Gesetz wird in seiner Auswirkung noch viel weitergehend sein, als es die Krankenpflegegesetz-Novelle war, die heuer im Frühjahr im Hohen Haus beschlossen wurde und die trotz des seinerzeitigen Pessimismus von mancher Seite als absolut großer Erfolg gewertet werden muß. *(Beifall bei der SPÖ.)*

In Wien, Herr Abgeordneter Dr. Wiesinger, war wirklich ein Drittel der Krankenpflegeschulen leer, und wir mußten zusätzliche Klassen installieren, weil wir die Schüler überhaupt nicht untergebracht haben, ja wir mußten eine neue Schule ins Leben rufen. *(Abg. Dr. Wiesinger: Und in den Bundesländern? — Weitere Zwischenrufe.)*

Meine Damen und Herren! Sicher sind noch Projekte offen, die ich mir vorgenommen hatte; so das Selbstmordverhütungsinstitut. Hier ist die Realisierung schon in Aussicht. Inzwischen wurde aber eine vielleicht in der Öffentlichkeit zu wenig bekannte Aktion gegen Vergiftungen — eine häufige Selbstmordart — durch die Vergiftungsinformationszentrale an der I. Medizinischen Klinik in Wien geschaffen. Sie wurde vom Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz dotiert. Es ist übrigens die erste ihrer Art, und sie wird dem gesamten Bundesgebiet zur Verfügung stehen.

Als Schwerpunkte im nächsten Jahr werden eine Reihe weiterer gesundheitspolitischer Maßnahmen folgen, die unsere im Jahr 1973 begonnenen Vorhaben weiter ausbauen sollen. Vier Neonatologie-Intensivzentren in Österreich zur Senkung der Säuglingssterblichkeit sind im nächsten Jahr vorgesehen, nachdem die Ausstattung von geburtshilflichen und Neugeborenen-Stationen in den Krankenhäusern in ganz Österreich von meinem Ressort schon in diesem Jahr durch 20 Millionen Schilling gefördert wurde.

Der weitere Ausbau des Ärztekundendienstes, heuer mit 5,8 Millionen Schilling gefördert, ist im Zuge, was eine allmähliche Entspannung beim Landärzteproblem bringt. Ebenso ist der Ausbau der Dialysestationen, die der Behandlung mit der künstlichen Niere dienen, vorgesehen. Die Betriebskosten, die uns heute große Schwierigkeiten machen, werden mit den Normkostenzuschüssen zu regeln sein.

20 Gesetzesmaterien wurden heuer vorbereitet, acht davon wurden vom Parlament beschlossen, vier befinden sich noch in parlamentarischer Beratung. Für das nächste Jahr sind davon als wichtige Materien beispielsweise vorgesehen: das Tierärztegesetz, eine Novelle zum Ärztegesetz, um die Partnerschaft von Senior- und Juniorpartnern, Lehrpraxen und Praxisgemeinschaften zu ermöglichen.

Anfang des Jahres hat die Maul- und Klauenseuche die Bevölkerung in Ostösterreich, besonders aber die Bauernschaft stark in Mitleidenschaft gezogen. Die Seuche konnte schließlich durch die aufopfernden Bemühungen aller beherrscht werden. Allen Beteiligten gebührt unser Dank. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wir haben aus diesem Seuchenzug die Lehre gezogen und haben eine der modernsten Regelungen zur Bekämpfung der Tierseuchen vorbereitet, die bereits bei Verdacht auf die epidemischen Krankheiten umfangreiche Sperrmaßnahmen ermöglicht und in ausreichendem Maße die wirtschaftliche Entschädigung der unschuldig Betroffenen vorsieht.

Bundesminister Dr. Ingrid Leodolter

Auf dem Sektor des Umweltschutzes wurden bisher vielleicht etwas weniger spektakuläre, dafür aber sehr wichtige, grundlegende Arbeiten vorgenommen, die dem Koordinierungsauftrag des Bundesministeriums entsprechen. Es wurden gleiche Meßgeräte, gleiche Meßmethoden für Lärm und Schadstoffe in der Luft erarbeitet, den Bundesländern Meßgeräte und Alarmwagen zur Verfügung gestellt und in kooperativer Arbeit mit den Bundesländern auch gerade auf diesem Gebiet eine sehr gute Arbeit geleistet. Als erstes haben wir mangels gesetzlicher Handhaben verbindliche Richtlinien für die Lärmbegrenzung mit den Ländern, den Interessensvertretungen und den betroffenen Ministerien erarbeitet und den verantwortlichen Behörden zur Verfügung gestellt.

Eine weitere immissionsbezogene Schadstoffbegrenzung für Staub, Schwefeldioxid ist eben in Absprache. Wir haben die Richtlinien, die wir damals erarbeitet haben, schon dem Österreichischen Normungsinstitut gegeben, und es werden jetzt gerade daraus verbindliche Normen auf den Sektoren der Luftmeßtechnik, der Wassergüte, der Wasseraufbereitung, der Gas- und Wasseranalyse und so weiter erarbeitet. Diese Normen sind teilweise schon im Ministerium vorhanden und können jederzeit eingesehen werden.

Was die Behandlung von Süchtigen betrifft, die Herr Primarius Scrinzi angezogen hat: Wir sind eben dabei, gemeinsam mit dem Bundesministerium für Justiz ein Gesetz über Anhaltebestimmungen für psychisch gestörte Personen zu schaffen. Wir haben eine Enquete darüber abgeführt; wir sind also auf diesem Gebiet tätig gewesen.

Wir haben weiters die Frage des Bundesinstitutes behandelt. Dieses hat an der Ausarbeitung des Bundeskrankenanstaltenplanes einen großen Anteil gehabt. Das Bundesinstitut arbeitet an der Erfassung von Personen, die im Gesundheitswesen tätig sind, insbesondere an einer Ärztedarfstudie, an weiteren Bedarfstudien für die übrigen Beschäftigtengruppen im Gesundheitswesen, wie den Krankenschwestern. Das Bundesinstitut war bei der Vorsorgeuntersuchung besonders aktiv, es arbeitet sonst in der Organisation, bei der Aus- und Fortbildung von Personen, die im Dienste der Volksgesundheit tätig sind, mit, es beschäftigt sich mit einer Abfallbeseitigungsstudie für Österreich, es arbeitet an einer Umweltschutzrahmenplanung für das Gebiet Aichfeld-Murboden.

Sehr geehrte Abgeordnete! Es ist selbstverständlich, daß die Leiterstelle ausgeschrieben wird. Das Bundesinstitut für Gesundheits-

wesen steht selbstverständlich unter parlamentarischer Kontrolle, denn es kann ja über den Rechnungshof jederzeit Einsicht genommen werden. (*Präsident Probst übernimmt den Vorsitz.*)

Meine Damen und Herren! Das neu geschaffene Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz hat in den ersten zwei Jahren seiner Tätigkeit die Gesundheitspolitik Österreichs sicherlich einen wesentlichen Schritt weiter gebracht und einige grundsätzliche neue Akzente gesetzt. Ich möchte daher die Gelegenheit wahrnehmen, allen Mitarbeitern und allen denen, die mit ihren Bestrebungen das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz initiativ unterstützt haben, von dieser Stelle aus zu danken. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Vielleicht noch ein Wort zum Bedarfsplan für das Jahr 1980, Herr Primarius Scrinzi. Von den Betten, die bis 1980 in der Ziel- und Rahmenplanung vorgesehen sind, sind nicht alle Akutbetten, es sind nur 5000 Akutbetten, und 6000 Langzeitbetten.

Die Entschließung vom März 1972 richtet sich nicht an mich, sondern an den Herrn Bundeskanzler. Es ist natürlich für mich sehr wichtig, an der Vorberatung dieses Berichtes beteiligt zu sein. Das interministerielle Komitee, das dem Bundesministerium zur Verfügung steht, hat sich in seinen Sitzungen mit diesem Problem sehr intensiv beschäftigt.

Wenn Sie, Herr Abgeordneter, den Zwischenbericht vom Dezember 1972 genau gelesen haben, dann wissen Sie auch, wie komplex die Arbeit zur Beantwortung dieser Entschließung ist. Wir sind mit dem Sammeln von Rechtsvorschriften fertig; es gibt da über 200 Rechtsvorschriften. Aber in der kritischen Phase der wertenden Beurteilung sind wir besonders auf die Mitwirkung der sachzuständigen Behörden des Bundes, der Länder und der Gemeinden angewiesen.

Ohne über Entwicklungen außerhalb meines Bereiches verbindliche Prognosen stellen zu wollen, ist anzunehmen, daß die Antwort des Herrn Bundeskanzlers im nächsten Jahr dem Hohen Haus zugehen wird. Das hat im übrigen auch er — wenn ich mich recht erinnere — anlässlich der Behandlung seines Budgets erklärt.

Was die Behandlung von Strahlenunfällen anlangt, so arbeitet das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz derzeit ein Atomwarnsystem aus. Es werden verschiedene Geräte erprobt, und die Zentrale dafür werden unser Bundesministerium und das Bundesministerium für Inneres sein.

Bundesminister Dr. Ingrid Leodolter

Was den Abfallbeseitigungsfonds betrifft, so wurden bei den Finanzausgleichsverhandlungen 50 Millionen Schilling den Ländern und 50 Millionen Schilling den Gemeinden zweckgebunden für die Abfallbeseitigung zur Verfügung gestellt. Ich möchte aber nicht sagen, daß die Initiativen meines Ressorts auf diesem Gebiet aufhören werden, sondern wir sind vielmehr mit dem Herrn Finanzminister in einem sehr gedeihlichen Gespräch. Wir werden trachten, auf diesem Gebiet doch noch eine gedeihliche Lösung zu finden.

Über den Schutz der biologischen Umwelt, Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Hanreich, werden wir im Frühjahr des nächsten Jahres eine Enquete abhalten, wie wir überhaupt in diesem Jahr ja sehr wesentliche Aufklärungsarbeit getan haben. Wir werden bei dieser Enquete gerade das Problem der gesunden Umwelt, des ökologischen Gleichgewichtes, der gesunden Ernährung in den Mittelpunkt unserer Beratungen stellen.

Meine Damen und Herren! Noch ein Wort, was meine Auseinandersetzung mit der „Wochenpresse“ betrifft. Ich möchte dazu feststellen:

Die „Wochenpresse“ hat mich falsch zitiert, und ich habe daraufhin unverzüglich eine schriftliche Richtigstellung übermittelt. Da diese Richtigstellung zwar veröffentlicht, die falsche Zitierung aber wiederholt wurde, habe ich meinen Rechtsanwalt beauftragt, gerichtliche Schritte zu unternehmen. Dies ist in der Zwischenzeit geschehen. Die Klage ist beim Strafbezirksgericht Wien eingelangt und trägt den Eingangsstempel vom 17. Dezember 1973. (*Abg. Dr. Marga Hubinek: Heute erst! — Abg. Dr. Tull: Na und! — Abg. Dr. Koren: Feststellen wird man das doch noch können!*) Ich habe dieser nunmehr bei Gericht anhängigen Angelegenheit nichts weiter hinzuzufügen. (*Lebhafter Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident **Probst**: Der nächste Redner ist Herr Abgeordneter Breiteneder. Er hat das Wort.

Abgeordneter **Breiteneder** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine verehrten Damen und Herren! (*Abg. Dr. Tull zur ÖVP: Sie wollten wissen, wann das eingebracht wurde! Jetzt wissen Sie es! Was wollen Sie denn? — Abg. Dr. Kohlmaier: Wozu die Aufregung? — Weitere Zwischenrufe.*) Ich glaube, wir würden der Gesundheit den besten Dienst erweisen, wenn wir uns etwas ruhig verhielten.

Seit 1. Februar 1972, seit fast zwei Jahren, haben wir in Österreich ein Ministerium für Gesundheit und Umweltschutz.

Als Ressortminister wurden Sie, verehrte Frau Minister, berufen, wahrlich eine hohe Auszeichnung für eine Frau. Das ist auch der Grund, warum Ihnen die Opposition Toleranz und Verständnis verhältnismäßig lange Zeit entgegengebracht hat.

Zwei Jahre kostbare Zeit ist inzwischen vergangen, und ich glaube, es ist zu billig, verehrter Herr Abgeordneter Sekanina, wenn Sie hier die Vorschläge der Opposition, der Österreichischen Volkspartei, und die Bemühungen, endlich zu einer wirksamen Arbeit zu kommen, so abqualifizieren. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Frau Minister! Ihr Wirkungsbereich ist im Verhältnis zum Alter dieses Ministeriums ganz enorm, greift doch Ihre Arbeit in alle Bereiche unseres Lebens: Gesundheit, Umwelt, Leistungsfähigkeit des Volkes, aber auch Landwirtschaft und Industrie werden wesentlich von Ihnen beeinflusst.

Herr Kollege Sekanina glaubte, hier der Sache auf den Grund zu gehen. Ich meine aber, das war vielmehr eine Aufzählung der Leistungen der Vergangenheit.

Das Ministerium für Gesundheit und Umweltschutz ist ein ganz junges Ministerium, wir sollten uns daher mit seinen Aufgaben und den Erwartungen, die wir in dieses Ministerium gesetzt haben, befassen.

Meine verehrten Damen und Herren! Die Frau Bundesminister hat am 25. Juni 1973 in der Donauparkhalle einen sehr eindrucksvollen Umwelttag abgehalten, wo auch sehr namhafte Experten referierten. Es wurden damals folgende Fragen behandelt: Umweltschutz aus europäischer Sicht, Rechtsfragen des Umweltschutzes, Lärmschutz, Luftreinhaltung, Gewässerschutz, Müllbeseitigung und Raumplanung.

Der Eindruck, der damals entstand, war sehr wirkungsvoll. Sie selbst, Frau Bundesminister, haben damals drei Gedanken in den Mittelpunkt gestellt:

Erstens geht es darum, den Gedanken des Umweltschutzes in aller Öffentlichkeit in Erinnerung zu rufen. Das ist Ihnen, wie ich glaube, weitestgehend gelungen. Ich sage ganz offen: Es ist notwendig, daß wir alle Bevölkerungskreise mit diesem Problem vertraut machen. Allerdings bin ich der Meinung, daß man sich da weitestgehend einer Sprache bedienen muß, die auch von der breiten Masse der Bevölkerung verstanden wird.

Der zweite Punkt, Frau Bundesminister: Der Tag sollte eine Möglichkeit der Rückschau bieten, eine Rückschau auf das, was dieses

9360

Nationalrat XIII. GP — 95. Sitzung — 17. Dezember 1973

Breiteneder

Ministerium in seiner eineinhalbjährigen Bestandszeit geleistet hat.

Der dritte Punkt war eine Vorschau, die aufzeigen sollte, wie in Zukunft die Fragen des Umweltschutzes vom Standpunkt des Ministeriums aus gelöst werden könnten.

Ich möchte Sie, Frau Bundesminister, fragen, wieweit Sie bis heute Ihren damaligen eigenen Vorstellungen Rechnung getragen haben.

Ich glaube, eine sehr wesentliche Frage — das hat auch den damaligen Umwelttag beherrscht — bildete die Rechts- und die Kompetenzfrage. Ich stelle fest, daß dies die Voraussetzung dafür wäre, daß endlich einmal mit der Arbeit wirksam begonnen werden könnte. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich habe den Eindruck, daß die Bundesländer bereits auf der Überholspur sind und nicht abwarten können, bis wirklich wirkungsvolle Vorschläge von Ihrem Ministerium ausgehen. Es wäre höchste Zeit, daß endlich einmal festgestellt wird, wer für was zuständig ist, damit endlich die einzelnen Länder, Gemeinden oder der Bund selbst zu arbeiten beginnen können.

Die Aufklärung der Bevölkerung ist notwendig. Es ist sicherlich richtig, daß hier ein Umdenken einsetzen muß. Es ist auch notwendig, daß wir uns mit den alten Menschen beschäftigen. Ich darf hier an die gestrige Fernsehsendung erinnern, die wirklich, glaube ich, auf die breite Öffentlichkeit einen großen Eindruck gemacht hat. Das hat gezeigt, wie krank eigentlich unsere moderne Gesellschaft derzeit ist.

Es ist allerdings auch ein ganz beachtlicher Gesinnungswandel eingetreten, und ich bin es meinem Berufsstand, nämlich dem Bauernstand schuldig, daß ich hier die großen Leistungen dieses Berufsstandes aufzeige, die dieser für eine gesunde Umwelt bereits erbracht hat.

Meine Verehrten! Wenn wir uns vor Augen halten, daß wir ungefähr insgesamt 11,34 Milliarden Hektar Grund auf dieser Welt zur Verfügung haben, dann muß ich eine etwas negative Bilanz aufzeigen, wie verschwenderisch diese Gesellschaft bereits an die Arbeit gegangen ist. Betrug 1882 die Waldfläche noch 5,2 Milliarden Hektar, so betrug 1952 die Waldfläche nur mehr 3,3 Milliarden Hektar, also ein Verlust von 1,9 Milliarden Hektar oder 36,8 Prozent.

Die Wüste oder das Wüstenland hat sich inzwischen anders verändert. 1882 waren es 1,1 Milliarden Hektar, und 1952 haben wir bereits ein Wüstenland von 2,6 Milliarden

Hektar oder um 140,6 Prozent mehr. Das, meine Verehrten, Hohes Haus, soll uns sehr zu denken geben.

Allerdings hat sich die Baufläche oder die verbaute Fläche um 85 Prozent vermehrt. Es ist notwendig auf Grund der Bevölkerungszunahme. Auch Weideland ist um 41,9 Prozent gestiegen, aber summa summarum nimmt die Nutzfläche ab.

Nun, meine Verehrten, hat sich auch in Europa ein großer Wandel vollzogen. Sie können sich alle erinnern, wie noch vor wenigen Jahren der bäuerliche Berufsstand nur von ökonomischer Sicht betrachtet wurde. Selbst ein Mansholt, aus dem inzwischen aus einem Saulus ein Paulus geworden ist, hat ein gigantisches Bauernsterben in Europa ausgelöst. Er hat damals gesagt: In Europa sind etwa 5 bis 6 Millionen Bauern zuviel.

Derselbe Mansholt, der ehemalige Vizepräsident, ist längst zu jenen Menschen übergegangen, die immer schon auf die gefährliche Entwicklung aufmerksam gemacht haben. Heute sagt er: Niemand mehr soll die Landwirtschaft verlassen, sondern wir haben allen Grund, dafür zu sorgen, daß jedes Hektar Grund, gleich ob Wald oder Wiese oder Ackerland, nicht nur von ökonomischer Sicht aus betrachtet bearbeitet wird, sondern daß die Fruchtbarkeit des Bodens erhalten bleibt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Verehrten! Nur einige Beispiele. Ein Grünland, Dauergrünland, erhält die Fruchtbarkeit über 82.000 Jahre aufrecht, während die Monokultur — ich darf Sie an die Entwicklung vor etwa 2000 Jahren erinnern, wo die römischen Latifundien aus fruchtbarem Ackerland eine Wüste in Afrika gemacht haben — bereits nach wenigen Jahren — der Durchschnitt sind 18 Jahre — unfruchtbar wird. Es ist daher notwendig, daß wir hier besonderen Wert darauf legen, daß ein gesunder Bauernstand die Voraussetzung auch für eine gesunde Umwelt ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine verehrten Damen und Herren! Ich war daher vergangenen Donnerstag bei der Agrardebatte entsetzt, daß es auch heute noch immer Abgeordnete von der Regierungspartei gibt, die imstande sind, der Bauernschaft die bescheidenen sozialen Leistungen im Verhältnis zu ihren erbrachten Leistungen für die gesamte Bevölkerung immer wieder vorzuwerfen. Es wäre ganz interessant, eine Rechnung anzustellen, wie hoch die Leistung der bäuerlichen Bevölkerung, errechnet auf der Basis eines durchschnittlichen Einkommens eines Angestellten, ist, wenn wir Samstag- und Sonntagarbeit berücksichtigen würden.

Breiteneder

Ich glaube, es ist daher nowendig, daß man einmal die Leistungen des bäuerlichen Berufsstandes in aller Öffentlichkeit auch entsprechend erwähnt. Es ist Gott sei Dank so, daß heute die agrarische Produktion wieder in die Richtung gelenkt wird, daß der bäuerliche Berufsstand eine Zukunft hat, weil man längst die Probleme der industrialisierten Landwirtschaft, die sich immer mehr zum Nachteil der breiten Bevölkerung herausstellt, erkannt hat und weil man auch erkannt hat, daß man die Tierhaltungen in den Großstallungen — das gehört auch zur Umweltverschmutzung dazu — nicht aufrechterhalten kann, wenn man nicht Antibiotika und andere Mittel einsetzt, die dann womöglich sogar der Gesundheit der Bevölkerung gefährlich werden können.

Daher, Frau Bundesminister, glaube ich, ist es an der Zeit, daß wir alles unternehmen, dafür zu sorgen, daß uns eine gesunde ländliche Bevölkerung erhalten bleibt und daß vor allen Dingen auch gesellschaftspolitisch alles unternommen wird, daß wir eine gesunde Gesellschaft haben, denn eine gesunde Familie ist die Voraussetzung für eine gesunde Gesellschaft, und eine gesunde Gesellschaft ist die Voraussetzung für eine gesunde Umwelt. Die bäuerliche Berufsgruppe, glaube ich, hat ihren Teil dazu beigetragen und wird auch in Zukunft alles tun, um diese Aufgabe zu erfüllen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Probst**: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Ing. Scheibengraf. Er hat das Wort.

Abgeordneter Ing. **Scheibengraf** (SPO): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich möchte zuerst darauf verweisen, daß ich auch zum Kapitel Umweltschutz sprechen will. Vorerst möchte ich dabei auf einige meiner Vorredner replizieren.

Herrn Kollegen Breiteneder möchte ich sagen: Wer für was im Umweltschutz zuständig ist, das ist heute schon bekannt. Aber hier geht es darum, eine rechtmäßige Zuständigkeit für den Bund zu schaffen. Das ist die Aufgabe, die hier zu erfüllen ist.

In bezug auf den Bodenverlust habe ich dieselben Sorgen wie er. Ich kenne das Problem sehr genau, mache aber darauf aufmerksam, daß hier die freie Wirtschaft mit drinnen steckt, denn bei den Böden, die Sie gemeint haben, haben unsere Gebietskörperschaften keine Mitsprache.

Herr Kollege Dr. Pelikan hat hier die Transparenz reklamiert. Ich werde versuchen, transparent zu sein, ich hoffe nur, daß er sich dabei dann nicht langweilt.

Herrn Abgeordneten Dr. Wiesinger habe ich hier heute in seiner Rede als gespaltenen Menschen kennengelernt. Er hat seiner Freude darüber Ausdruck verliehen, daß Gesundheitswesen und Umweltschutz nun nicht mehr Anhängsel des Sozialministeriums seien, um im gleichen Atemzug festzustellen, daß er die Installierung des Bundesministeriums für Gesundheitswesen und Umweltschutz jedoch ablehne. Es scheint nicht ganz klar zu sein, welche Vorstellungen hier wirklich vorhanden sind.

Er hat dann die Frage aufgeworfen: Wie retten wir unsere freie Welt? Daran sind wir sicher ebenso interessiert wie er. Aber auch hier muß ich sagen: Der bisherige Weg — hier meine ich nicht die Regierungstätigkeit der sozialistischen Regierung, sondern den bislang gegangenen Weg der praktizierten Produktionsverfahren — wird noch lange seine Wirkung haben. Er führt uns anscheinend nicht zu einer Lebenssicherung des einzelnen und der Gesellschaft, denn sonst hätte er uns die Umweltschäden nicht beschert. Der Club von Rom hat die Umstände sehr hart dargestellt. Man wird leider nicht alles verneinen können, was dabei festgestellt worden ist.

Nun zu meinem Beitrag selbst. Beim Studium dieses Problems können wir folgendes feststellen: Je höher der Lebensstandard und die Industrialisierung in den einzelnen Staaten der westlichen Welt sind, desto umfangreicher treten auch die Umweltschäden auf. Die seit dem vorigen Jahrhundert ergriffenen Maßnahmen durch Gewerbe- und Bauordnung zum Schutz von Recht, Natur und Leben reichten bei weitem nicht aus, die sich entwickelnden Umweltschäden zu verhindern. Darüber werde ich aber später noch mehr sagen.

Meine Damen und Herren! Als wir vor 15 Jahren die Wassergüte der Mürz von Fachleuten der Grazer Universität und des Landesbauamtes untersuchen ließen, stellten sie den vollständigen Zusammenbruch der Selbstreinigungskraft des Flusses fest. Der Lagebesprechung mit den Herren Bürgermeister des Mürztales folgte die Fühlungnahme mit den Landespolitikern der damaligen Zeit. Wir stießen dabei vorerst auf Verwunderung, als aber die mutmaßlichen Kosten der Sanierung genannt wurden, auf Ablehnung.

Unsere Ärzte machten im Zusammenhang mit der gleichfalls ansteigenden Luftverschmutzung in diesen Gebieten ständig darauf aufmerksam, daß in immer umfangreicheren Maße langanhaltende Erkrankungen der Luftwege unserer Menschen auftraten. Zugleich nahmen Lungen- und Herzasthma zu, wovon nicht nur ältere Personen, sondern auch Kinder befallen wurden. Nach Auffassung der Fach-

Ing. Scheibengraf

leute bestand eine Beziehung zwischen toter Mürz, verletzten Grundwasserböden und verunreinigter Luft.

Die Sanierung schien zuerst unmöglich. Durch Beharrlichkeit und mit Hilfe vorliegender umfangreicher Unterlagen der bereits festgestellten Schäden sowie durch die besondere Unterstützung des Landesbauamtes und durch das Verständnis, das die dortigen Bürgermeister dem entgegenbrachten, gelang dann die Gründung des Mürzverbandes und damit der Beginn der Vorarbeiten zur Behebung der Umweltschäden.

Warum sage ich das? Ich will damit beweisen, daß trotz großer bestehender Umweltschäden das Problem vor zehn bis fünfzehn Jahren in seiner Existenz unglaubwürdig war und zum Teil überhaupt in Abrede gestellt wurde. So sah damals sowohl die Meinung der Bevölkerung als auch die der Behörden aus. Längst sind in allen Ballungsräumen die Umweltschäden erkennbar und für den Menschen fühlbar geworden.

Sie mögen über unser Humanprogramm von 1968 spötteln, soviel Sie wollen, aber es hat in Österreich den teilweisen Zustand unserer Umwelt so sichtbar und erkennbar gemacht, daß sich heute unsere Menschen bereit finden, dafür Mittel zur Verfügung zu stellen. Es hat zu einer breiten Bewußtseinsbildung beigetragen. Ein ganzes Tal, wie etwa das Mürztal, wird erst wieder in zehn Jahren mit Hilfe aufwendiger Mittel einen gesunden Gebirgsfluß haben.

Die Bundesregierung hat in ihrer Erklärung offiziell das erste Mal zum Umweltschutz in Österreich Stellung bezogen. Es wurde ein interministerielles Komitee eingesetzt. Zu diesem Zeitpunkt befaßte sich eine ganze Reihe wissenschaftlicher Institutionen mit den Ursachen der Umweltschäden verschiedenster Art.

Es war auch bald klar, daß zur Behebung der bereits sichtbaren Umweltschäden nicht nur gigantische Mittel aufzubringen sein werden, sondern daß sich auch die Güterproduktion weltweit verändern muß und zu umweltfreundlichen Verfahrenstechniken übergehen muß.

Ein großer Teil der Schäden entsteht durch gewerbliche, industrielle und chemotechnische Tätigkeit der Menschen; dazu ist in den letzten drei Dezennien noch die nukleare Versuchstätigkeit gekommen. Dazu kommen weiters die veränderten Lebensweisen und Konsumgewohnheiten einer stark vermehrten Weltbevölkerung. Das Zusammenleben der Menschen in sogenannten Ballungsräumen bringt zahlenmäßig solchen Unrat und Müllausstoß,

daß dieser den Naturhaushalt des näheren und weiteren Umlandes solcher Gebiete vollkommen stört und jene gefährlichen Bedingungen für alles Leben bringt. Bislang wurde die Meinung vertreten — ausgenommen einiger Wissenschaftler —, daß die Naturkräfte trotz aller Eingriffe des Menschen unerschöpflich seien. Erst als die Atombombenversuche in der Atmosphäre schwere Störungen im gesamten Naturhaushalt der Erde hervorgerufen haben und ihre Wirkungen auf Mensch, Tier und Vegetation unverkennbar wurden, hat sich die legendäre Meinung von der unbeeinflussbaren Naturkraft geändert.

Jetzt hat die Meinung umgeschlagen. Jetzt will man womöglich, in vier Jahren auf Österreich allein bezogen, die Jahrzehnte hindurch in weiten Gebieten der Welt gesteigerte Naturvergewaltigung von der Bundesregierung beseitigt wissen. Man bestritt aber heftigst, daß für Gesundheit und Umweltschutz ein eigens damit befaßtes Ministerium geschaffen wurde.

Die Regierungserklärung vom 5. November 1971 spricht von der rechtlichen Vorbereitung zu einem umfassenden Umweltschutz, soweit wir auf nationaler Basis die Lösung dieses Problems vorbereiten können.

Der veröffentlichte Umweltschutzplan des Bundesministeriums stellt die Grenzen der eigenen Aktivitäten fest. Er sieht die Schaffung eines umweltfreundlichen Raumordnungskonzeptes vor. Die Aufgaben des Ressorts und seine Sachzuständigkeiten werden klargestellt. Das Modell sieht vor, daß die systematische Prüfung unseres Raumes nach vereinheitlichten Normen mit den übrigen Gebietskörperschaften entwickelt werden soll. Die großräumige Überwachung der Umweltqualität durch Fernerkundungsverfahren soll aufgebaut werden. Die zu schaffenden Einrichtungen sollen eine Aufsichts- und Kontrollfunktion so rasch wie möglich installieren. Die Abstellung und Behebung der auftretenden Schäden werden von sachbezogenen Ressorts erfolgen.

Nach unserer Auffassung wäre es zum Beispiel völlig sinnwidrig, den Wasserwirtschaftsfonds mit seinen bausachbezogenen Agenden vom Bautenministerium abzuziehen und dem Gesundheitsministerium zuzuordnen. Das Gesundheitsministerium wird in seiner Aufsichts- und Kontrollfunktion eine sehr wesentliche Stellung in bezug auf den Umweltschutz einnehmen. Es wird sehr zum Vorteil für eine geordnete Abwicklung der Gesamtaufgabe beitragen, wenn Prüfungs- und Kontrollfunktion einerseits und die Schadensbehebung andererseits nicht im selben Ressort erfolgen.

Ing. Scheibengraf

Der Umweltschutzplan macht klare Aussagen über die Reinhaltung der Luft, des Wassers, die unschädliche Abfallbeseitigung, den Schutz vor unerwünschten schädlichen chemischen Substanzen, die Minimierung der Lärm-belästigung und den Strahlenschutz.

Zum letzten Problem kann vielleicht gerade ein kleines Land besondere Leistungen erbringen. Dies bezieht sich aber nicht nur auf die atomare Abstrahlung.

Wir leben heute in einer ständigen über das natürliche Maß weit hinausgehenden künstlichen Bestrahlung verschiedenster Art. Wissenschaftliche Forschung auf diesem Gebiet könnte uns sogar zusätzliche Weltgeltung bringen.

Der Plan bringt auch die Aufgabenumschreibung für unsere Nahrungsmittelkontrolle und das Veterinärwesen.

Wer den Plan nur als Aufzählung von bekannten Zustandsaussagen abqualifizieren will, kann daran nicht gehindert werden; für uns Sozialisten stellt er die mögliche Arbeitsrichtlinie dar. In diesem Zusammenhang ist auch die Aufgabenstellung durch die Entschlie-ßung des Nationalrates vom 14. März 1972 zu sehen.

Das Ministerium wirkt bei der Ausarbeitung der geforderten Grundlagen natürlich im weitesten Sinne mit.

Auf die Frage nach dem abschließenden Bericht zur Entschlie-ßung hat der Herr Bundeskanzler bei der zuständigen Kapitelberatung im Finanzausschuß ausführlich geantwortet.

Die Ausarbeitung ist ja auch Grundlage für die legistische Arbeit im Ressort selbst. Im Zuge dieser Ausarbeitung wurde festgestellt — die Gesetze und Verordnungen des Bundes wurden von der Frau Bundesminister bereits genannt —: Dazu kommen zirka ein halbes Tausend Landesgesetze und Bauordnungen sowie Tausende Gemeinderatsbeschlüsse, die Umweltbestimmungen enthalten.

Die Forderungen des Punktes 2 a, b und c der Entschlie-ßung verlangen nichts anderes als eine Kodifizierung des bisherigen Rechtszustandes für den Umweltschutz.

Wir verstehen nur nicht Ihre zur Schau getragene Unzufriedenheit mit dem Fortgang der Arbeiten, obwohl Ihnen die Komplexität der Themenstellung wohlbekannt ist.

Nun komme ich zu dem Präliminare für den Umweltschutz:

Im finanzgesetzlichen Ansatz 1/173 stehen für den Umweltschutz 1974 72 Millionen gegenüber 41,7 Millionen im Vorjahr zur Verfügung.

Im Konjunkturausgleichs-Voranschlag sind 3 Millionen Schilling für Investitionen vorgesehen.

Im einzelnen ist dazu zu sagen:

700.000 S sind für die Förderung des Roten Kreuzes zur Anschaffung einer Trinkwasser-aufbereitungs-Einrichtung zur Überwachung der Radioaktivität bei Wässern und Trinkwasser eingesetzt.

Für den Ausbau des Meßnetzes sind 16,6 Millionen gegenüber 13,1 Millionen Schilling vorgesehen.

Auf Grund der Erfahrungen des Maul- und Klauenseuchenbefalles 1973 wurden 1974 26,1 Millionen gegenüber 1,8 Millionen 1973 eingesetzt. Die Mittel dienen der Seuchenbekämpfung. Für Aufklärungsmittel wurden in diesem Falle 537.000 S 1974 gegenüber 37.000 S 1973 eingesetzt.

Im finanzgesetzlichen Ansatz 1/179 stehen 1974 für die Lebensmittelanstalten 33,8 Millionen zur Verfügung.

Im finanzgesetzlichen Ansatz 1/1795 stehen für die veterinärmedizinischen Anstalten 1974 51,7 Millionen gegenüber 35,7 Millionen Schilling 1973 zur Verfügung. Die Erhöhung ergibt sich ebenfalls aus den Erfahrungen der Maul- und Klauenseuchenzüge 1973.

Es folgt daraus die bessere Ausstattung des bisher unzureichenden Fahrparks für den seuchensicheren Abtransport von Tieren, die weitere Anschaffung von Seuchenzügen sowie die bessere Laborausstattung in der Bundesanstalt. Weitere Mittel sind für die Anhebung der Kapazität zur Impfstoffproduktion vorgesehen und für die zweite Etappe der Investition für den Seuchenschlachthof Wiener Neustadt.

Soweit zum Präliminare. Wenn aber die Frage aufgeworfen wird — das hat Herr Kollege Pelikan getan —: Ist das alles, was die Bundesregierung für den Umweltschutz tut?, dann wissen Sie sehr genau, daß dies nicht der Fall ist!

Allein für die Abwasserbeseitigung stehen seitens des Bundes über den Wasserwirtschaftsfonds in den Jahren 1973 und 1974 je 1,8 Milliarden Schilling zur Verfügung! (Abg. Dr. Wiesinger: Zuschüsse oder Darlehen?) Darlehen! (Abg. Dr. Wiesinger: Aha!) Na also! Es wäre gar nicht möglich, ohne diese Darlehen überhaupt tätig zu werden, Herr Primarius!

Die 1972 verbesserten Vergaberichtlinien des Wasserwirtschaftsfonds ermöglichten nunmehr den großen Abwasserverbänden die Lösung der Schwerpunktaufgaben erst richtig.

Ing. Scheibengraf

Ökologische Grundlagenforschung wird im Bereich des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung auf breiter Basis betrieben.

Das Landwirtschaftsministerium führt einen sehr umfangreichen Gewässerschutz durch, und zur Abfallbeseitigung sind seitens des Bundes an Länder und Gemeinden 100 Millionen Schilling pro Jahr auf Grund der Vereinbarungen bereitgestellt.

Aber auch im Jahresablauf war nach unserer Auffassung das Ministerium sehr erfolgreich.

Die Frau Bundesminister hat den legislativen Sektor bereits genannt.

Das Umweltschutzgesetz ist entwurfreif.

Im Bundeskanzleramt sieht man noch ein Hearing mit den Ländern und Gemeinden vor. Die Ergebnisse sollen noch verwertet werden. Dann soll die Aussendung zu den Stellungnahmen erfolgen.

Auf internationaler Ebene ist die Tagung der ersten europäischen Ministerkonferenz für die Umwelt in Wien unter Vorsitz von Bundesminister Dr. Leodolter zu nennen. Vorbereitung und mitgestaltende Arbeit wurden durch das Bundesministerium für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Umweltschutzes geleistet.

Österreich gehört dem Verwaltungsrat der UN-Weltprogramme an. Die Zusammenarbeit erfolgt über das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten.

Österreich ist an drei internationalen Forschungsvorhaben zum Schutze der Umwelt beteiligt.

Die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuchenzüge, die außerordentliche Tätigkeit erforderte, wurde bereits genannt. (*Abg. Doktor Wiesinger: Sehr „erfolgreich“!*) Ich möchte nicht wissen, ob nicht eine noch erfolgreichere Tätigkeit möglich gewesen wäre, wenn alles von Anfang an dabei mitgetan hätte, wie das hätte sein sollen. Ich möchte nicht mehr dazu sagen. (*Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Dr. Wiesinger.*)

Die kostenlose Sanierungsbehandlung der Salmonellenausscheider wurde veranlaßt.

Das Meßstellennetz für die Güteermittlung der Luft, des Wassers und der radioaktiven Strahlung ist seit 1973 auf alle Bundesländer ausgedehnt worden. Es wurden enge Kooperationen mit den Bundesländern hergestellt; das wissen Sie anscheinend nicht, Herr Primarius. (*Abg. Dr. Wiesinger: Nein, es gibt keinen Bericht.*)

Selbstregistrierende Geräte wurden zur Verfügung gestellt und die Meßverfahren und Auswertungen harmonisiert.

Es kamen moderne Techniken zum Einsatz. (*Zwischenruf.*) — Sie können sich beim Bundesministerium selbst darüber erkundigen. (*Abg. Dr. Wiesinger: Das stimmt doch überhaupt nicht! Das ist vorgesehen!*)

Die Müllerhebung in Österreich ist in Durchführung. Die Forschungsarbeiten sind in einem respektablem Umfang angelaufen. Drei Studien sind abgeschlossen, zehn Aufträge in Arbeit und sechs in Vorbereitung.

Die Schaffung des Beirates für Umweltschutz ist erfolgt, er ist konstituiert. Er hat die Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern zum Ziel.

Die umweltfreundliche Erfindung Hahn wurde unterstützt. Es wurde technisch festgestellt, daß die Emission des Hahn-Ofens nur etwa ein Tausendstel der herkömmlichen Modelle beträgt. Er steht in Entwicklung zur Serienfertigung.

Diese Erinnerungen meinerseits erheben natürlich keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Das heikle Thema der Finanzierung sowohl der Umweltschadensbehebungen als auch der Verhütung von Umweltschäden nähert sich der Konkretisierung. Die Kriterien bewußter Verursacher und gesellschaftlicher Verursacher werden wohl getrennt behandelt bleiben müssen.

Ein Umweltschutzausgleichsfonds erscheint uns für die Behandlung der gesellschaftlichen Schadensverursachung als einzig gerechte und mögliche Finanzierungsart. Darüber wird aber dann erst wirklich gesprochen werden können, wenn die abschließenden wissenschaftlichen und technischen Vorarbeiten hiefür vorliegen.

Ihr Mißfallen über die Entwicklung der Arbeiten im Umweltschutz ist uns eigentlich unverständlich, wenn Sie das von mir eingangs Erwähnte einigermaßen beachten.

Wir werden uns nicht drängen lassen, damit man uns später bescheinigen kann, daß wir mangels wissenschaftlicher, technischer und finanzieller Vorbereitungen Fehlentwicklungen verursacht hätten.

Ihr Triebsatz, den Sie hier in Anwendung bringen, soll ja nur darüber hinwegtäuschen, wohin unbegrenztes Gewinnstreben bestimmter Wirtschaftskapitäne geführt hat und noch führen wird. (*Abg. Dr. Wiesinger: Die Mottenkiste des Marxismus!*) Nein, nein, nein! Schauen Sie sich das nur an, wie das im Ruhrgebiet, wie das in den Ballungsgebieten Frankreichs, Englands und Amerikas aussieht!

Ing. Schelbengraf

Wir stehen heute vor den gleichen, nur das Leben ungleich stärker bedrohenden Umweltschäden, als unsere Großväter im vorigen Jahrhundert vor dem Problem der körperlichen Unfallschäden gestanden sind. (*Abg. Doktor Wiesinger: Was hat der Herr Bundeskanzler in Alpbach gesagt?*)

Was immer Sozialisten in Vorschlägen für ein besseres und auch gesünderes Leben von der Gesellschaft forderten, begegnete Ihrem Mißfallen und wurde am Anfang von Ihnen als absurd hingestellt.

Der Zeitablauf hat uns aber immer wieder bestätigt. Heute gehen Sie andere Wege. Unsere langfristigen Programme sind nicht gleich erfüllbar. Das ist uns klar. Sie können nur in längeren Zeiträumen verwirklicht werden. Da Sie unsere Absichten nicht mehr verhindern können, versuchen Sie die gegenwärtig verantwortlichen Träger unserer politischen Programme der Unfähigkeit und der Unglaubwürdigkeit für ihr Beginnen zu zeichnen. Sie sollen abgewertet werden. (*Abg. Doktor Wiesinger: Liebkosen werden wir sie!*)

Wir Sozialisten freuen uns, daß die Probleme des Umweltschutzes in ihrer ganzen Komplexität — langsam, aber mit Bestimmtheit — unseren Menschen bewußt werden. Trotz all dieser Gegensätze werden wir die Kooperation mit allen diesen Kräften in diesem Lande suchen. Wir stimmen dem Kapitel gerne zu. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Probst: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Vetter. Er hat das Wort.

Abgeordneter **Vetter (ÖVP):** Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich habe mich bei allen meinen Wortmeldungen hier zum Budget immer wieder darüber beklagen müssen, Frau Bundesminister, daß ich auf meine im Finanz- und Budgetausschuß gestellten Fragen entweder keine Antwort bekommen habe oder eine verspätete oder eine ungenaue. Ich stehe nicht an, hier festzustellen, daß ich Ihre schriftliche Antwort rechtzeitig und in ausführlicher und detaillierter Form erhalten habe.

Sie haben im Finanz- und Budgetausschuß eine bemerkenswerte Äußerung immer wiederholt, die Sie schon zu früheren Zeiten getan haben, und zwar haben Sie damals wortwörtlich gesagt: Heute ist allen Beteiligten klar, daß die Finanzierung der Krankenhäuser auf eine andere Basis gestellt werden muß, die zusätzliche Mittel erfordert.

Frau Bundesminister! Das ist eine Meinung, die unwidersprochen bleiben kann, die völlig richtig ist. Aber wie schaut es in der Realität aus, was ist wirklich geschehen.

Sie haben Ihre Vorstellungen über den dringendsten Bedarf vielfach — wie ich schon sagte — geäußert. Ich zitiere zum Beispiel aus einem Interview vom 10. Mai 1973, welches im „Kurier“ erschienen ist:

„Ich brauche fürs erste 500 Millionen Schilling zusätzlich pro Jahr für mein Gesundheitskonzept“ — sagten Sie damals. „Allein 300 Millionen Schilling sind für die Spitäler vorgesehen. Wir wollen damit eine alte Forderung der Länder und Gemeinden erfüllen und bei der Abdeckung der steigenden Krankenhausdefizite helfen.“

Zusätzlich zitiere ich aus Ihrem Gesundheits- und Umweltschutzplan, wo Sie unter Zahl 3031 schreiben:

Das gegenwärtige System der Abgangdeckung ist mitverantwortlich für die wirtschaftliche Bedrängnis der Krankenanstalten. Das bewirkt für die Rechtsträger der Anstalten wirtschaftliche Probleme, die nahezu durchwegs über ihre Leistungskraft hinausgehen.

Was hat sich seit dieser Zeit, seit diesen Äußerungen im Hinblick puncto Besserstellung ereignet?

Sie haben den österreichischen Bundeskrankenanstaltenplan vorgelegt. Im vorliegenden Budget wäre die Möglichkeit einer Realisierung dieser Vorstellungen gewesen. Dem Bundeskrankenanstaltenplan, in welchem häufig auch Vorschläge meiner Partei, der Österreichischen Volkspartei, aufgegriffen worden sind, könnte meine Partei grundsätzlich zustimmen. Aber ist es denn möglich, Frau Bundesminister, daß Finanzierungsvorschläge überhaupt großzügig übersehen werden konnten? Sie haben in Ihrer Beantwortung vorhin mitgeteilt — und das kann ja jeder nachprüfen —, daß Sie einen langfristigen Bedarfsplan aufgestellt haben, der zur Diskussion steht. Aber Finanzierungsvorschläge sind in keiner Zeile in diesem Krankenanstaltenplan erwähnt.

Frau Minister! Wie konnten Sie ein Problem, das Sie selbst immer wieder als vordergründig hinstellen, das den Gemeinden und Ländern unter den Nägeln brennt und das letzten Endes Voraussetzung nahezu für alle anderen Problemlösungen ist, wie konnten Sie diese Hauptsorge aller einfach so großzügig übergehen? Haben Sie innerhalb Ihrer Regierung so wenig Durchschlagskraft, daß Sie sich nicht getrauen, diesem heißen Eisen mit eigenen Vorstellungen, mit eigenen Vorschlägen näherzutreten? Das hat sich nämlich die Bevölkerung von einer Frau Gesundheitsministerin erwartet, und nicht immer wieder mehr oder weniger fragwürdige Äußerungen, die immer wieder dann zu Schlagzeilen in der Presse führen.

9366

Nationalrat XIII. GP — 95. Sitzung — 17. Dezember 1973

Vetter

Im ordentlichen Budget sind insgesamt 637 Millionen Schilling an Bundesmitteln für das Krankenanstaltenwesen vorgesehen. Das ist nicht wesentlich mehr als im Vorjahr. Die 400 Millionen Schilling im Stabilisierungsbudget, in der Stabilisierungsquote, entsprechen doch mehr oder minder so lange einem Wunschtraum, Frau Minister, solange Sie nicht konkret sagen können, wann diese Mittel freigemacht werden.

Es ist daher neuerlich meiner Meinung nach zu beklagen, daß es Ihnen nicht gelungen ist, innerhalb Ihrer eigenen Ministerkollegen Verständnis dafür aufzubringen, daß diese Ausgaben unabhängig von anderen wirtschaftlichen Einflüssen und Verhältnissen notwendig sind, daß die Lösung dieses Problems zu den vorrangigsten unserer Gesellschaft gehört und daß alles Gerede von der Abschaffung der großen Säle in den Krankenanstalten, von der Abschaffung der dritten Klasse, von der menschenwürdigen Unterbringung und modernen Behandlung der Patienten in den Anstalten und so weiter und so fort leeres Gerede bleiben muß, wenn diese Finanzierung nicht gesichert ist. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Oder können Sie uns heute eine konkrete Zusage geben, ob und wann diese 400 Millionen Schilling freigegeben werden? In Ihrer ersten Beantwortung haben Sie darüber nichts gesagt.

Es liegt an Ihnen, Frau Bundesminister. Man erwartet mit Recht von einem Regierungsmitglied, daß es sich in einer Sache, in einer Frage, in der es von der Dringlichkeit, von der Notwendigkeit, von einer sofortigen Realisierung so überzeugt ist wie Sie von der Notwendigkeit dieser 400 Millionen Schilling, in seiner eigenen Regierung auch durchsetzt. Hier könnten Sie Ihre Standfestigkeit, hier könnten Sie die Vorrangigkeit der Gesundheitspolitik im SPÖ-Regierungsprogramm unter Beweis stellen.

Sie und der Herr Bundeskanzler haben seinerzeit diese zusätzlichen Mittel von der inzwischen ja abgeschlossenen Umfrage abhängig gemacht. Diese Umfrage kann von vornherein unter Umständen mehr oder minder als fragwürdig bezeichnet werden, denn die Fragestellung: Was ist dem Österreicher seine Gesundheit wert?, bei einer Summe, die nur rund 0,3 Prozent des Gesamtbudgets beträgt, zeigt mehr oder minder doch von der Hilflosigkeit und von der Ratlosigkeit der Regierung, oder von dem Versuch, die Verantwortung auf andere, nämlich auf die Bevölkerung, auf den Steuerzahler abzuschieben, oder neuerlich von Ihrer persönlich schwachen Position innerhalb der Regierung, weil es Ihnen nicht gelungen ist, den Finanzminister dazu

zu bringen, Budgetmittel für diese, für die gesamte Bevölkerung lebenswichtige Frage bereitzustellen.

Was geschieht jetzt nach dem Bekanntwerden dieses Ergebnisses dieser Umfrage? Ich meine, Frau Bundesminister, daß die Initiative jetzt bei Ihnen liegen müßte, Sie wollen diese 400 Millionen Schilling! Ja was heißt „wollen“, Sie sind felsenfest davon überzeugt, daß diese Mittel sofort notwendig sind! Ich meine, die Bevölkerung wäre bitter enttäuscht, wenn Sie sich in dieser Frage nicht ganz besonders engagieren würden.

In der Öffentlichkeit werden auch die Ausreden nicht akzeptiert werden, wenn Sie zum Beispiel in diesem bereits von mir zitierten Interview vom Mai 1973 auf die Frage, warum Sie Ihrer Meinung nach in der Öffentlichkeit so oft kritisiert würden und ob Sie manches rückblickend anders machen würden, damals geantwortet haben:

„Ich würde manches vielleicht umgekehrt beginnen.“

Es ist für mich als Außenseiter überhaupt sehr schwer gewesen, bei den Leuten Vertrauen zu gewinnen. Ich habe ein junges Ressort, eines im Aufbau, übernommen und bin gleich in die Schußlinie des politischen Gegners geraten. Und ich war am Anfang eher kühn, weil ich dachte, Ideen seien leichter durchzusetzen, als sie es sind. Drei Dinge machten es besonders schwierig: Erstens, daß ich eine Frau bin. Zweitens, daß ich ein Arzt bin ... Und drittens bin ich kein gewachsener Politiker, auch wenn ich von Grund auf eine politische Einstellung habe. Ich habe halt von Anfang an mit offenem Visier reagiert.“

Frau Bundesminister! Das klingt eher beziehungsweise sehr viel nach Ausreden für erlittene Fehlschläge. Ich meine aber, daß solche Ausreden von Regierungsmitgliedern, von Ministern bei der Bevölkerung kein Verständnis hervorrufen können.

Jetzt zu dem Thema, das bereits mehrmals angeschnitten wurde: zu Ihrem neuesten Interview. War dies — um die Worte aus Ihrem Interview vom Mai zu verwenden — auch kühn und mit offenem Visier reagiert, als Sie die Äußerung machten? Diese peinliche Äußerung, in dieser oder jener Form geschehen, wurde heute schon einige Male behandelt. Ich brauche sie daher nicht detailliert wiederholen.

Hohes Haus! Frau Bundesminister! Aber eines möchte ich mit Erschütterung feststellen, nämlich die Tatsache, daß man Ihnen als Ärztin, daß man Ihnen als Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz eine solche Äußerung in weiten Kreisen der Bevölkerung

Vetter

überhaupt zutraut. Das allein ist schon ungeheuerlich! In anderen Staaten würde dieses gewaltige Mißtrauen schon allein genügen, Konsequenzen zu fordern.

Die „Kronen-Zeitung“ vom 8. Dezember versteigt sich überhaupt zu einer Behauptung, wenn sie schreibt: „Und daß sie es gesagt hat, daran glauben auch viele ihrer Parteifreunde.“

Ein Bundeskanzler, der einen seiner Minister so verunglimpfen läßt, der solche Verdächtigungen billigt, der wertet seine gesamte Regierung schon sehr gewaltig ab. Denn seine persönliche Formulierung vom 7. Dezember: „Dem einen Journalisten glaubt man mehr, dem anderen weniger, und auch der eine Minister drückt sich vage aus und der andere nicht“, ist mehr als schwach. Ein Bundeskanzler müßte in einem solchen Fall ganz andere Konsequenzen zu ziehen bereit sein.

Und wie leichtsinnig dieses Problem genommen wird, zeigt auch die Äußerung des Anwaltes Dr. Rosenzweig von gestern — und ich muß annehmen, daß es stimmt, denn sie ist auch in der „Kronen-Zeitung“ veröffentlicht worden —: „Ich bin bisher noch nicht dazugekommen, weil ich die ganze Woche über im Verfassungsgerichtshof beschäftigt war. Aber Montag werde ich die Klageschrift diktieren und dem Strafbezirksgericht Wien übermitteln!“

Frau Minister! Das stimmt, Sie haben es selbst gesagt! Diese Klage ist heute um 12 Uhr eingelangt und durch Boten überbracht worden; heute, nachdem bereits Redner der Oppositionsparteien, Dr. Scrinzi und Kollegen meiner Fraktion, auf dieses Problem hingewiesen haben. Erst nachher wurde diese Klage durch Boten überbracht. Ich glaube, daß das mehr als eine Schlaperei ist oder neuerlich ein Beweis dafür, wie wenig Sie, Frau Bundesminister, derzeit ernst genommen werden. *(Abg. Ing. Scheibengraf: Ob das noch Opposition ist?!)*

Jetzt komme ich zu einem anderen Problem. In Ihrem Gesundheits- und Umweltschutzplan finde ich unter dem Titel „Gesundheitsschutz für Jugendliche“ folgende Formulierungen, die ich zwar für richtig halte, die sehr gut klingen, aber die — wie ich dann zu beweisen versuchen möchte — eben noch wenig in die Realität umgesetzt worden sind: „Gerade im Schulalter und für die heranwachsende Jugend ist im individuellen wie im volksgesundheitlichen Interesse eine besonders intensive medizinische Beobachtung und allenfalls auch Behandlung geboten, um beginnenden Gesundheitsschäden rechtzeitig zu begegnen. Die bestehenden Dienste müssen daher weiter ausgebaut und Lücken im System geschlossen werden.“

Für die Schuljugend wird im Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz ein Untersuchungsgang erarbeitet, der im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Unterricht und Kunst realisiert werden wird.“

Wieviel von diesen Vorstellungen wurde bereits verwirklicht, Frau Bundesminister? Ich fürchte, nicht sehr viel, denn sonst könnte es nicht zu solchen Klagen über Mißstände kommen, wie ich sie in einem Presseartikel gefunden habe, und zwar vom 21. November:

Haarsträubend war das Ergebnis von Reihenuntersuchungen, von Sehtests, die an etwa 4000 Volksschülern, Sonderschülern und Berufsschülern im Burgenland durchgeführt worden sind. Was ist die Folge solcher Mißstände? Unglückliche Schulversager werden zum Psychiater geschickt, geschleift, und in Wirklichkeit gehörten sie zum Augenfacharzt. Diese Kinder werden kontaktarm, wissen nicht, warum sie in Sonderschulen, warum sie in B-Zügen von Hauptschulen landen oder immer wieder schlechte Noten einstecken müssen. Sie klagen natürlich nicht über schlechtes Sehen, weil sie ja gar nicht wissen, was gutes Sehen auf der anderen Seite bedeutet. Sie sind ungeschickt, linkisch, werden ausgelacht und dadurch mit der Zeit scheu und kontaktarm.

Und auch im späteren Berufsleben wirkt sich das immer stärker aus. Angeblich sollen 20 Prozent aller Schüler ihre Lehrjahre mit Sehfehlern beginnen.

Wie kommt es zu solch katastrophalen Zuständen? In diesem Artikel zumindest wird behauptet, daß die Buchstabentafeln, mit welchen die Untersuchungen durchgeführt werden, ein „Relikt aus dem vergangenen Jahrhundert“ wären und daran schuld seien, weil sie völlig unzureichend wären. Es gibt modernere, zuverlässigere Methoden, aber zuständig ist das Bundesministerium für Unterricht und nicht die Gesundheitsbehörde, wie es sich sinnvollerweise eigentlich gehörte.

Aus dieser Untersuchung einige Daten: „Bei 36 Prozent der untersuchten Kinder wurden Seh-Anomalien festgestellt, ohne daß die Kinder selbst oder deren Eltern etwas davon gemerkt hätten. Besonders krasse Fälle:

Fehlsichtigkeit bei Volksschülern von fünf bis sechs Dioptrien; ...“

In einem Fall eine Erblindung auf einem Auge bei einem 13jährigen Mädchen.

„16jährige Berufsschüler, die nicht geahnt hatten, daß sie Korrekturen von vier bis fünf Dioptrien brauchten;

25 Prozent der Sonderschüler ..., die noch nie bei einem Augenarzt gewesen, nicht normalsichtig waren und bis zu sieben Dioptrien benötigten;

Vetter

340 Lehrlinge aus der Landesberufsschule, von denen sich 106 als nicht normalsichtig erwiesen.“ Natürlich tragen auch die Eltern einen Teil der Verantwortung, der sie nicht immer ganz nachkommen.

Frau Bundesminister! Es muß doch Möglichkeiten geben, diese Mißstände abzuschaffen. In den Schulen muß doch mit den Vorsorgeuntersuchungen mit modernen Mitteln ernsthaft begonnen werden. Die Eltern gehören laufend ausreichendst informiert und aufgeklärt, und es muß doch zum Durchsetzen sein, daß eben die derzeit auf dem Markt erhältlichen modernen Testgeräte eingesetzt werden können. Denn die nachteiligen Folgen — ich glaube, das brauche ich nicht besonders aufzuzählen — für die Kinder, für ihren Lernerfolg, für die Berufschancen sind enorm und können nicht mit Stillschweigen übergangen werden.

Haben Sie, Frau Bundesminister, bisher in bezug auf diese Schuluntersuchungen etwas unternommen? Haben Sie mit dem Bundesminister für Unterricht bereits Verhandlungen aufgenommen, wie Sie es im Gesundheitsplan verkündet und versprochen haben? Welches Ergebnis zeigen diese Untersuchungen, diese Verhandlungen? Oder welche Vorstellungen haben Sie, diese nicht mehr zu entschuldigenden Fehler und Sünden, die an unseren Schülern begangen werden, zu vermeiden?

Dabei ist der Sehtest ja nur ein Teilbereich. Der gesamte schulärztliche Dienst, Frau Bundesminister, gehörte in Ihren Bereich und nach modernen Richtlinien Ihres Ressorts auch dem neuesten Stand entsprechend durchgeführt. (*Abg. Wielandner: Lauter Versäumnisse der Rehor!*) Herr Kollege! Ich bin neugierig, wann Sie einmal logisch werden und aufhören, in der Vergangenheit zu schwelgen. Sie sind drei Jahre im Amt und müssen für diese Zeit die Verantwortung tragen. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Nostalgie ist schon etwas Schönes, aber hier im Plenum paßt es, glaube ich, wirklich nicht.

Die Bevölkerung hat sich von einem Bundesminister für Gesundheit sehr viel erwartet. Vielleicht sogar etwas mehr oder besonders viel, weil dieses Ressort von einer Ärztin verwaltet wird. Frau Bundesminister! Wir haben Ihnen damals schon gesagt, daß die Kompetenzen nicht ausreichen werden, daß ein Bundesministerium mit solch mangelnden Kompetenzen Schiffbruch erleiden muß. Mein vorhin erwähntes Detailbeispiel hat leider gezeigt, daß wir damals leider recht gehabt haben. Die Kompetenz über das Leichenbestattungswesen haben Sie. Das ist wichtig, notwendig. Aber für die Schuluntersuchungen sind Sie nicht zuständig. Sie haben nicht ein-

mal die Gelegenheit des Kompetenzgesetzes 1973 genützt, Frau Minister, um diese fehlende Kompetenz zu erhalten.

Daß fällt auf Sie zurück. Sie müssen doch selbst zugeben, daß diese Kompetenzverteilung gerade in diesem Punkt des schulärztlichen Dienstes Sie daran hindert, wirkungsvolle Maßnahmen, die Sie als Ärztin selbst einsehen, durchsetzen zu können. Sie können noch so gute Absichten haben, Sie verlieren sich zumeist im Kompetenzdschungel. Der Apparat wird schwerfällig, und dem Problem wird nicht nähergetreten.

Letzten Endes aber, Frau Bundesminister, ist es neuerlich ein Beweis Ihrer eigenen geringen Durchschlagskraft in der eigenen Regierung, Ihrer großen Schwierigkeiten, sich im Interesse der gestellten Aufgaben, im Interesse der großen Bedeutung der gesundheitlichen Probleme dieser Zeit durchzusetzen und berechnete und notwendige Forderungen zu realisieren.

Letzten Endes zeigt dieses Bild auch das vorliegende Budget, das Budgetkapitel Gesundheit, wo von einer vorrangigen Behandlung leider keine Rede sein kann. Aus diesem Grunde lehnen wir dieses Kapitel ab. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident **Probst**: Als nächster Redner gelangt zum Wort der Herr Abgeordnete Koller.

Abgeordneter **Koller** (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Landwirtschaft und auch die Lebensmittelverarbeitungsindustrie sind hinsichtlich ihrer wesentlichen Interessen eigentlich die natürlichen Partner eines Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz, von welchem nach einer klaren Rangordnung und nach einem langfristigen Konzept Konsumentenpolitik, Lebensmittelrechtspolitik und Umweltschutz betrieben werden sollen.

Die Zusammenhänge dieser großen Gruppen mit den Aufgaben dieses Bundesministeriums sind leider auch in der ganzen bisherigen Tätigkeit, aber auch nach den letzten Ausführungen der Frau Minister kaum erwähnt worden. Ich bedauere das sehr, weil gerade hier ein reiches Betätigungsfeld wäre. Denn vom Standpunkt des Umweltschutzes aus gesehen ist es ja gerade die Landwirtschaft, meine Damen und Herren, die in der Praxis viele der in modernen Schlagworten zusammengefaßten Ziele der Umweltschutzpolitik längst verwirklicht hat, ohne, das möchte ich auch hinzufügen, dafür besonderen Dank oder Anerkennung zu ernten. Ich erinnere beispielsweise nur daran, daß für die Landwirtschaft die weitestgehende Wiederverwertung von Abfällen im Produktionsprozeß seit eh und je

Koller

zu den fundamentalen Arbeitsprinzipien gehört hat. Gerade im Gegensatz zur modernen — ich möchte fast sagen — Raubbauwirtschaft an den Bodenschätzen unserer Erde, wo in wenigen Generationen das verbraucht wird, was in Jahrmillionen entstanden ist, bringt die Landwirtschaft weitestgehend reproduzierbare Güter auf den Markt und sorgt im natürlichen Verlauf von Anbau und Ernte gleichzeitig für die nötigen Vorräte. Die Sicherung von maßgeblichen Faktoren der nun so oft zitierten Lebensmittelqualität ist eigentlich ein Abfallprodukt der landwirtschaftlichen Produktion.

Ich glaube, Frau Minister, daß jeder, der verantwortlich mit dem Umweltschutz zu tun hat oder haben muß, glücklich sein könnte und froh sein müßte, wenn er es auch in der übrigen Entwicklung mit derselben Abfallproduktion zu tun hätte.

Darf ich in diesem Zusammenhang vielleicht eine Anregung geben, wie auch von Seite des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz der Grundsatz der Reproduzierbarkeit mit Umweltschutz und der Gewinnung lebenswichtiger oder wichtiger Eiweißfuttermittel zu verbinden wäre.

Hohes Haus! Anlässlich des letzten Auftretens der Maul- und Klauenseuche hat sich besonders gezeigt, daß es an einem entsprechend dichten Netz von Tierkörperverwertungsanstalten fehlt. Mit anderen Worten: In vielen Teilen unseres Bundesgebietes mußten die Tierkadaver verscharrt werden. Es ist dies eine sicherlich mittelalterliche Art der Abfallverwertung, die nicht nur grundwassergefährdend ist, sondern auch wertvolle Eiweißrohstoffe, unter deren weltweitem Mangel wir auch in den nächsten Jahren immer drastischer leiden werden, unnötigerweise vernichtet.

Durch eine entsprechende Förderung durch Ihr Ministerium, Frau Bundesminister, könnte dieses Problem, das für einzelne Gemeinden natürlich finanziell untragbare Belastungen mit sich bringt und auch von den einzelnen Gemeinden gar nicht richtig koordiniert werden kann, in Zukunft gelöst werden. Vielleicht wird es möglich, dieser Entwicklung, Frau Minister, ein größeres Augenmerk zu schenken.

Aber auch in einem anderen, zweiten wichtigen Kompetenzbereich des Bundesministeriums scheint mir ein natürlicher Gegensatz zwischen Landwirtschaft, Verarbeitungsindustrie auf der einen und Verbraucher auf der anderen Seite von vornherein überhaupt nicht

gegeben zu sein, sondern ich bin eher davon überzeugt, Hohes Haus, daß die Interessen weitestgehend auf einer Linie liegen.

Umso wichtiger wäre es daher, daß das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz diese Linie erkennt, sie verfolgt und alles unternimmt, um den oft künstlich hochgespielten Eindruck von Interessengegensätzen zu bekämpfen und diese dort, wo sie bestehen, auszugleichen und durch Aufklärung alle jene Kräfte zu mobilisieren beziehungsweise auf der anderen Seite zu bekämpfen, die oft nur vom Grünen Tisch her der Öffentlichkeit das Gegenteil weismachen wollen. Denn ich möchte eines sehr dezidiert und offen und auch aus voller Überzeugung hier sagen: Weder der verantwortungsbewußte Landwirt noch der an Verantwortung gewöhnte Lebensmittelerzeuger haben Interesse oder Nutzen daran, die Käufer ihrer Produkte in ihrer Gesundheit zu gefährden oder gar zu täuschen. Es ist auch eine der vielen bedauerlichen, aber falschen Vereinfachungen unserer Zeit, auf der einen Seite von einer Produzentenseite und auf der anderen Seite von einer Konsumentenseite zu sprechen, womöglich daraus zwei Parteien zu machen und dann nach einem prüfenden Blick, auf welcher Seite dieser beiden künstlich installierten Parteien die Mehrheit ist, sich zu dieser Mehrheit zu schlagen und ihr womöglich einzureden, daß sie einen gesundheitsschützenden Messias braucht oder daraus auch, je nach Bedarf, politisches Kapital zu schlagen.

Hohes Haus! Ich glaube, die Situation und die Dinge sind zu ernst, als daß man nicht wüßte, daß selbstbestellte Konsumentenschützer, die alles zu wissen glauben und alles glauben kritisieren zu müssen, den Konsumenten eher schaden als nützen. Denn eine Konsumentenpolitik darf weder aus kurzfristiger Opportunität noch wegen idealistischer Scheuklappen die wirtschaftlichen Zusammenhänge zwischen Versorgungssicherung, Qualität und Preis völlig außer acht lassen. Aber am allerwenigsten darf sie zur Befriedigung des eigenen Marktbedürfnisses betrieben werden. Ich sage diesen Satz sehr bewußt, Frau Minister, weil man sich gerade bei den vielen Verhandlungen im Unterausschuß für das Lebensmittelgesetz manches Mal dieses Eindruckes nicht erwehren kann. Konsumentenpolitik muß bei der Feststellung der wissenschaftlichen Grundlagen und des daher gesundheitlich Unerläßlichen beginnen, darf aber auch Gesichtspunkte des preislich dem Verbraucher Zumutbaren und des wirtschaftlich in der Praxis Möglichen nicht aus dem Auge verlieren.

Koller

Zurück zur Natur — unter Anführungszeichen — in der Nahrungsmittelproduktion ist in den Industrieländern ein immer wiederkehrender Ruf. Das sogenannte „Natürliche“ gilt in weiten Kreisen als „gesund“. Moderne Methoden in der Produktion der Landwirtschaft gelten vielfach als Entfernung vom Natürlichen und damit als ungesund. Die Verwendung sogar von Kunstdünger und sonstigen Pflanzenschutzmitteln gilt als nachteilig und wird mit einer gewissen Angstpsychose verfolgt. Ja man geht sogar zum Teil schon so weit, daß man als Ursache für Zivilisationskrankheiten die angeblich unnatürliche Nahrungsmittelproduktion zugrunde legt. Und hierzu, meine sehr verehrten Damen und Herren, ein sehr offenes Wort:

Für die Landwirtschaft bestehen, genauso wie für andere Wirtschaftssparten, die von der Wissenschaft, Forschung und Technik ausgehenden, scheinbar unabänderlichen Sachzwänge. Wir können uns, ob wir wollen oder nicht, diesen nicht entziehen. Diese Sachzwänge haben zwar enorme Produktionssteigerungen zur Folge, bringen aber natürlich auch eine gewisse Entwicklung gewisser Größenordnungen in der Produktion und gewisser Methoden und Spezialisierungen mit sich. Und diese zwangsläufigen Tendenzen in der Nahrungsmittelproduktion und in der darauffolgenden Vermarktung lassen aber, das muß man auch sehen, der heimischen Landwirtschaft keinen allzu großen Spielraum, denn die Auslandskonkurrenz ist nicht ohne Einfluß auf unsere Entwicklung der Nahrungsmittelproduktion, und es bleibt daher der österreichischen Landwirtschaft auch nichts anderes übrig, als jene Methoden anzuwenden, die weltweit üblich sind, von der Auslandskonkurrenz diktiert und letzten Endes auch vom Konsumenten in Form billig produzierter Lebensmittel gefordert werden.

Die Landwirtschaft muß sich daher, nachdem im Hinblick auf die vorhin genannten Gegebenheiten und auf die Welternährungssituation der Ruf „Zurück zur Natur“ utopisch erscheint, dagegen wehren, daß eine unsachliche Beeinflussung der Öffentlichkeit bei dieser Vorstellungen erweckt, die nicht realisierbar sind und letztlich außer Angstpsychosen nichts anderes, nichts Positives hervorruft.

Ich stelle fest, Hohes Haus: Wir bekennen uns in der landwirtschaftlichen Produktion uneingeschränkt zum Grundsatz, daß in der Produktion die gesundheitliche Qualität der Produkte und der Gesundheitsschutz der Bevölkerung Priorität hat. Wir verstehen auch, daß eine kritische Öffentlichkeit wissen will, wohin der wissenschaftlich-technische Fortschritt

führt, welche Folgen zu erwarten beziehungsweise wie diese Folgen zu bewältigen sind. Aber wir verstehen nicht, Frau Minister, und hier spreche ich Sie persönlich an, daß zum Beispiel ein Initiativantrag für ein modernes Futtermittelgesetz, das seit eineinhalb Jahren in diesem Haus liegt und bisher keiner Behandlung zugeführt wurde, gebremst wird, wo man doch nicht zuletzt auch aus der Presse immer wieder hört, wie notwendig ein solches Futtermittelgesetz für eine moderne, fortschrittliche Entwicklung sei. Ich weiß schon, Sie können jetzt vielleicht sagen, das fällt nicht unmittelbar in Ihre Kompetenz und so weiter, aber dieses Problem greift sehr weit in die agrarische Nahrungsmittelproduktion ein, so daß Sie, Frau Bundesminister, zwangsläufig, ob formal oder nicht formal, ein Interesse daran haben müßten.

Wir verstehen weiters nicht, daß bis jetzt nichts getan wurde hinsichtlich eines neuen Fütterungsarzneimittelgesetzes, obwohl immer wieder behauptet wird, daß sich gerade auf diesem Gebiet so viel Dunkles — unter Anführungszeichen — abspiele. Der Landwirtschaft immer wieder vorzuwerfen, sie produziere alchimistisch, ist zu einfach und zu oberflächlich. Wir haben, und das erkläre ich sehr dezidiert, nichts dagegen, wenn eine schärfere Kontrolle der Medikamentenabgabe es ans Tageslicht bringt, wenn wirklich etwas Dunkles — unter Anführungszeichen — geschieht.

Und weiter. Frau Minister, wir verstehen auch nicht ganz, warum bei der Inlandsproduktion hinsichtlich der gesundheitlichen Voraussetzungen dieser Waren ein anderer Maßstab als bei den Importwaren angelegt werden soll, denn daß man die im Inland produzierte Ware leichter kontrollieren kann, weil alles hier sozusagen am Präsentierteller liegt, als jene Produkte, die aus dem Ausland kommen, ist mir klar. Nur darf man im Interesse einer Waffengleichheit der inländischen Produktion, aber auch im Interesse des Gesundheitsschutzes der Konsumenten, glaube ich, keine verschiedenartigen Maßstäbe anlegen. (*Abg. P a n s i: Das geschieht doch nicht!*) Herr Kollege Pansi! Sie wissen sehr genau, daß es hierbei sehr große Schwierigkeiten gibt, und wenn Sie die Überzeugung haben, daß es nicht geschieht, dann bin ich auch beruhigt, denn das kann mir nur recht sein; aber Sie gestatten doch, daß wir auf Grund gewisser Erfahrungen berechnete Zweifel daran haben, daß es nicht immer so ist. Sie können mir glauben, daß Dinge bei vom Ausland nach Österreich gelieferten Produkten vorkommen, die einer Kontrolle unsererseits nicht so ohne weiteres unterziehbar sind.

Koller

Frau Minister! Es gibt einen ganzen Katalog von Problemen, von der eingangs erwähnten Frage der Tierkörperverwertungsanstalten über das ganze Veterinärwesen, das Ihnen kompetenzmäßig zusteht, also eine Fülle von direkten und indirekten Berührungspunkten Ihres Ministeriums mit der Landwirtschaft.

Die Frage des Lebensmittelgesetzes möchte ich wegen der laufenden Verhandlungen nur andeuten. Hier gäbe es, Frau Minister, Möglichkeiten für viele Initiativen, aber ein Grundsatz — das möchte ich abschließend mit aller Deutlichkeit sagen — muß nach wie vor gelten: Wenn schon die ökonomische und die Technisierungswelle die Landwirtschaft weitestgehend allein getragen hat, die ökologische Welle hingegen ist nicht Sache der Landwirtschaft allein, sondern ist ein vielschichtiges Anliegen für alle in diesem Heimatland Österreich. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Probst**: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Professor Dr. Gisel. Er hat das Wort.

Abgeordneter Dr. **Gisel** (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Seit Jahrhunderten ist im Theaterbetrieb den Autoren und den Darstellern der Erfolg beim Publikum gewiß, wenn sie auf der zu einem Krankenzimmer umgestalteten Bühne drei Ärzte hinstellen, die, ins Grotteske verzerrt, sich in Diagnose und Therapie nicht einigen können. Nunmehr sind hier in diesem Haus drei Ärzte delegiert in Beratung und Beschlußfassung, und das Haus wird bisweilen Zeuge werden, daß wir drei uneins sind. Dennoch aber hat die Natur dafür gesorgt, daß wir uns nicht gegenseitig in den Haaren liegen werden. *(Heiterkeit. — Beifall bei der SPÖ.)*

Ich bitte sehr um Ihr Verständnis, daß meine heutige Stellungnahme von der Tatsache beeinflusst ist, daß ich an den Beratungen zur gegenständlichen Materie nicht teilgenommen habe; eingehende Äußerungen meinerseits könnten daher als Anmaßung empfunden werden.

Das Bundesministerium hat seine Schwerpunkte in der Krankheitsverhütung, in der Früherfassung, in der Krankheitsbekämpfung und in der Rehabilitation gesetzt. Wir haben hier im Land einen hohen Stand in der Individualmedizin, zumindest was die Qualität anlangt. Daß die Quantität nicht ausreicht, daß wir in der freien Praxis und im Spital zum Beispiel, um nur eines zu erwähnen, Ärztemangel haben, ist allzusehr bekannt. In der Individualmedizin halten wir noch einen hohen Stand, in der Sozialmedizin haben uns andere Populationen überrundet, obwohl gerade in der Sozialmedizin wesentliche Grundlagen in diesem Land von Teleky erar-

beitet und von Julius Tandler praktiziert worden sind.

Meine Damen und Herren! Die Sozialmedizin ist Erforschung und Anwendung medizinischer Wissenschaft von Gruppen von Menschen und für Gruppen von Menschen. Hier ist die Vorbeugung, die Beseitigung von Krankheitsursachen, die Erforschung sozialer Faktoren, die fördern und hemmen, was von Menschengruppen geschaffen wird oder geschaffen werden könnte, von Bedeutung. Ich erinnere Sie — es ist heute von der Frau Minister darauf hingewiesen worden —, daß natürlich ein Mensch, der Selbstmord verüben will, ein Individuum für sich ist und mit seiner Selbstmordabsicht allein steht. Wir aber wissen, daß es viele Menschen gibt, die in besonderen Situationen gleichartig reagieren und, zum Beispiel, ihrem Leben ein Ende setzen wollen.

So gibt es eben Sozialkrankheiten, die aber an keiner hohen Schule unterrichtet wurden, und es gibt Schicksalsgruppen, für die die Gesellschaft Verantwortung trägt. Die Schwierigkeiten, das geht aus so vielen Debattenbeiträgen heute hervor, die ein Gesundheitsministerium hat, bestehen eben darin, den Weg zu finden zwischen der Freiheit des Individuums, ihm alles das zu gestatten, was es möchte, und es andererseits darauf hinzuweisen, daß es Verpflichtungen hat dem Mitmenschen gegenüber, der Nachbarschaft gegenüber. Wir nennen uns ziemlich arrogant *homines sapientes*, vergessen, daß jeder von uns ein *homo socialis* ist. Der erste Mensch, der auf dieser Erde ohne einen Gefährten neben sich war, war ebenso wenig Mensch in unserer Definition, wie es der letzte sein wird, der mit niemandem mehr sprechen kann, der allein seinem endgültigen Abschied auf dieser Erde entgegengeht.

Das sind die Voraussetzungen, die ein Gesundheitsministerium bei allen seinen Planungen beachten muß. Ich bin sehr froh, daß eine Diskrepanz im Gesundheitswesen vielleicht mit dem heutigen Tage aufhören kann. Ich kann mir sehr gut vorstellen, daß zwischen dem Bundesministerium, repräsentiert durch den Bundesminister, und dem Gesundheitsprecher einer großen Partei Formulierungen gefunden werden, die dem Nichtsachkundigen den Eindruck von Frontstellungen bieten. Aber wer sachkundig ist, muß eigentlich zur Meinung kommen, daß es sich sehr häufig nur um Nuancierungen handelt oder daß ein anderes Vokabular verwendet wurde. Nun, da die Konfrontation in diesem Saal stattfinden wird, können wir vielleicht diesbezüglich auf ein besseres Miteinander rechnen.

Dr. Gisel

Aber vor allem, meine Damen und Herren — und verzeihen Sie das einem allmählich alt werdenden, der bei seiner ersten Rede an diesem Pult das sagt —: Ich verstehe eigentlich die Widersprüchlichkeit nicht, komme nicht darauf, worin sie begründet ist. Das geht jetzt so die dritte Woche. Der Sprecher der einen Fraktion sagt: Es ist nichts geschehen, es ist nichts geschehen, und auch das ist nicht geschehen. Dann kommt der Sprecher der anderen Fraktion und zählt auf. Einer von den beiden muß im Unrecht sein. Wenn es also der ist, der behauptet, es ist nichts geschehen, dann müßte er doch jetzt an das Pult gehen und sagen: Das ist nicht wahr, das ist nicht wahr, und das ist nicht wahr.

Ich komme bei dieser Art der parlamentarischen Konfrontation derzeit nicht mit. Ich bin in meiner jahrelangen Tätigkeit in der Gemeindestube eigentlich dieser Situation nie ausgesetzt gewesen.

Der Herr Kollege Scrinzi sprach von einer Trias; das Ministerium hätte keine Kompetenzen, keine Mittel und keine Initiativen entwickelt. Ich frage: Wenn sich jetzt nach fünfständiger, sechsständiger Debatte hier so oft ein Katalog dargestellt hat, in dem Leistungen aufgezählt werden, dann kann auch an dieser Trias irgend etwas nicht stimmen. (*Abg. Dr. Scrinzi: Ich habe nicht gesagt „keine“, sondern „mangelnde“!*) Sie haben gesagt: „Diese Trias“. (*Abg. Dr. Scrinzi: „Keine“ wäre unrichtig! Ich habe von „Mangel“ gesprochen!*) Sie haben gesagt, es ist ein Ankündigungsministerium, es wird angekündigt; aber, von mir aus, es soll sein. Es kommt mir auch gar nicht zu, zu versuchen, Zensuren auszustellen. Wirklich nicht. Ich habe genug Studenten, wo ich das leider tun muß. Aber, Herr Kollege Wiesinger, ich würde Sie sehr bitten, sich von so journalistischen Aufhängungen zu distanzieren und auch in diesem Saal vom „kranken Krankenhaus“ zu sprechen. (*Beifall bei der SPÖ.*) Sie haben es nicht erfunden, Herr Wiesinger. Ich weiß das. Welche Folgen aber hat dieses ununterbrochene Zitieren vom kranken Krankenhaus für alle diejenigen, die sich in diesen Krankenhäusern mühen in einer Art und Weise, wie wir sie nie entlohnen können, wie wir ihnen nie den Dank aussprechen können, die alles, wirklich alles tun, was im Krankenhaus überhaupt geschehen kann? Für jene ist eine solche Bezeichnung eigentlich gleichbedeutend, als wären sie Organe in einem kranken Organismus und würden alles tun, um diesen kranken Organismus weiter krank zu halten. (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Vetter: Das ist eine Verdrehung!*)

Ich höre, die Nierendialyse kann nicht durchgeführt werden. Herr Kollege Wiesinger! Wahrscheinlich wissen auch Sie von einer großen Dialysestation in einem Krankenhaus der Stadt Wien, wo jede Krankenschwester, die in dieser Dialysestation gearbeitet hat — jede bisher —, einen schweren körperlichen Schaden davongetragen hat, weil sich eben aus dieser Art der Krankenpflege und der Krankenbetreuung in einer solchen Station eine enorme Eigengefährdung ergibt. Daß dann Engpässe im Personal auftreten können, ist wohl klar. Es müßten ja diese Frauen Engel sein, wenn sie nicht an sich und ihre eigene Familie denken würden.

Herr Kollege Wiesinger! Sie haben auch gemeint — ich komme nochmals darauf zurück —, man solle die Gesundheitspolitik außer Streit stellen. Tun wir es wirklich, ich bin gerne bereit, alles zu tun mit meinen Freunden, daß dieses geschieht. Aber dann dürfen Sie nicht eine Kapriole schlagen und sagen: Der Österreicher soll gesünder, aber nicht sozialistischer werden. (*Abg. Doktor Wiesinger: Ich habe Österreich gesagt und nicht Österreicher!*) — Es gilt genauso gut — ich habe es nicht verstanden, ich wollte Sie nicht fragen —, wenn Sie sagen, Österreich soll gesünder, aber nicht sozialistischer werden. Das hat mit dieser Ihrer Ankündigung kaum etwas zu tun. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Und ein letztes dazu. Ich bin überzeugt davon, meine Damen und Herren, daß heutzutage die Gesundheit wirklich nicht mehr Privatsache ist. Das war vielleicht vor vielen hundert Jahren, aber heutzutage halte ich es für unverantwortlich für einen denkenden Menschen, für einen homo sapiens, täglich Verstöße gegen seine eigene Gesundheit zu unternehmen, die Summierung dieser Verstöße abzuwarten und sich dann in kostspielige und uns alle belastende Behandlung zu begeben.

Es gibt eine ganze Reihe von Absurditäten. Ich möchte eine solche Absurdität — und verzeihen Sie, daß es so banal ist — folgendermaßen begründen: Wenn ich meine neunzehnjährigen und zwanzigjährigen Studenten bitte, in der Anatomievorlesung mir zu ermöglichen, einen gesunden Menschenfuß am Lebenden zu demonstrieren, so ist unter Hunderten von solchen Studentinnen und Studenten nicht einer dabei, der noch gesunde Füße hat. Die Deformierungen sind verschiedener Art, am häufigsten sind die Zehen falsch gestellt.

Warum geschieht dies so? Man behauptet, die Schuhmode wäre daran schuld. Meine Damen und Herren! Der Mediziner weiß, daß kleinste Kräfte, die an der lebendigen Substanz angreifen, die stärkste deformierende

Dr. Gisel

Kraft ausüben. Je zarter ein Strumpfgewebe ist, umso mehr werden die Zehen geklammert und legen sich in eine unanatomische Haltung. Und das Absurde, meine Damen und Herren: Niemand von uns zieht einen linken Handschuh auf die rechte Hand und einen rechten Handschuh auf die linke Hand, aber bei den Füßen tun wir so, als ob wir nicht einen rechten und einen linken Fuß hätten, sondern als ob diese beiden Füße anatomisch indifferent wären und streifen einen Strumpf oder einen Socken über, der kein rechter ist und kein linker ist, sondern sich zehenneutral verhält.

Und das ist die Ursache dafür, daß die Zehen bereits beim Kind falsch gestellt sind, noch dazu wenn man also die weitere Absurdität in Rechnung stellt, daß der Säugling noch längst nicht geht, sich die Füße nicht schmutzig macht, aber Großmutter und Tante sich bereits bemühen, Strümpfe und Strumpfhosen zu stricken, zu häkeln und von mir aus zu klöppeln für dieses Kind, das ja dann wächst, während der Strumpf nicht wächst, sondern nur durch das Waschen kleiner wird, und es also frühzeitig zu dieser Deformierung kommt.

Und eine zweite Absurdität: weil ich, früher einmal ein ganz passabler Sportler, über diese Tatsache einfach nicht hinwegkomme, und es hat mir in der anderen Kammer dieses Hauses bereits eine Rüge von einem Vorarlberger Kollegen eingetragen, weil er glaubte, ich hätte damit die Sportelite unseres Landes angreifen wollen.

Meine Damen und Herren! Als wir das Schifahren ein bißchen alpin betrieben und uns das Gelände nicht schwierig genug schien, haben wir Latschenzweige in den Schnee gesteckt und haben angefangen, unseren primitiven Slalom zu fahren. Daraus sind Torstangen geworden. Nun ist es für mich immer wieder ein erschütterndes Erlebnis — und die Diskussionen mit meiner Familie, mit meinen Kindern diesbezüglich führen zu nichts —, denn ich sage: Sobald ein Läufer im Rennen eine solche Torstange nur berührt, müßte er meiner Meinung nach schon disqualifiziert sein, denn es ist ja der Sinn des Tores und der Torstangen, dazwischen die Richtungsänderungen vorzunehmen und nicht an diese Torstange anzufahren. Und wie viele Stürze, schwere Stürze, sich hierbei ereignen, wissen wir, aber ich wollte Ihnen nur andeuten, daß wir alle solche Absurditäten zur Kenntnis nehmen, ohne entsprechend zu reagieren.

Damit verlasse ich dieses Thema und wende mich einem zu, das hier von der Mehrzahl der Redner besprochen wurde, und ich will

gleich sagen, daß ich in dieser Frage nicht ganz objektiv bin, daß ich befangen bin. Ich wende mich der Besprechung des Bundesinstitutes für Gesundheitswesen und Umweltschutz zu. Ich muß hier — es ist heute wiederholt von persönlichen Prioritäten gesprochen worden — einleitend berichten, daß ich im Jahre 1967 vom Gemeinderat der Stadt Wien beauftragt war, über Reformen an den Krankenanstalten eine Kommission zu bilden, diese Kommission zu präsidieren, und ich habe in dieser Eigenschaft Sitzungen abgehalten, darunter auch eine große Enquete, die von den verantwortlichen Damen und Herren in den Bundesländern wohl beachtet wurde; sie haben Beobachter entsendet. Während dieser Enquete wurde wiederholt auch von den Gästen aus dem Ausland der Wunsch geäußert, diese Besprechung nicht auf das Bundesland Wien allein zu beschränken, sondern auf alle Bundesländer auszuweiten.

Die Ergebnisse dieser Konferenz und dieser Enquete sind beachtet worden, sie sind auch beachtet worden im damals verantwortlichen Sozialministerium. Das Sozialministerium bildete nun seinerseits eine Kommission, der auch der von der Österreichischen Volkspartei damals so oft strapazierte und bemühte Universitätsprofessor Dr. Karl Fellingner angehörte.

Professor Fellingner und die Herren der Kommission reisten in das Ausland, studierten die Materie und empfahlen die Schaffung eines derartigen Gesundheitsinstitutes.

Dem Ministerium genügte diese Empfehlung nicht. Es wandte sich an die Weltgesundheitsorganisation, die nun ihrerseits Berater entsandte. Die Berater erarbeiteten Möglichkeiten.

Die erste: Sie meinten, ein solches Institut — theoretisch wäre dies möglich und im Ausland bisweilen praktiziert — könne eigentlich von einer medizinischen Fakultät in diesem Lande geleitet werden. Die Experten, nachdem sie sich erkundigt hatten, kamen zur Erkenntnis, dies wäre für Österreich kein zielführender Weg, weil die Fakultäten mit Ausbildungsfragen derzeit so überfordert sind, daß sie nicht einmal die nachpromotionelle Ausbildung, also diejenige Ausbildung, die im Krankenhaus erworben werden muß, in den Griff bekommen können.

Die zweite Möglichkeit wäre nach Ansicht der Experten eine Institution, die zum Beispiel in Form eines Fonds errichtet werden könnte. Dieser Fonds müßte unabhängig vom Ministerium sein, denn dem Ministerium wür-

Dr. Gisel

den ja wegen der Dezentralisation im Gesundheitswesen wesentliche Einflußnahmen nicht möglich sein.

Dieses Bundesministerium für das Gesundheitswesen ist im vorigen Jahr Wirklichkeit geworden.

Herr Dr. Scrinzi hat am 25. Jänner dieses Jahres die Ablehnung seiner Fraktion folgendermaßen begründet: Ganz entscheidend ist die Nichtkoordinierung im Gesundheitswesen, weil dieses Institut mit Aufgaben betraut werden soll, die zum Teil von bestehenden Einrichtungen — und er sagte damals: Universität und zahlreiche wissenschaftliche Gesellschaften — und zum Teil von anderer Seite bewältigt werden, und diese Aufgaben sollten, seiner Auffassung nach, direkt vom Ministerium selbst gelöst werden. Aber er sagte damals, Gesundheitspolitik müßte kein Streitfall zwischen den Parteien sein. (*Präsident B e n y a übernimmt den Vorsitz.*)

Sprecherin der Österreichischen Volkspartei war Frau Dr. Hubinek. Sie fragte: Wozu haben wir ein eigenes Gesundheitsministerium gebraucht, wenn dies ebensogut ein Institut erledigen kann? Aber auch sie schloß sich an und trat dafür ein, die Gesundheitspolitik nicht zum Feld politischer Auseinandersetzungen zu machen.

Der Sprecher der Sozialisten war Sekanina. Er prophezeite, daß mit dieser Einrichtung permanent und in Etappen Zielsetzungen erreicht werden, daß man im Bereich der Gesundheitspolitik zu Resultaten kommt, und er schloß: Es wäre wenig sinnvoll und zielführend, würde man gerade die Fragen und Probleme der Gesundheitspolitik in den Mittelpunkt parteipolitischer und tagespolitischer Auseinandersetzungen stellen.

Meine Damen und Herren! Ich bin noch aus einem anderen Grund in dieser Angelegenheit befangen. Die 21 Mitglieder des Fachbeirates des Instituts erwiesen mir die Ehre, mich zu Ihrem Vorsitzenden zu wählen, und ich bekomme in dieser Eigenschaft Einblick in die Aufgaben des Instituts und sehe, wie es diese Aufgaben bewältigt. Ich halte es für vollkommen richtig, wenn die derzeitige Institutsleitung sich zum Beispiel an die Ärzte wendet und anfragt, welche Aufgaben die freipraktizierende Ärzteschaft vordringlich gelöst sehen möchte. Im Fachbeirat selbst stellen wir auch entsprechende Anträge. Wir haben in der letzten Sitzung des Fachbeirates zum Beispiel die Frage nach einem Rehabilitierungskonzept gestellt, das von diesem Institut aus erarbeitet werden müßte.

Ich erspare Ihnen — denn dies ist durch einige Sprecher, auch durch die Frau Bundesminister bereits geschehen —, Ihnen den ganzen Katalog der in diesem Institut in elf Monaten erarbeiteten Materie vorzulegen. Auf jeden Fall glaube ich, obwohl heute wiederholt behauptet wurde, daß dieses Ministerium so wenig Kompetenzen hätte, daß es doch viel Kompetenzen haben muß, denn sonst könnten doch heute von den Rednern der verschiedenen Parteien nicht so viele Aufforderungen an das Ministerium gestellt worden sein, diese und diese und jene Materie endlich in Angriff zu nehmen. (*Beifall bei der SPO.*)

Ich bitte, dem Neuling zu verzeihen. Herr Abgeordneter Vetter hat, ich glaube aus einer Zeitung, zitiert, in welchem — wie er sagte — katastrophalen Gesundheitszustand ein Teil der Jugend des Burgenlandes wäre. Herr Kollege Vetter, haben Sie sich erkundigt, woher diese Zeitung eigentlich diese Unterlagen haben kann? Mir als neu in diesem Haus Seiender erscheint nur die eine Möglichkeit gegeben: daß hier eine Studie vorliegt, die zur Kenntnis eines Journalisten gekommen ist, und der hat sie auf diese Art und Weise publiziert. Es würde mich, Frau Bundesminister, jetzt wirklich sehr interessieren, ob diese Pressenachricht nicht erst durch eine Aktivität in Ihrem Ministerium überhaupt eigentlich ermöglicht worden ist.

Ähnlich halte ich das mit der Kompetenz in Angelegenheit der Schulärzte. Daß ein Arzt, der in einer Schule tätig ist, natürlich in der Kompetenz dieses Schulwesens fällt, daß der Arzt, der in der Staatsoper tätig ist, in die Kompetenz der Staatsoperndirektion fällt, ist wohl selbstverständlich, auch wenn es natürlich logisch sein müßte, bei diesen so wichtigen Bemühungen um die heranwachsende Jugend anscheinend die erste Instanz zu sein. Aber wahrscheinlich — und das ist ja heute auch schon gesagt worden, wenn ich richtig mitgekommen bin — sind ja diese Schulärzte vom Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz entsprechend informiert, und ich weiß, daß wir im Bundesinstitut für Gesundheit und Umweltschutz ja solche Kataloge gerade für die Schulärzte, aber auch für die Amtsärzte erstellen wollen.

Nur noch ganz wenig — weil ausgiebig davon gesprochen wurde — über den Umweltschutz. Frau Minister Leodolter prägte einmal das Vokabel von der „umfassenden Umweltschutzkompetenz“, und Herr Kollege Wiesinger hat damals dieser Formulierung eine andere entgegengestellt. Er wollte die bisherigen Kompetenzen beachtet und erhalten wissen, und dem Bundesministerium sollten

Dr. Gisel

nur solche Kompetenzen übertragen werden, die auf, sagen wir „noch nicht determinierten Sachgebieten“ möglich wären. Er plädierte — ich möchte das ausdrücklich festhalten — aber für Mitentscheidung zum Beispiel beim Gewererecht, beim Wasserrecht und beim Verkehrswesen.

Es fragt sich also: Ist diese Auffassung tatsächlich so gewichtig? Es ist auch heute eine weitere Vermischung eingetreten, und zwar in dem Debattenbeitrag des Herrn Abgeordneten Hanreich. Naturschutz ist etwas anderes als Umweltschutz. Im Naturschutz, meine Damen und Herren, steckt eine sehr wissenschaftliche Formulierung, die idealistisch geprägt ist. Umwelt ist hingegen für jeden Menschen etwas ganz Spezifisches. Die Umwelt ist für ihn ein spezifischer Sektor aus dem gesamten Gebiet — wenn Sie wollen: dem natürlichen Gebiet. Dieser Umweltschutz wird daher von jedem einzelnen oder von Gruppen sehr individuell empfunden, er ist ein individuelles oder ein Gruppenanliegen, ist auf jeden Fall existenzbezogen, wird ökonomisch sozial determiniert und hat viele egoistische Facetten.

Nun zur Diskrepanz. Vergehen gegen die Umwelt werden solange hingenommen, solange man nur die knappste körperliche Befriedigung erreichen kann. Ich war entsetzt, meine Damen und Herren, als uns afrikanische Bürgermeister bei der großen Umweltschutzkonferenz in Toronto vor zwei Jahren erklärt haben: Eure Sorgen möchten wir haben! Eine Wasserverschmutzung, eine Bodenverschmutzung, eine Luftverschmutzung, das interessiert uns nicht! Gebt uns das Geld, gebt uns die Industrien, damit unsere Menschen arbeiten können, dann werden wir weitersehen.

Und ganz in diesem Sinne und aus diesem Wissen heraus hat wahrscheinlich — ich komme jetzt auf einen Zwischenruf zurück, den ich vorhin gehört habe — Bundeskanzler Kreisky auf dem Europäischen Forum in Alpbach über den Umweltgedanken folgendermaßen gesprochen: Auf einem noch so schönen Flecken Land werden sich die Menschen, falls sie arbeitslos sind, nicht gegen die Umweltverschmutzung, hervorgerufen durch die Errichtung eines großen Betriebes wehren, auch wenn sie sich der negativen Auswirkungen auf ihre Umwelt bewußt sind. Eine brauchbare Umweltschutzpolitik, zu der auch die Umweltökonomie gehört, kann es also erst geben, wenn die psychologischen Voraussetzungen einer gewissen Wohlstandsentwicklung vorliegen.

Ich möchte mich da ganz einem so gewiegten Kenner, wie es Helfried Ortner ist, anschlie-

ßen, der im Septemberheft der Zeitschrift „Umweltschutz“ für Österreich folgendermaßen formuliert hat: Bei der Lösung des Problems der Luftverunreinigung erweist es sich als besonders nachteilig, daß vor allem die gesetzliche Kompetenz auf sehr viele Materien aufgesplittert ist, so zum Beispiel die Bauordnung, die Gewerbeordnung, die Straßenverkehrsordnung und ähnliches. Es sollten daher alle Anstrengungen unternommen werden, um durch ein eigenes Immissionsschutzgesetz alle Möglichkeiten auszuschöpfen, insbesondere aber die Grenzwerte festzulegen, die nicht überschritten werden dürften. — Ich glaube, mit dieser Formulierung werden alle drei Fraktionen in diesem Haus wohl einverstanden sein.

Ich möchte, weil es sich in diesem Jahr ereignet hat, daß uns Lorenz Böhler für immer verlassen hat, darauf hinweisen, daß wir in den Fragen der Rehabilitation noch einiges zu leisten haben, ungeachtet der Tatsache, daß es Institutionen gibt, die sich bisher in hervorragender Weise in dieser Angelegenheit bemüht haben.

Vor nicht allzu langer Zeit ist in diesem Raum die Frage gestellt worden, was Rehabilitation überhaupt ist. Wir müssen da zwei Begriffe unterscheiden: Die Heilung ist die Revalidisierung — wenn wir schon nach einem Fremdwort suchen —, und daran hat sich in vielen Fällen die Rehabilitation anzuschließen. Denn mit dem Ausheilen ist es ja nicht getan. Ausheilen bedeutet nicht vollkommene soziale und berufliche Adaption.

Es sind Alibifunktionen, die sich die Gesellschaft bisweilen anmaßt, wenn sie dem einen einen Blindenhund, dem anderen eine Hörbrille und dem dritten eine Prothese bewilligt.

Wir müssen schon beim Kind, das mit Mißbildungen auf die Welt gekommen ist, anfangen. Wir können solche Dinge nicht verschweigen. So ist vor wenigen Tagen ein Kind gliedmaßenlos in einer Wiener Klinik geboren worden. Wir müssen für ein solches Kind Überlegungen anstellen, für alle Phasen seiner Kindheit, seiner Schulzeit, und müssen ihm später einmal, wenn es heranwächst, die Hilfen geben, die es braucht. Das geschieht nicht im Akutkrankenhaus und nicht im Langzeitkrankenhaus, sondern hier müssen Spezialisten in einem großen Verband zusammenarbeiten: die Ärzte in einem Rehabilitationskrankenhaus, die Pädagogen in einem angeschlossenen entsprechenden Rehabilitationszentrum und die Werkmeister in entsprechenden Werkstätten.

Dr. Gisel

Wir müssen für diese Menschen die gesamte soziale Umwelt im Modell bereitstellen: die Schule, die Lehrwerkstätte und die Wohnung mit all den Einrichtungen, die ein so behinderter Mensch braucht, damit sein Leben auch für ihn noch lebenswert ist, trotz des schweren Schicksals, das er zu tragen hat.

Meine Damen und Herren! Ich komme zum Schluß. Jede Planung im Gesundheitswesen wird von allen Seiten kritisch verfolgt und wird auch kritisiert. Denn jeder von uns ist Patient von morgen und ist daher ebenso interessierte Partei, wie etwa der freipraktizierende Arzt oder der Spitalarzt, der Sanitätsbeamte, die Krankenschwester, der Krankenkassenfunktionär, der Gemeinde-, Landes- und der Bundespolitiker.

Umso wichtiger ist es, die sich ständig ändernde Bio- und Sozialstruktur zur Grundlage der Gesundheitspolitik zu machen und sie mit den volkswirtschaftlichen Erfordernissen abzustimmen. Ich glaube, dieser Gesichtspunkt wurde in den Überlegungen des Spezialberichts über die Beratungsgruppe XV deutlich zum Ausdruck gebracht. *(Lebhafter Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Linsbauer.

Abgeordneter **Linsbauer** (OVP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Von der linken Seite und von der rechten Seite wurde, wie Professor Gisel sagte, vieles erwähnt, was für die Gesundheit und den Umweltschutz sehr notwendig ist. Professor Gisel meinte, die Opposition möge nicht nur kritisieren und die Regierungspartei nicht allein das aufzählen, was an Positivem vorliege.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte mich einem Gebiet zuwenden, das den öffentlichen Dienst und die Dienststellen des öffentlichen Dienstes in Ihrem Ressort, Frau Bundesminister, betrifft.

Leider muß ich feststellen — wir alle wissen das — finden das Dienstnehmerschutzgesetz und die Arbeitsinspektion im öffentlichen Dienst keine Anwendung. Ich darf Sie, Frau Bundesminister, gleich zu Beginn bitten — diese Bitte richte ich auch an den Sozialminister — dahin gehend einzuwirken, daß doch auch der öffentliche Dienst beziehungsweise die Gebäude, die Diensträume, das Inventar und überhaupt alle technischen Dinge, mit denen der öffentliche Dienst zu tun hat, in Zukunft durch die Arbeitsinspektion überprüft werden können.

Frau Bundesminister! Ihnen sind die Anstalten, die Ihrem Ressort angeschlossen oder nachgeordnet sind, bekannt. Ich möchte hier

— das ist leider nichts Positives — anführen, welche Schwierigkeiten es in diesen Anstalten gibt.

Frau Bundesminister! Sie kennen die Pathologisch-serologische Untersuchungsanstalt in Linz. Sie kennen auch die Lebensmitteluntersuchungsanstalt in Linz. Wir waren bei den Personalvertretungswahlen draußen. Es ist ein fürchterlicher Zustand, und es sind fürchterliche Bedingungen, unter denen die Beamten dort arbeiten müssen.

Für Linz ist ein Neubau geplant, er ist bereits im Bau. Ich darf Sie fragen: Wann kann damit gerechnet werden, daß die Bediensteten in ordentlichen Räumen untergebracht werden? Wann wird mit der Arbeit in diesen neuen Anstalten begonnen werden können?

Ähnlich wie in Linz ist es in Graz. Frau Bundesminister! Wir waren auch in Graz und haben feststellen müssen, daß die Bediensteten in Kellerlokalen untergebracht sind, daß es dort eine schlechte Beleuchtung gibt, daß die Raumverhältnisse beengt sind und so weiter.

Als Bestätigung dafür — Sie, Frau Minister, wissen das sowieso — möchte ich dem Hohen Haus ein kleines Stück aus einem Brief der Personalvertretung zitieren:

„Die Sicherheitsvorkehrungen zum Schutze der Gesundheit der Bediensteten sind vollkommen unzureichend. Die Arbeiten mit höchst gefährlichem Material sind unter unzumutbaren räumlichen und technischen Bedingungen zu bewältigen, die Einrichtungen, welche dem gesundheitlichen Schutz der Bevölkerung dienen, sprechen Hohn.

Die sanitären Verhältnisse sind katastrophal.

Raumnot, viel zu kleine Räume, gar keine oder schlechteste Entlüftungsmöglichkeit, Explosionsgefahr, Gefährdung durch Bakterien und Bazillen in vermeidbarer Form prägen das Bild der beiden Anstalten.

Schwere gesundheitliche Schädigungen (Verbrühungen, Infektionen) sind bereits mehrfach aufgetreten.“

Schließlich schreibt die Personalvertretung:

„Ein Sozialstaat wie Österreich ... muß auch für eine kleine Gruppe von öffentlich Bediensteten, die unter großen Mühen seit Jahrzehnten“ für Österreich arbeiten, „menschenwürdige Arbeitsbedingungen schaffen.“

Sehr geehrte Frau Bundesminister! Das betraf Graz.

Wie sieht es in der Lebensmitteluntersuchungsanstalt in Wien aus? Sie wurden durch die Personalvertretung gebeten, hier Abhilfe zu schaffen, und zwar in der Weise,

Linsbauer

daß ein Grundstück angekauft werden sollte. Sie haben nach Aussagen der Kollegen von den Untersuchungsanstalten dies versäumt und haben in den letzten Tagen einen Brief geschrieben, in dem steht, Sie werden sich weiterhin bemühen.

Sehr geehrte Frau Bundesminister! Durch das Schreiben von Briefen werden keine Gebäude gebaut. Ich möchte Sie ersuchen, zu trachten, mit dem Finanzminister und mit dem Bautenminister vielleicht doch zu einem Ergebnis zu kommen, welches es ermöglicht, daß diese Kollegen auch in der neuen Lebensmitteluntersuchungsanstalt oder in der erweiterten Anstalt Platz finden.

Frau Bundesminister! Es wurde mir von den Kollegen gesagt, daß sie, obwohl man von der Novelle zum Lebensmittelgesetz viel hält, nicht imstande sein werden, diese Novelle in ihren Bereichen durchzuführen. Es wird also notwendig sein, daß Sie dafür sorgen, daß diese Erweiterung Platz greifen kann.

Frau Bundesminister! Nun komme ich zu einem Gebiet, bei dem Sie sehr empfindlich sind, und zwar geht es da um die Dienstposten. Frau Bundesminister! Sie haben den nachgeordneten Dienststellen keine weiteren Dienstposten zugesagt, haben aber die Zentralstelle erweitert, und zwar nicht nur mit Dienstposten, sondern auch durch ein Gebäude.

Frau Bundesminister! Ich habe Sie im Finanzausschuß gefragt, welche Wege beziehungsweise Kanäle es gibt, durch die Beamte aus verschiedenen nachgeordneten Dienststellen in Ihr Ressort kommen.

Frau Bundesminister! Hier gibt es nun — und darüber möchte ich Sie fragen — das zu erwartende Dienstpostenausschreibungsgesetz. Der Herr Bundeskanzler hat — so wie er es immer tut, mit großer Transparenz — dieses Dienstpostenausschreibungsgesetz angekündigt. Geschehen ist bisher nichts. Der Gesetzentwurf hat die Nummer 748 der Beilagen und liegt im Parlament. Der Herr Bundeskanzler hat mit dem Dienstpostenausschreibungsgesetz nach außenhin sagen wollen, daß durch die ÖVP-Regierung die Posten geheim verschachert wurden.

Frau Bundesminister, wie geschieht denn das jetzt? Ich darf Sie in diesem Zusammenhang fragen: Wie werden bei Ihnen die Leute neu eingestellt, nehmen Sie auf das Dienstpostenausschreibungsgesetz Rücksicht? Ich möchte ein ganz kleines Stück aus dem Dienstpostenausschreibungsgesetz zur Verlesung bringen. Hier heißt es:

„Wird eine Funktion neu begründet, so hat die Ausschreibung innerhalb eines Monats ab dem Zeitpunkt der diesbezüglichen organi-

satorischen Maßnahme zu erfolgen.“ (Abg. Dr. Tull: Herr Kollege! Das liegt erst in einem Unterausschuß, daher kann man es nicht anwenden! — Abg. Dr. Gruber: Wir haben es im Bereich der wissenschaftlichen Hochschulen auch gemacht; auf Antrag der ÖVP!)

Richtig, Kollege Tull, aber man könnte Rücksicht nehmen oder vorschauend auf dieses Dienstpostenausschreibungsgesetz eingehen. Warum hätte es denn der Herr Bundeskanzler gebracht, wenn er nicht transparent sein wollte mit diesem Gesetz? Ansonsten werden diese Dienstposten anders, ganz, ganz anders vergeben.

Sie haben mir, und zwar sehr abweisend gesagt, Sie möchten sich dagegen verwahren, daß Sie in Kenntnis wären, daß von den nachgeordneten Dienststellen gerade nur Sozialisten in die Zentralstellen kommen. Der Kollege Sekanina sagte mir im Ausschuß: Sag' die Namen.

Sehr geehrte Frau Bundesminister! Meine sehr geehrten Damen und Herren der Sozialistischen Partei! Das habe ich wirklich nicht tun können: Den Kollegen, die hinter mir gesessen sind, zu sagen: Jetzt steht ein jeder auf, ihr seid aus nachgeordneten Dienststellen gekommen! Das kann man von mir wirklich nicht verlangen.

Frau Bundesminister! Ich habe erfahren, daß es bei Ihnen Sonderverträge gibt. Frau Bundesminister, Sonderverträge sind dann in Ordnung, wenn es um Fachkräfte geht und wenn andere Leute nicht zu erwerben sind. Ich habe aber erfahren, daß es in Ihrem Ministerium solche Neugewonnene gibt, die im Beamten-schema stecken, und solche, die mit Sonderverträgen ausgestattet sind. Frau Bundesminister, was sind die Gründe dafür?

Dann ein Kapitel, mit dem ich mich im vergangenen Jahr auch schon beschäftigt habe: Es gibt immer wieder Beschwerden meiner Kollegen, der Personalvertreter, daß, wenn sie bei Ihnen oder in Sektionen oder Dienststellen vorsprechen wollen, die Termine sehr lang sind, bevor sie empfangen werden.

Frau Bundesminister! Es wäre, glaube ich, eine vornehme Geste, wenn Sie in gewissen Zeitabständen die Personalvertreter zu sich einladen würden und wenn Sie Anordnungen geben würden, daß auch die Sektionen und die Dienststellenleiter die Personalvertreter einladen. Sie würden es den Personalvertretern erleichtern, ihre Arbeiten für das Personal durchzuführen.

Nun zu einem zweiten Teil. Frau Bundesminister! Es wird schon — da war noch die Sektion V beim Sozialministerium — sehr lange darüber diskutiert, wie es mit den

Linsbauer

Bundesapotheken steht. Ein Problem, worüber zu reden Minister Häuser ständig und immer ablehnte, was jetzt anscheinend genauso ist.

Staatssekretär Bürkle hat versucht, von den drei Apotheken die Mariahilfer-Apotheke zu verpachten, um dem Staat Kosten zu ersparen. Nach dem Regierungswechsel, glaube ich, war der Herr Vizekanzler sehr froh, daß der Pächter vorzeitig das Pachtverhältnis gelöst hat, und es wurde nicht weiter nach einem Pächter gesucht, weder für die Mariahilfer-Apotheke noch für die anderen Apotheken.

Ich habe hier den Eindruck, daß die Sozialisten glauben: Was verstaatlicht ist, muß verstaatlicht bleiben, auch wenn der Steuerzahler sein Geld hineinstecken muß. Bei den Apotheken ist das wirklich so, das werde ich versuchen Ihnen ganz kurz noch zu beweisen.

Diese Bundesapotheken — es sind die Mariahilfer-, die Schönbrunner- und die Hof-Apotheke — sind nach dem Budgetentwurf „Bundesapotheken“ defizitär, und zwar mit mehr als 1 Million Schilling, und zwar mit rund 1,25 Millionen Schilling.

Frau Bundesminister! Sie können aber nicht sagen, daß die Pensionen, die gezahlt werden müssen, mehr als 1 Million kosten, denn die bewegen sich in der Höhe von ungefähr 250.000 S. Aber 1 Million kosten die Apotheken den Staat oder den Steuerzahler.

Frau Bundesminister! Ich möchte Sie fragen: Ist eine einzige der Apotheken, die privat geführt werden, defizitär? Warum sind diese Apotheken defizitär? Der Medikamentenverkauf stagniert. Das heißt, 1973 stehen in dem Budgetentwurf 10,7 und für 1974 10,8 Millionen Schilling.

Frau Bundesminister! Ich möchte Sie noch fragen: Im Finanz- und Budgetausschuß sagten Sie, daß diese Bundesapotheken in Zukunft modernisiert werden sollen. Sie werden Investitionen durchführen, und dann wird das besser werden. Frau Bundesminister! Der schwache Absatz oder Betriebseingang und -ausgang ist ja darauf zurückzuführen, daß die Bundesapotheken teurer sind als die Privatapotheken. Als Beispiel möchte ich Ihnen anführen, daß nicht einmal der Herr Minister Broda für die Strafvollzugsanstalten bei den Bundesapotheken Medikamente kauft, weil diese Medikamente um 17 Prozent teurer sind als sonst. Ich vertrete die Auffassung, daß diese Apotheken verpachtet oder verkauft gehören, und frage Sie, wenn Sie vielleicht doch im Sinne haben zu investieren, wo dann die Rentabilität bei diesen Apotheken liegen soll.

Frau Bundesminister! Ich bitte Sie, zu den zwei von mir aufgezeigten Problemen Stellung zu nehmen, und ich bitte Sie, im Sinne

der Beamten des öffentlichen Dienstes, bezogen auf die Anstalten, die bei Ihnen anhängig sind, und bezogen auf die Bundesapotheken eine entsprechende Antwort zu geben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Als nächster zum Wort kommt Frau Abgeordnete Hanna Hager.

Abgeordnete Hanna Hager (SPO): Herr Präsident! Hohes Haus! Die Frage der Gesundheit, des Umweltschutzes sowie die Schaffung der Voraussetzungen, daß das Bestmögliche für die Gesundheit der österreichischen Bevölkerung getan werden kann, daß der Umweltschutz die Bedeutung erhält, die notwendig ist, werden immer von finanziellen Möglichkeiten begleitet sein, und ich gebe gerne zu, daß manches nur deshalb noch nicht erledigt werden konnte, weil eben die Mittel nicht ausreichen. Darum muß eben geordnet werden: Was hat Vorrang, und welche Vorhaben können noch zurückgestellt werden.

Wir wissen alle sehr wohl, daß das Ministerium in der kurzen Zeit seines Bestehens schon Wesentliches geleistet hat und daß noch große Vorhaben zu verwirklichen sind.

Wir wissen auch und billigen es der Opposition gern zu, daß Sie alles kritisch beleuchten und kritisch registrieren. Wir wollen dies gern akzeptieren. Wir sind in den Ausschüssen deswegen zusammen, damit wir beraten und die verschiedensten Meinungen abklären, aber, meine Damen und Herren von der Oppositionspartei, es ist ungerecht und Sie werden unglauwbüdig, wenn Sie alles, was immer vom Ministerium an Novellen und Gesetzentwürfen gebracht wird, nur negativ beurteilen. *(Zustimmung bei der SPO.)*

Sie sind auf diesem Gebiet vor der österreichischen Bevölkerung bereits unglauwbüdig geworden *(Zwischenrufe bei der ÖVP)*, weil Sie bis heute noch — und auch heute tun Sie es nicht — in keinster Weise eine Bereitschaft zeigen, der österreichischen Bevölkerung so, wie das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz es tut, einen Weg zu zeigen, durch den uns mehr Gesundheit und bessere Lebenschancen ermöglicht werden sollen. Was immer das Bundesministerium tut — damit meine ich auch die vielen Beamten, die sich mühen und bemühen; sie sollen heute von dieser Stelle aus wirklich herzlich und aufrichtig bedankt sein —, was immer das Bundesministerium an Vorlagen bringt, es wird von Ihnen alles abgelehnt.

Sie gehen bei jeder sich bietenden Gelegenheit an ein Rednerpult, vor die Fernsehkamera, in die Zeitungen und behaupten immer wieder, daß nichts, aber auf alle Fälle viel zuwenig geschieht, Sie sind aber nicht bereit und Sie waren auch heute nicht bereit, auch nur die

Hanna Hager

kleinste Anregung dafür zu geben, was geschehen soll, wie es gemacht werden soll oder wenigstens Übereinstimmungen zu finden. Sie lassen bei allem und jederzeit die Frau Bundesminister und damit auch ihr Ministerium schuldig werden.

Ich denke nur ganz schnell nach. Ich denke an die MKS. Teile unseres Landes waren davon befallen, vorwiegend Niederösterreich. Ich erinnere mich aber auch, daß vor zehn Jahren von Bayern über das Innviertel hereinkommend weite Teile Oberösterreichs von dieser Seuche befallen wurden. Damals hat niemand auch nur einen Gedanken daran verschwendet, daß vielleicht der damalige Herr Landwirtschaftsminister Dr. Schleinzer diesbezüglich irgendwie zur Verantwortung gezogen werden sollte. Nur ein Herr Landeshauptmann Maurer aus Niederösterreich hatte die Stirn und getraute sich heuer in diesem Zusammenhang (*Abg. Fachleutner: Das ist ein Bursch!*), den Rücktritt der Frau Bundesminister zu verlangen, und er hat geflissentlich verschwiegen, daß gerade er große Unterlassungssünden auf diesem Gebiet begangen hat. (*Zustimmung bei der SPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP. — Abg. Fachleutner: Die Frau Bundesminister hat total versagt!*)

Meine Herren! Wie war das mit dem Seuchenwagen? Haben Sie auch nur einen Seuchenwagen in Niederösterreich? Von Oberösterreich mußten die Seuchenwagen heruntergeführt werden! (*Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Sie sind nicht bereit, die großen Aktivitäten, die bisher gesetzt wurden, zu akzeptieren, geschweige denn, daß Sie etwas gutheißen. Sie sind vielmehr bereit, bei jeder sich bietenden Gelegenheit alles abzuwerten.

Der ganze Bogen sozialmedizinischer und gesundheitspolitischer Maßnahmen, den heute die Frau Minister schon angeführt hat, der vom Ministerium gespannt wurde — sie sagte: von der Wiege bis in hohe Alter hinein soll jeder versorgt werden —, gilt für Sie, meine Damen und Herren von der Oppositionspartei, als ein Nichts. Mit Ihrer ewig negativen Beurteilung werten Sie sich ja vor den Augen der oberösterreichischen Bevölkerung, Verzeihung: der österreichischen Bevölkerung ohnehin selbst ab. (*Abg. Dr. Prader: Dort haben wir uns gar nicht abgewertet!*) Jawohl, Sie haben sich bereits abgewertet!

Das sieht man am deutlichsten bei der von Ihnen so verurteilten Novelle zum Krankenpflegegesetz. Die Frau Kollegin Dr. Hubinek ist hier gestanden und hat wirklich im wahren Sinne des Wortes die Novelle darniedergeredet. (*Abg. Dr. Marga Hubinek: Un-erhört!*) Jawohl, Sie haben diese Novelle wirklich in der übelsten Weise besprochen!

Was ist das Resultat der Novelle? — Das Ansteigen der Schwesternschülerinnenzahl, das ist das Resultat! (*Ruf bei der ÖVP: In Wien!*) In Kärnten sind es bis zu 56 Prozent mehr Schwesternschülerinnen! Anders ist es in Tirol. Ja Tirol ist ein eigenes Land. Dort meint man noch opponieren zu müssen. Nur werden die Leidtragenden die Angehörigen der Tiroler Bevölkerung sein.

Man meinte, es werden die Internate und die Schulen nicht ausreichen. Das Ministerium hat aber Mittel und Wege gefunden, den Engpaß bezüglich der Unterbringung der Schwesternschülerinnen zu überwinden. (*Abg. Dr. Wiesinger: Die Ergebnisse wird man erst sehen!*)

Ich komme zu einem anderen Problem, nämlich zur Drogenproblematik. Wenn auch Österreich im Vergleich zu den Nachbarstaaten davon weniger betroffen ist — Gott sei Dank weniger betroffen —, so war es doch sehr wirksam, daß am 9. April diesbezüglich eine Enquete stattgefunden hat, denn gerade dieses Problem — wir kennen es! — kann und darf nicht negiert werden.

Ich habe mir vom Wagner-Jauregg-Krankenhaus in Linz einige Zahlen erbeten: Waren es im Jahre 1967 nur drei Personen — zwei Männer und eine Frau —, die eingewiesen wurden, so waren es im Jahre 1972 bereits 89 Personen, 89 Jugendliche, und zwar 60 Männer und 29 Frauen.

Ich bin sicher, daß Oberösterreich nicht an der Spitze steht. Ich habe keine genauen Zahlen aus den übrigen Bundesländern. Aber eines weiß ich: daß wir schon einen Schritt voraus sind, denn bei uns gibt es eine Beratungsstelle, geleitet von der Gesellschaft „Pro mente infirmes“ und in Linz wird hier sehr gute Arbeit geleistet. Die Enquete hat auch gezeigt, daß diesbezüglich Bedarf besteht.

Meine Damen und Herren! Ich darf gleich noch auf etwas anderes hinweisen. Es ist nicht immer sehr angenehm, wenn man dazu spricht. Ich weiß das. Ich möchte jetzt zum Alkoholmißbrauch — und nur zum Mißbrauch will ich reden! — übergehen.

Auch hier wurden vom Bundesministerium Aktivitäten gesetzt wie nie zuvor! Ich weiß, daß das vielfach auch Länderkompetenz ist, aber erstmals ist auf Bundesebene mehr, viel mehr als früher geschehen. So, wie es bisher war, so kann es und konnte es nicht weitergehen, daß man nur einmal im Jahr, und das nur eine Woche lang, mit Plakaten auf den Alkoholmißbrauch hingewiesen hat. Das war entschieden zu wenig. Daher hat das Bundesministerium Aktivitäten gesetzt.

Hanna Hager

Die Frau Bundesminister Primaria Doktor Leodolter — wissend aus ihrer beruflichen Tätigkeit her — hat diesbezüglich mehr getan und wußte, daß mehr geschehen muß, und sie hat im Rahmen ihrer Möglichkeiten getrachtet, Kalksburg als Rehabilitation für diese Kranken — so muß man sie ja doch bezeichnen — auszubauen. Es wurden 4 Millionen Schilling gegeben, um in dieser Anstalt, die vorwiegend für Männer eingerichtet ist, eine Frauenabteilung — ich sage das nicht sehr gern, aber es soll hier gesagt werden — zu schaffen.

Ich muß ehrlich sagen: Es war für mich erschreckend zu wissen und zu hören, daß mehr und mehr Frauen zum Alkohol greifen. In den dreißiger Jahren war das Verhältnis zwischen männlichen und weiblichen Alkoholikern noch 15 zu 1, nach dem zweiten Weltkrieg 10 zu 1 und jetzt, meine Damen und Herren, ist es 5 zu 1!

Warum das so ist, konnte eigentlich noch niemand ergründen. Tatsache ist, daß Frauen und Männer vermehrt zum Alkohol greifen.

Wir haben nun einmal die Verpflichtung und können uns der Aufgabe nicht entziehen, diesen Gestrauchelten ein größeres Augenmerk zu schenken und diesen labil veranlagten Menschen auch zu helfen. Wir haben nicht das Recht zu verurteilen, weil wir ja doch die Beweggründe des Handelns dieser Menschen nicht kennen. Vielmehr haben wir alle die Pflicht, ihnen die Eingliederungshilfe zuteil werden zu lassen, und die 4 Millionen Schilling sind dafür gedacht. Wenn es uns gelingt, meine Damen und Herren, diese Mütter, diese Frauen ihren Kindern, ihrer Familie wieder zuzuführen, dann ist dieser Betrag auch gut angelegt. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Weiters darf ich auch als gut angelegt die 500.000 S betrachten, die das Bundesministerium der Caritas für die Lebensmüdenfürsorge im heurigen Jahr zur Verfügung gestellt hat.

Es wird Aufgabe des Ministeriums sein — ich habe gesagt, große Aufgaben stehen noch vor uns —, größere Aktivitäten diesbezüglich zu setzen. Der Anfang ist hier gemacht, weil ein Selbstmordverhütungsinstitut bereits projektiert ist. Es ist lobenswert — ich möchte es auch hier von dieser Stelle aus gesagt haben —, daß sich die Caritas schon bisher dieser bedauernswerten Menschen angenommen hat.

Nun noch ein anderes Problem: Durch die Intensivstationen, die hier schon besprochen wurden, und für Säuglinge, für Kinder und für viele andere wird es sicher — ganz sicher! — möglich sein, der Sterblichkeit besser entgegenzuwirken.

Nur sollten die Länder, meine Damen und Herren, auf ihre Pflichten nicht vergessen. Ich darf gleich eines anführen: Der oberösterreichische Finanzreferent des Landes hat bereits in der letzten Finanzausschußsitzung — morgen wird der Landtag tagen — eine 10prozentige Kürzung im Gesundheitswesen vorgenommen. Was hier im Parlament von den beiden Oppositionsparteien so oft verlangt wird — und darüber hinaus verlangt wird —, hat in Oberösterreich die Freiheitliche Partei nichts dagegen einzuwenden gehabt, daß zum Beispiel bei den Ansätzen zur Krebsbekämpfung, zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit, zur Bekämpfung des Alkoholmißbrauches und — man höre und staune! — selbst bei den Beratungsstellen für Körper- und Sinnesbehinderte die Ansätze um 10 Prozent gesenkt werden. Dr. Ratzenböck als Finanzreferent hat diese Kürzung vorgenommen, und die Freiheitlichen im oberösterreichischen Landtag haben dazu ja gesagt. Den Sozialisten in Oberösterreich ist es gelungen ... *(Abg. Dr. Gruber: An Hand des „Tagblattes“!)* Ich kann es Ihnen hier zeigen. Den Sozialisten ist es gelungen, durch zusätzliche Mittel die 10 Prozent Kürzung zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit wettzumachen. Auch das Budget für die Mutterberatungsstellen sollte um 10 Prozent gekürzt werden. *(Abg. Dr. Gruber: Ist das Budget einstimmig angenommen worden oder nicht?)* Hören Sie nur ein bisserl zu, Herr Dr. Gruber. Sie sind immer so lautstark. *(Zustimmung bei der SPÖ. — Abg. Dr. Gruber: Ist das Budget einstimmig angenommen worden oder nicht?)* Für die Hilfsaktionen der Pensionisten, sprich Altentag und so weiter, wurde der Ansatz um 2 Millionen Schilling gekürzt. *(Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Dr. Gruber. — Gegenrufe bei der SPÖ.)* In Oberösterreich versuchte der ÖVP-Referent weiter ... *(Abg. Dr. Gruber: Stimmt ja überhaupt nicht!)* Das stimmt, ich habe hier die Unterlagen. *(Abg. Dr. Gruber: Im „Tagblatt“ steht das! Im sozialistischen Blatt! Sonst nirgends!)* Nein, im „Tagblatt“ habe ich es zufällig nicht gelesen. — Aber in Oberösterreich versuchte weiter der ÖVP-Finanzreferent von den gemeindeeigenen Altenheimbauten 5 Millionen Schilling wegzunehmen. *(Abg. Dr. Gruber: Mit den Stimmen der Sozialisten ist das Budget einstimmig angenommen worden!)* Nur durch das massive Eintreten der Sozialisten konnten die Tendenzen eines Sozialstopps in Oberösterreich abgefangen werden. *(Zustimmung bei der SPÖ. — Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Dr. Gruber.)* Jawohl! Ich glaube schon, daß Sie das nicht wissen, daß Sie das nicht wissen wollen, Herr Dr. Gruber! In der Wahlzeit hatte man es auch von Dr. Ratzenböck anders ge-

Hanna Hager

hört! (*Abg. Dr. Gruber: So eine Verärgerung über die verlorene Wahl! — Gegenrufe bei der SPÖ.*)

Hohes Haus! Auf Grund einer Berufsanalyse wissen wir, daß wir für 1980 — es wurde hier schon gesagt; es wurde von Herrn Dr. Wiesinger hier schon angeführt — einen Mehrbedarf von etwa 6000 Langzeitbetten brauchen werden und eine ebenso große Anzahl von Akutbetten. Das ist ganz richtig. Wir werden eine so große Bettenanzahl brauchen. Es wird sehr viel Arbeit bedeuten, dies alles zu bekommen.

Es ist ja eine bekannte und schon viel besprochene Tatsache, daß der Mensch eben durch die bedeutsamen Erkenntnisse der Medizin heute ein wesentlich höheres Alter erreicht als dies vor Generationen der Fall war. Wir wissen, daß sich bei uns seit dem Jahre 1910 die Zahl der alten Menschen verdoppelt hat. So schlicht diese Worte klingen, so einschneidend ist doch die Bedeutung für das gesellschaftliche und familiäre Leben. Der alternde Mensch — es wurde hier schon angeführt — wird gebrechlicher sein, er wird der Pflege bedürfen, er wird der Hilfe bedürfen und er wird einer altersgemäßen ärztlichen Betreuung bedürfen.

Das wird unweigerlich, wenn nichts geschieht — und die Frau Bundesminister und das Ministerium sind ja daran, daß eben Aktivitäten diesbezüglich auch gesetzt werden, die Frau Minister weiß das ganz genau —, zu einem Engpaß führen, sofern nicht Vorsorge getroffen wird, Krankenanstalten mit Langzeitbetten zu versehen. Wir müssen uns eben damit vertraut machen, daß es für die Menschen in unserer Zeit einen dritten Lebensabschnitt gibt. Wenn spätere Generationen einmal die Menschen dieses Jahrhunderts, also uns, charakterisieren werden, welches Urteil sie immer über uns fällen und sprechen werden, eines zumindest werden sie feststellen müssen: daß zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit eine dritte Generation, nämlich die Generation der Alten, einen entscheidenden Anteil an der Gesamtbevölkerung gewonnen hat.

Weil wir das erkennen und erkennen müssen, haben wir auch Vorsorge zu treffen. Es muß unser aller Aufgabe sein, zur Bewältigung dieses Problems beizutragen. Tragen auch Sie, meine Damen und Herren der Opposition, dazu bei. Wenn all die Aktivitäten, die in der kurzen Zeit des Bestehens des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz gesetzt und verwirklicht werden und

wurden und der österreichischen Bevölkerung zugute kommen werden, so wollen doch Sie, meine Damen und Herren von der Oppositionspartei, nicht sagen, daß Sie dabei keinen Anteil haben mögen. Sie haben nämlich leider bisher weder eine Bereitschaft noch eine Unterstützung dem Ministerium angedeihen lassen. Sie stimmen auch dem Budget nicht zu. Wir können Sie dazu nicht bewegen. (*Abg. Dr. Gruber: Was ist da drinnen für die Alten?*) Sie bleiben nach wie vor Nein-Sager, auch wenn es um die Gesundheit und um die Gesunderhaltung der österreichischen Bevölkerung geht. (*Abg. Dr. Gruber: Was ist denn da drinnen?*) Sie sind mit der Arbeit des Ministeriums immer unzufrieden. (*Abg. Dr. Gruber: Geben Sie etwas hinein! Es ist ja nichts drinnen!*)

Sie sind aber hochaktiv, meine Damen und Herren der Oppositionspartei, wenn es darum geht, der Frau Bundesminister Primaria Doktor Leodolter Ungereimtheiten vorzuwerfen. (*Abg. Dr. Gruber: Das ist ja nicht schwierig!*) Das tun Sie bei jeder Gelegenheit. Das können Sie. (*Abg. Dr. Gruber: Das liegt auf der Hand!*) Aber eines, meine Damen und Herren, werden Sie nicht können, das wird Ihnen nicht gelingen: die Gesundheitsvor- und -fürsorge aufzuhalten! Sie werden es nicht erreichen! (*Zustimmung bei der SPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Herr Dr. Wiesinger! Die österreichische Bevölkerung wird gesünder werden, weil die Sozialisten dafür sorgen werden! (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Schwimmer: Ärmer werden die Österreicher durch die Sozialistische Partei!*)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Scrinzi.

Abgeordneter Dr. **Scrinzi** (FPO): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es wäre unhöflich und undemokratisch, wenn eine Rede von sehr hohem politischen und akademischen Rang (*Abg. Dr. Gruber: Akademisch schon!*), wie sie der Herr Professor Dr. Gisel gehalten hat, hier stillschweigend übergangen würde. Er hat zum Dialog eingeladen. Ich nehme diese Einladung gerne wahr (*Rufe und Gegenrufe zwischen Abgeordneten der ÖVP und SPÖ*), wenn ich Gelegenheit dazu bekomme, und möchte Herrn Professor Gisel ein paar Dinge antworten.

Ich glaube aber, Herr Professor Dr. Gisel, daß gerade die letzte Rede eine Bestätigung Ihrer These ist, daß hier Schwarzweißmonologe gehalten werden, was Sie beklagten und was auch ich beklage. Aber ein Dialog

Dr. Scrinzi

wird nicht in Gang kommen, wenn die Sozialisten meinen, gestützt auf ihre knappe Mehrheit, daß sie nun in allen Fragen, auch in Fragen der Gesundheitspolitik so tun können, als ob sie in der Stunde Null angefangen hätten.

Frau Abgeordnete Hager hat jetzt gesagt, es sei von seiten der Opposition nicht die geringste Anregung, nicht die kleinste Anregung zu Fragen der Gesundheitspolitik und des Umweltschutzes gekommen. Ich darf für mich in Anspruch nehmen — es war auch meine Pflicht als damals einziger Arzt des Hauses —, einer der ersten gewesen zu sein, der sehr konkret Forderungen nach einem umfassenden gesundheitspolitischen Konzept, nach einer aktiven Umweltschutzpolitik erhoben hat.

Ich darf aus meiner Rede vom 23. Juni 1966 nur schlagwortartig wiederholen, daß ich damals ein umfassendes gesundheitspolitisches Konzept verlangt habe, daß ich im einzelnen Maßnahmen zur Lärmbekämpfung, moderne verbesserte Lebensmittelkontrolle verlangt habe; weiters Maßnahmen gegen die zunehmende Luft- und Wasserverseuchung, Maßnahmen der allgemeinen Hygiene, Maßnahmen auf dem Gebiete der Gesundheitsberatung, ausreichende Information der Gesamtbevölkerung über biologisches und gesundheitliches Wissen sich selbst, die Familie und die Nachkommenschaft betreffend. Ich habe die Forderung nach besserer arbeitsmedizinischer Ausbildung unserer Studierenden erhoben, nach sozialmedizinischem Unterricht an unseren Hohen Schulen, nach Befassung der heranwachsenden Ärzte mit Problemen der Präventivmedizin und so weiter.

Es ist vielleicht dem Neuling dieses Hauses nicht geläufig: Es war nicht so, daß es ganz gleich war, wer jeweils als Mehrheit die Regierung und als Minderheit die Rolle der Opposition zu vertreten hatte. Die Tätigkeit und Arbeit der Opposition wird schlechthin in diesem Lande, in der Öffentlichkeit und im Hause abgewertet. Wir haben Beispiele genug! Es werden Anträge der Opposition schubladiert, man setzt sich mit ihnen nicht auseinander, sondern man verhindert die Diskussion und den Dialog kraft Mehrheit.

Ich darf dazu nur ein paar Dinge in Erinnerung rufen: Sie haben es verhindert, daß sich das Haus an Hand eines Gesundheitsberichtes und eines Umweltberichtes eingehend mit diesen Fragen beschäftigen kann. Sie haben hier Ihre Mehrheit unter fadenscheinigen Vorwänden eingesetzt, wie zum Beispiel: Das

Haus sei überfordert mit Berichten!, um solche Diskussionen im Haus hier zu verhindern. *(Zustimmung bei der FPÖ.)*

Sie haben seit Jahren das von uns ausgearbeitete und eingebrachte, an modernen Beispielen orientierte Gesetz zur Altölbeseitigung in die Lade gelegt und seine Behandlung bis heute verhindert. Sie kündigen nun eine derartige Regierungsvorlage als große Initiative des Ministeriums an. Sie haben unsere Novelle zum Tabakmonopolgesetz verhindert, durch die die Tabakwerbung in den Massenmedien untersagt werden sollte.

Ich möchte die verschiedenen Ungereimtheiten — hier ist das Wort richtig am Platz —, die sich die Frau Bundesminister in diesem Zusammenhang geleistet hat, nicht im einzelnen in Erinnerung rufen. So könnten wir dieses Kapitel fortsetzen, wie Sie systematisch die Initiativen, die Ideen und die Tätigkeit der Opposition abwerten, einfrieren und dann sagen: Man tut nichts und regt nichts an, nicht die kleinste Anregung ist gebracht worden!

Eigentlich wollte ich auf zwei Maximen des Herrn Professors Gisel eingehen. Ich bin mit Ihnen einer Meinung: Gesundheitspolitische Fragen sollten außerhalb des Parteienstreites gestellt werden. Aber das kann nur so geschehen, Herr Professor, wenn Sie Ihre Fraktion von der Philosophie abbringen, daß die Mehrheit immer recht hat. *(Abg. Minkowitsch: Genau!)*

Es war nämlich nicht so, daß man sich grundsätzlich gegen den Gedanken eines Gesundheitsinstitutes gestellt hätte. Es wurden eine ganze Reihe von Anregungen, von Einwendungen, von Bedenken vorgebracht, über die Sie mit uns nicht zu diskutieren bereit waren, weil Sie der Meinung waren, daß das, was Sie vorgelegt haben — auch wenn Sie die 16 Paragraphen siebzehnmals bei den Beratungen selbst abändern mußten —, schon das Beste sei. Mit der Opposition — weil sie keine Mehrheit hat — braucht man nicht reden.

Das ist dann keine gute Voraussetzung, um solche Fragen außer Streit zu stellen. Außer Streit stellen kann man sie, wenn man bereit ist, sachlich auch mit der Minderheit des Hauses zu beraten. Das wäre bezüglich vieler Gesetze, Novellen und so weiter zu sagen gewesen, die auf dem Gebiete der Gesundheitspolitik vom Ressort vorgelegt und bislang fast durchgehend nur mit den sozialistischen Stimmen beschlossen wurden.

Warum ist es auf anderen Gebieten möglich? Warum war es bisher auf dem Gebiete der

Dr. Scrinzi

Hochschul- und Wissenschaftspolitik möglich, fast alle Beschlüsse einstimmig zu fassen, obwohl in dieser Thematik sehr viel mehr ideologischer Sprengstoff enthalten ist? Das ist immer eine Frage des Wie!

Dort, wo Sie die Mehrheit nicht hatten, wie zum Beispiel beim Gesetz über die Schutz- und Erholungsfunktion des Waldes, bei dem Sie in der Minderheit geblieben sind, vollziehen Sie das Gesetz nicht, indem Sie die erforderlichen Budgetmittel nicht bereitstellen. Das ist keine Basis, um gewisse Dinge, die durchaus außerhalb des Parteienstreites stehen könnten ... (*Abg. Pansi: Das hat mit Umweltschutz wenig zu tun, was Sie da bringen!*) Das hat damit sehr viel zu tun, denn dieses Gesetz war ein Gesetz, das wesentlich im Zusammenhang mit Umweltschutzfragen steht, weil es eben die Schutz- und Erholungsfunktion des Waldes — so heißt ja auch das Gesetz ... (*Abg. Pansi: Das ist ein Irrtum!*) Nein, das ist gar kein Irrtum! Dieses Gesetz ist hier beschlossen worden, und Sie verhindern seine Durchführung unter Mißbrauch Ihrer Mehrheit hier im Hause. Nichts anderes ist es! (*Abg. Pansi: Das ist die Unwahrheit, was Sie da sagen!*) Das ist nicht die Unwahrheit. Dann müßten Sie das Gesetz novellieren. (*Abg. Dr. Gruber zum Abg. Pansi: Treten Sie den Beweis an! Was heißt, das ist die Unwahrheit? — Abg. Liberal: Was geht das Sie an, Herr Kollege Gruber? — Weitere Zwischenrufe. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*)

Genau dasselbe ist hinsichtlich der Ausführungen der Frau Abgeordneten Hager zur Novelle zum Krankenpflegebedienstetengesetz zu sagen. Hier war es ja auch nicht so, daß wir nicht die Notwendigkeit einer Novellierung eingesehen haben, nur haben wir den Einwendungen, die von fast allen Fachleuten gekommen sind, die mit der Frage der Herabsetzung des Alters befaßt waren, Rechnung tragen wollen.

Wir haben all die Bedenken aufgezeigt, die von fachkundiger Seite vorgebracht wurden. Ob die Herabsetzung des Alters über den hier mitgeteilten Erfolg des vermehrten Zuganges in die Schwesternschulen hinaus nicht doch im Ansatz Probleme bringen wird, die die Fachleute zur Debatte gestellt haben, das muß erst abgewartet werden. Wir müssen einmal den ersten Jahrgang dieser 15- und 16jährigen hinter uns haben, um zu sehen, wie hoch die Quote der Ausfallenden ist. Diese war ja schon bei den älteren Schwestern relativ hoch.

Unser Einwand war folgender: Wenn es bisher nicht möglich war mangels an Heim-

plätzen und Schulplätzen, die sich Anmeldenden und unserer Meinung nach altersmäßig Geeigneteren alle aufzunehmen, und wir heute hören, wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg, dann frage ich Sie: Warum ist denn in den Jahren vor der Novelle nicht versucht worden, diesen Weg zu gehen, um wenigstens die bis dorthin Angemeldeten aufnehmen zu können?

Das Schlußwort — ich sage es noch einmal —, ob diese Novelle zielführend ist, kann erst gesprochen werden, wenn die ersten dieser jungen Jahrgänge zum Abschluß herantreten. Man soll nicht so tun, als ob wir einfach aus einer Haltung des Nein-Sagens heraus grundsätzlich gegen eine Novelle gewesen wären.

Wie Sie improvisiert haben, wie wenig diese ganze Novelle vorbereitet war, das braucht derjenige, der die Ausschlußberatungen mitgemacht hat, nicht zu wiederholen. Sie brauchen nur in den Steno-Protokollen nachzulesen, um zu sehen, daß Sie während der Beratungen selber einsehen mußten, daß entscheidende Ansätze falsch waren.

Auch einem zweiten Grundsatz, den der Herr Professor Gisel hier verkündet hat, würde ich zustimmen: Gesundheit ist heute nicht mehr allein Privatsache. Da kann ich ihm vollkommen recht geben. Aber praktizieren wir nicht ein Krankenversicherungssystem, das gerade diesem Grundsatz huldigt, wo jeder, wie Sie sagen würden, nach privatkapitalistischen Grundsätzen diese Einrichtungen bis zum letzten ohne Rücksicht auf die anderen ausnützen kann? Aber Sie lehnen es ab, mit der Opposition in eine Debatte über die Reform dieses privatkapitalistischen Systems einzutreten, wo jeder uneingeschränkte privatrechtliche Leistungsansprüche zu stellen glaubt, das Risiko aber auf die Allgemeinheit abwälzen will!

Auch hier sind wir bereit, mit Ihnen in einen Dialog einzutreten, nur Sie haben jeden Dialog in diesem Bereich bisher verhindert. Herr Professor Gisel, wenn es Ihnen gelingt, den Geist, der aus Ihren Ausführungen gesprochen hat, auch zum Geist der sozialistischen Fraktion zu machen, dann sehe ich eine Zeit kommen, wo wir eine ganze Reihe von Fragen der Gesundheits- und Umweltschutzpolitik in diesem Haus gemeinsam werden verabschieden können. Aber dann müssen Sie eben — ich sage es noch einmal — anerkennen, daß nicht immer und von vornherein die Mehrheit recht hat.

Ich möchte mit dem sehr interessanten und richtigen Beispiel, das Sie aus Ihrer eigenen

Dr. Scrinzi

Erfahrung gebracht haben, schließen, nämlich daß man selbst einen weichgestrickten Socken nicht ohne Schaden links oder rechts vertauschen kann. Aber bitte, dann nehmen Sie auch eines zur Kenntnis: Dieses Österreich will auch nicht, daß ihm einseitig sozialistische Strümpfe und womöglich sozialistische Kappen übergezogen werden. *(Beifall bei FPÖ und ÖVP.)*

Präsident: Nun kommt zum Wort die Frau Abgeordnete Helga Wieser.

Abgeordnete Helga **Wieser** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Es ist mir heute eines aufgefallen, als ich die Reden meiner sozialistischen Kolleginnen und Kollegen hörte. Wie ein roter Faden hat es sich durch alle Reden gezogen: Man wollte uns einreden: dieses Gesundheitsministerium ist erfolgreich. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, die österreichische Bevölkerung will nicht Argumente hören, sondern Taten sehen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Kollege Sekanina, ich habe Ihnen ja schon öfters zuhören können. Es ist mir heute eines besonders aufgefallen. Ich spürte in Ihren Argumentationen einen sehr großen Unsicherheitsfaktor. Ich kann mir auch den Grund sehr gut vorstellen. Sie müssen erstens ein sehr unbefriedigendes Budget verteidigen und noch dazu ein Ministerium, das immer mehr und mehr Angriffspunkte liefert. Da kann ich verstehen, daß auch Sie unsicher werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Kollege Sekanina! Sie sprachen immer wieder von den Aktionen und von den Aktivitäten, unter anderem von der Aufklärungswoche gegen den Alkoholmißbrauch. Soweit ich mich erinnern kann, war das in meiner Schulzeit schon üblich und ist keine Einführung des jetzigen Gesundheitsministeriums. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Kollege, ich muß mich noch immer mit Ihnen beschäftigen, Ihre Ausführungen waren zu interessant. *(Abg. Sekanina: Frau Kollegin, ich werde immer mehr Hauptperson bei Ihnen!)* Das freut mich, Herr Kollege. Ich hoffe nur, daß Sie dann auch auf unsere Anregungen etwas mehr eingehen. *(Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Kollege, Sie meinten immer wieder, es wäre überzeugend, wie sich die Frau Bundesminister für die Gesundheit der österreichischen Bevölkerung einsetzt. Sie sprachen immer von der sozialistischen Parlamentsfraktion oder von der Sozialistischen Partei — das haben Sie bestimmt 50mal erwähnt; wir wissen ja, daß Sie der sozialistischen Fraktion angehören —, die mit ihren hervorragenden Fach-

leuten das bekannte sozialistische Humanprogramm ausarbeiteten, von dem wir heute nichts mehr hören und nichts mehr sehen.

Sie wurden am wenigsten glaubwürdig, als Sie meinten, die Frau Gesundheitsminister setze sich im besonderen für den Schutz des werdenden Lebens ein. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ihre Stellung und Ihre Ansicht haben wir bei Ihrer Haltung zum § 144 gesehen. Sie waren gegen das ungebohrte Leben, und das lehnen wir ab. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Sekanina: Frau Kollegin, noch einmal: In Zukunft gibt es drei Fraktionen in diesem Haus und uns zwei! — Lebhaftige Heiterkeit.)* Herr Kollege Sekanina! Da müßten Sie Ihre Ansichten aber noch wesentlich ändern, daß ich einer Fraktion, der Sie angehören, zugehören möchte. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Hohes Haus! Darf ich mich nun speziell einem landwirtschaftlichen Problem zuwenden; es ist im besonderen für die Landwirtschaft, aber auch eminent wichtig für die gesamte Volksgesundheit. Ich möchte mich heute etwas ausführlicher mit den Tbc- und Bang-Untersuchungen auseinandersetzen.

Rund 70 Prozent des landwirtschaftlichen Rohertrages stammen in Österreich aus der Tierproduktion. Damit ist die Tierproduktion für die österreichische Landwirtschaft der weit-aus wichtigste Produktionszweig geworden. Durch die Unentbehrlichkeit der hochwertigen tierischen Nahrungsmittel für die menschliche Ernährung wird die Tierhaltung aber auch eine tragende Säule der österreichischen Volkswirtschaft. Ausreichende und gesunde tierische Nahrungsmittel können aber nur von gesundem Vieh erzeugt werden. Ich glaube, meine sehr geehrten Damen und Herren, das wissen wir alle.

Daher ist es auch eine wichtige Aufgabe der staatlichen Verwaltung, zur Abwehr der besonders für Mensch und Vieh gefährlichen Tierkrankheiten, der sogenannten Tierseuchen, gesetzliche Grundlagen zu schaffen. In Österreich wurde die systematische Bekämpfung der Tierseuchen mit staatlicher Förderung etwa um die Mitte des vorigen Jahrhunderts begonnen. Die Vorschriften, Gesetze und Verordnungen wurden dann immer wieder den Erkenntnissen der modernen Wissenschaft und den Erfordernissen der Zeit angepaßt. Die derzeitige Novelle des bestehenden Tierseuchengesetzes ist wiederum eine solche zeitgemäße Anpassung. Ich glaube, es ist bereits höchste Zeit, daß dieses Tierseuchengesetz novelliert wird.

Der umfangreiche Schaden der letzten Maul- und Klauenseuche für die Landwirtschaft und

Helga Wieser

die gesamte Volkswirtschaft hat, glaube ich, sehr wesentlich dazu beigetragen, daß diese Novellierung etwas beschleunigt wurde. Leider haben wir auch hier wieder den Fall, daß man erst durch Schaden klug werden muß. Ich glaube, man hätte solchen unglücklichen Umständen früher Rechnung tragen müssen.

Hohes Haus! Wir hoffen sehr, daß durch diese Novelle exaktere und zufriedenstellendere Abwehr- und Tilgungsmaßnahmen zu erwarten sind. Auch sollen die Entschädigungen für die Landwirtschaft wie auch für die gesamte Wirtschaft — so hoffen wir sehr — gerechter und wirtschaftlich zeitgemäßer werden. Wir begrüßen diese Novelle, Frau Bundesminister, und wir sichern Ihnen auch unsere Unterstützung zu. Was ich allerdings bemängeln möchte, ist, daß diese Novellierung praktisch auf die Maul- und Klauenseuche allein beschränkt ist. Warum hat man nicht auch die Gelegenheit wahrgenommen, gleichzeitig auch die Mängel zu beheben, die in der Gesetzgebung bezüglich der Bekämpfung der Tuberkulose und des Abortus Bang bestehen? Hier bestehen echte Mängel! In der Tuberkulose- und Bangbekämpfung ist die Hilfestellung des Staates absolut ungenügend, und die Landwirtschaft muß alle diese finanziellen Belastungen allein tragen. Ich glaube, daß das für die Zukunft nicht mehr zumutbar ist.

Tbc und Bang sind für Menschen weitaus gefährlicher als die Maul- und Klauenseuche. Frau Bundesminister! Sie als Ärztin wissen das, ich muß es Ihnen daher nicht näher erläutern. Trotzdem läßt man hier die Bauernschaft allein, allein diesen eminenten Beitrag zur Volksgesundheit zu leisten.

Hohes Haus! Österreichs Rinderbestand ist heute praktisch frei von Tbc und Bang. Die österreichische Landwirtschaft hat hierfür Millionenwerte geopfert. Die Gesamtkosten der Tbc- und Bangbekämpfung betragen allein in Salzburg bisher über 100 Millionen Schilling; dabei sind die Zucht- und Milchgeldverluste der Bauern noch gar nicht eingerechnet.

Wir wissen, Hohes Haus, es gilt nun, den Erfolg, daß man dieser Seuchen Herr geworden ist, durch periodische Untersuchungen der Rinderbestände zu sichern. Das ist richtig und auch notwendig. Frau Bundesminister, wir finden es gerade in der Zeit der großen Absatzschwierigkeiten und Einkommensrückgänge — es wurde schon bei der Landwirtschaftsdebatte mehrfach darauf hingewiesen — in der Viehwirtschaft als eine unzumutbare Härte, wenn Österreichs Bauern die periodischen Tbc- und Banguntersuchungen, die für Mensch und Vieh von eminenter Wichtigkeit

sind, selbst bezahlen müssen. Das sind für ganz Österreich bei einem wechselweisen zweijährigen Untersuchungsturnus pro Jahr mindestens 50 Millionen Schilling. Diese Gelder müssen die Bauern aus ihrer eigenen Kasse aufbringen.

Der Herr Landwirtschaftsminister hat kürzlich verkündet, daß er auf Grund der schwierigen Absatzlage zur Förderung des Zuchtrinder- und Einstellerabsatzes 50 Millionen Schilling zur Verfügung stellen will. Ich glaube, daß dies angebracht und an der Zeit ist, er hat uns ohnedies lange genug darauf warten lassen. Frau Bundesminister! Was helfen uns diese 50 Millionen, wenn uns auf der anderen Seite diese wieder abgeknöpft werden, nur weil Sie nicht bereit sind, diese Mittel zur Verfügung zu stellen?

Ich habe bereits am 24. November 1972 eine Anfrage an Sie gestellt und Sie gebeten, Untersuchungen anzustellen und die Finanzierung dieser Untersuchungen sicherzustellen. Sie antworteten mir, auf Grund des bestehenden Tierseuchengesetzes bestünde diese Möglichkeit nicht. Also wäre jetzt die Gelegenheit, das Tierseuchengesetz in diesem Sinne zu ändern; ich bitte Sie sehr darum.

Hohes Haus! Die Salzburger Landwirtschaftskammer — und ich bin sicher, auch andere Berufsvertretungen haben das getan — hat schon am 7. Jänner 1972 ein Schreiben an Sie gesendet, und Sie, Frau Bundesminister, haben uns dann zugesichert, daß Sie „zum gegebenen Zeitpunkt den Fragen der Vorbeugung gegen die auf den Menschen übertragbaren Tierkrankheiten Ihr besonderes Augenmerk zuwenden werden“.

Frau Bundesminister! Es sind fast zwei Jahre vergangen! Bis jetzt haben Sie es noch nicht der Mühe wert gefunden, daß Sie sich etwas intensiver mit diesem Problem befaßt hätten. Ich meine, es wäre jetzt wirklich der Zeitpunkt da, und ich ersuche Sie dringendst, daß Sie in dieser Sache eine Lösung suchen und auch finden.

Hohes Haus! Ich finde es außerordentlich ungerecht, wenn im Rahmen der staatlichen Tierseuchenbekämpfung bei angeordneter Schlachtung unterschiedliche Entschädigungsgrundsätze in Anwendung kommen. Bei Maul- und Klauenseuche wird nach dem Verkehrswert entsprechend dem Ergebnis einer Schätzkommission entschädigt. Das ist richtig!

Bei der Tbc- und Bangbekämpfung gibt es für geschlachtete Rinder nur einen Bundeszuschuß von 900 S bis maximal 1500 S pro Stück. Ich glaube, das ist eine Zumutung! Denn wenn man heute nur ein bißchen eine Idee von den

Helga Wieser

Rinderpreisen hat, so weiß man, daß dieser Betrag bei weitem nicht die Differenz zum Schlachterlös deckt. Es wäre darum eine Angleichung an die Entschädigungsgrundsätze wie bei der Maul- und Klauenseuchenbekämpfung dringend und unbedingt notwendig.

Frau Bundesminister! Ich fordere Sie auf: Bemühen Sie sich, Ihre damals gegebenen Versprechen einzuhalten, sonst wird der langen Liste „Versprochen und nicht gehalten“ von dieser Regierung ein weiterer Punkt hinzugefügt, und das wollen wir doch unseren Bauern nicht mehr zumuten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Dr. Marga Hubinek. Bitte.

Abgeordnete Dr. Marga **Hubinek** (ÖVP): Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Frau Minister hat sich in der langen Debatte einmal zu Wort gemeldet, und ihre Antworten auf die vielen gestellten Fragen erfolgten „spontan und originär“. Sie verlas maschineschriebene Aufsätze, und der nicht immer flüssigen Diktion war zu entnehmen, daß Ihnen, Frau Minister, der Inhalt relativ neu war. Doch jeder Minister hat eben seine Methode, sich über das Geschehen in seinem Ressort zu informieren. Ich möchte Ihnen nicht unrecht tun, Frau Minister, vielleicht war das die erste Maßnahme des politischen Kurators, der, wie ich einer meist gut informierten Tageszeitung entnehme, Ihnen ab nun zur Seite gestellt werden soll.

Sie haben bei Ihrer Vorlesung in sehr stolzer Bescheidenheit von einem Bogen in der Gesundheitsvorsorge gesprochen und haben bei Ihren Bemühungen mit dem Anliegen um das werdende Leben begonnen. Nun, Frau Minister, wir wollen eine Auseinandersetzung nicht aufwärmen, die zwei Tage das Hohe Haus beschäftigt hat und bei der wir ausreichend Gelegenheit hatten, Ihre Haltung und die Haltung der sozialistischen Fraktion in dieser so wichtigen Frage kennenzulernen.

Lassen Sie uns daher erst beim Mutter-Kind-Paß beginnen, den Ihr Ministerium ja nicht finanziert, sondern — und ich glaube, das sollte man noch einmal festhalten — der bekanntlich aus den Mitteln des Familienlastenausgleiches bezahlt wird.

Vielleicht nur einen Hinweis auf die Arbeitsweise Ihres Ministeriums. Ich hatte Gelegenheit, bei einem Symposium zu sein, das Sie im Sommer im Allgemeinen Krankenhaus veranstaltet haben. Die Ärzte waren sich einig, daß mindestens zehn Untersuchungen notwendig sind. Das führen Sie im übrigen im Wortlaut Ihres Schwangerenpasses auch an, wo

steht: Weniger als vier Untersuchungen dürfen es nicht sein. Und dann werden jene vier Untersuchungen angeführt.

Frau Minister! In diesem Symposium waren sich alle Ärzte einig, daß man so die Säuglingssterblichkeit nicht senken, daß man auf diese Weise auch Risikogeburten nicht verhindern kann, sondern man müsse beispielsweise die Ärzte informieren, man müsse beispielsweise die Bildungs- und Erziehungsfunktion des Fernsehens einschalten. Frau Minister! Haben Sie registriert, daß zur gleichen Zeit der Herr Unterrichtsminister jene bekannte und beliebte Fernsehserie über die Hohe medizinische Schule einstellen ließ?

Sie haben in aller Bescheidenheit vermerkt, daß ab nun die Untersuchungen an Schulkindern, an Jugendlichen und an Lehrlingen erfolgen. Es ist Ihnen sicherlich nicht entgangen, daß die Schulärzte und die Untersuchungen, die diese Gruppe von Ärzten durchführt, nicht in Ihr Ressort gehören und daß Lehrlingsuntersuchungen seit langem von der Krankenkasse durchgeführt werden, und zwar seit einer Zeit, als es noch kein Gesundheitsministerium gab.

Sie haben auch etwas über die Vorsorgeuntersuchung gesagt, das einigermaßen aufklärungsbedürftig ist. Sie halten es für einen demokratischen Fortschritt, wenn alle Personen in einer bestimmten Altersgruppe untersucht werden. 95 Prozent aller Menschen in Österreich sind krankenversichert, die untersucht werden, wenn sie in eine bestimmte Altersgruppe reichen, für die restlichen fünf Prozent kämen nach meiner Meinung die Sozialhilfegesetze der Länder zum Tragen. Sie haben dafür — wie Sie in Ihrer Wortmeldung sagten — 100 Millionen Schilling. Es dürfte Ihnen allerdings entgangen sein, daß Sie eigentlich nur 60 Millionen im Budget haben.

Weiters haben Sie auch über die einzigartige Einrichtung der Vergiftungszentrale gesprochen, die Sie vor kurzem eröffnen konnten. Frau Minister! Die Vorarbeiten reichen bis in das Jahr 1952.

Ferner haben Sie auch einen Ausblick auf das — wie Sie sagten — modernste Tierseuchengesetz gegeben, das in Kürze hier behandelt werden wird. Frau Minister! Ich verrate kein Geheimnis, weil die Fachleute im allgemeinen zu allen drei Klubs kommen, und darf Ihnen dafür heute schon sagen, daß wir eine ganze Reihe gewichtiger Abänderungsanträge vorzubringen haben.

Unklar blieb bei Ihrer Wortmeldung auch, wie es nun tatsächlich um die Leitung des Bundesinstitutes für Gesundheitswesen be-

Dr. Marga Hubinek

stellt ist. Mein Kollege Pelikan hat ausführlich über die Arbeitsweise referiert. Er hat Sie gefragt — und diese Antwort sind Sie unschuldig geblieben —, nach welchen Ausschreibungskriterien die Bestellung des Leiters erfolgte. Hier haben Sie zwei Versionen parat.

Im Finanzausschuß haben Sie auf eine diesbezügliche Frage erklärt, der Herr Dipl.-Ing. Drobil, ein sicherlich sehr ehrenwerter Mann, sei als Leiter bestellt worden; obwohl wir uns über die akademische Vorbildung des Leiters des Gesundheitsinstitutes einigermaßen gewundert haben. Heute haben Sie gesagt, der Posten werde erst ausgeschrieben werden. Was gilt jetzt? Gilt die Version vom Finanzausschuß oder gilt die Version von der Ministerbank?

Ein letztes Wort zu Ihrer Auseinandersetzung mit der „Wochenpresse“. Sie haben trotz Aufforderung der Opposition dem Parlament keine Erklärung abgegeben, wie Sie zum Inhalt der Behauptungen, für die Sie verantwortlich gemacht werden, stehen. Wir wissen genau, wie das vor sich geht. Das Gericht wird nach einigen Monaten versuchen, eine Klärung herbeizuführen. Bis dahin, meine sehr verehrten Damen und Herren der sozialistischen Fraktion, steht die Diffamierung im Raum. Ich weiß nicht, ob es eine Gesundheitsministerin verantworten kann... (*Abg. Pölz: Denken Sie an Ihren Abgeordneten König, den größten Verleumder aller Zeiten!*) Meinen Sie, daß sie das verantworten kann, hier ein Vertrauensverhältnis zu durchbrechen? Ich glaube, Gesundheitspolitik kann man nur betreiben mit Hilfe der Ärzteschaft. (*Beifall bei der ÖVP.*) Wenn ich hier das Vertrauensverhältnis untergrabe, dann kann das keine Gewähr für eine gute Gesundheitspolitik sein. Ich weiß nicht, ob das die Initiative von der Frau Minister war oder ob das in das große Konzept des Meisters paßt, daß man einfach die Behauptung im Raum stehen läßt.

Immerhin qualifiziert man einen freien Berufsstand ab, der doch etwas unbotmäßig ist, der es wagte zu demonstrieren, der sich gegen alle Ansätze eines staatlichen Gesundheitsdienstes zur Wehr setzt und der auch sonst der Regierung Dr. Kreisky Schwierigkeiten macht. Vielleicht war es ein Rezept: Lassen wir die Behauptung von den Schweigegeldern und von den Palästen im Raum stehen, nach dem Motto: Irgend etwas wird schon hängenbleiben! — Das ist ein bisserl die Politik mit Augenzwinkern zur Neidgenossenschaft der Österreicher.

Frau Minister! Ich möchte das abschließend feststellen: Ich werte mich nicht zum Anwalt

der Ärzte auf. Ich mache mich hier zum Sprecher einer Gruppe in diesem Staat, die Sie pauschal beleidigt und verleumdet haben.

Frau Minister! Sie haben keine Erklärung diesem Haus gegeben. Ich glaube, wir haben hier eine andere Auffassung von der Würde eines Ministers. (*Beifall bei der ÖVP. — Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Präsident: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich der Herr Abgeordnete Sandmeier gemeldet.

Herr Abgeordneter, Sie haben dazu fünf Minuten Zeit.

Abgeordneter **Sandmeier** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Vor etwa einer halben Stunde hat hier von diesem Platz aus die Frau Abgeordnete Hanna Hager aus Oberösterreich folgende Behauptung aufgestellt. Sie hat behauptet, daß der Landesfinanzreferenz des Landes Oberösterreich die Ausgabenposten des Budgets 1974 für Gesundheit um 10 Prozent gekürzt hat.

Ich habe soeben den Landesfinanzreferenten Dr. Ratzenböck angerufen und ihn gebeten, mir zu sagen, ob diese Behauptung den Tatsachen entspreche. (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Herr Dr. Ratzenböck hat mir gesagt — und das müßte eigentlich die Frau Abgeordnete Hanna Hager wissen, wenn sie sich bei ihren sozialistischen Kollegen im Landtag informiert hat —, daß die Ausgaben für Gesundheit im Verhältnis zu allen anderen Ressorts am höchsten gestiegen sind, und zwar um zirka 36 Prozent. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Wenn man über das eigene Gesundheitsministerium so wenig Positives auszusagen hat, wenn man durch die Person der Frau Bundesminister selbst verunsichert wird (*Zwischenrufe bei der SPÖ — Unruhe*), dann, glaube ich, kommt man eben so weit, wie die Frau Abgeordnete Hager hier ausgeführt hat, daß man zu Dingen greifen muß, die nicht der Wahrheit entsprechen.

Ich wünsche mir nur, daß der Herr Bundesminister für Finanzen dasselbe Verständnis aufbringen möge für das Ressort Gesundheit wie der oberösterreichische Landesfinanzreferent Dr. Ratzenböck. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Wünscht der Herr Spezialberichterstatter ein Schlußwort? — Ist nicht der Fall. Damit ist die Aussprache über die Beratungsgruppe XV beendet.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über das Kapitel 17 mit dem dazugehörigen Teil des Konjunkturausgleich-Voranschlages

9388

Nationalrat XIII. GP — 95. Sitzung — 17. Dezember 1973

Präsident

sowie über das Kapitel 72 in der Fassung der Regierungsvorlage.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist mit Mehrheit angenommen.

Die zu dieser Beratungsgruppe eingebrachten Entschließungsanträge werden nach der dritten Lesung zur Abstimmung gebracht.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Die nächste Sitzung berufe ich für morgen Dienstag, den 18. Dezember, um 9 Uhr mit folgender Tagesordnung ein:

Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1974 (880 und Zu 880 der Beilagen): Spezialdebatte über die Beratungsgruppe IX.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 18 Uhr 25 Minuten